Nummer 8

Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Lippen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: H. Konglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe · 20 Goldpfennig. 69. Jahrgang Sonnabend, 5. Januar 1924

ERICH MEYERFELD BERLIN BEHRENSTR. 55/56 GRUNDSTÜCKE

Pflichten der Lohnpolitik.

Seit der Herausgabe der Rentenmark und dem Abschluß der Goldtarife ist eine gewisse Beruhigung in die Lohnbewegung hineingekommen. Die Unternehmerschaft hat diesmal die Lehren aus der fünfjährigen deutschen Mißwirtschaft gezogen und mit aller Energie sich von den der Wirtschaft im November 1918 durch unsere Innenpolitik zugefügten Schäden freizuhalten versucht. In der Tat ist die deutsche Unternehmerschaft, deren Namen unter den Rentenmarknoten steht, besonders dazu berufen, unter Einsetzung aller Energie auch auf dem Gebiet der Lohnpolitik zu tun, was nötig ist, um den Weg zur Besserung zu ebnen. Die Oeffentlichkeit hat deswegen richtig erkannt, daß eine lediglich auf dem Lebenshaltungsindex eingestellte Lohnpolitik niemals zu einem Preisabbau, zu einer Wiederbelebung unseres inländischen und ausländischen Absatzes und damit zur Gesundung führen kann. Es ist immer das Schicksal eines im Krieg unterliegenden Volkes gewesen, seine Lebenshaltung gedrückt zu sehen. Dies muß bei einem bis zum Weißbluten kämpfenden Volks- und Wirtschaftsorganismus in besonderem Maße zutreffen. Deswegen muß unsere Lebenshaltung unter dem Friedensstand, unser Lohn unter dem Friedensreallohn sein. Dies spüren im besonderen Maße auch die Beamten, die sich damit wieder zu dem Grundsatz bekennen dürfen, daß sie in erster Linie Diener des Staates sind und mit dem Staat stehen und fallen. Auf der anderen Seite darf nicht verkannt werden, daß auch die derzeitigen Lohnsätze schon eine Besserung des Reallohns gegenüber dem Stand von September bis November v. J. brachten, da der Lohn im werktäglichen Geld zur Auszahlung kommt. Man schätzt diese Reallohnverbesserung für sich allein schon auf 15—20 Prozent. Jeder Lohn- und Gehaltsempfänger sollte heute daran denken, wie er in den letzten Zeiten des Währungszerfalls immer wieder betonte, auch mit einem niedrigen Lohn zufrieden zu sein, wenn er nur wenigstens wertbeständig zur Auszahlung käme. Jetzt ist diese Voraussetzung gegeben. Setzt aber jetzt wieder die durch die unfeine Tarif- und Schlichtungspraxis derleiten 5 Jahre berüchtigt gewordene Lohnschraube an, dann wird der Druck auf den gegen die Inflation aufgeschütteten Wall zu stark und neue Inflationsgefahr wird kommen. Die Sanierung des Staatsbudgets wird nicht möglich sein. Der Preisabbau, der mit der neuen Herabsetzung der Kohlenpreise eingeleitet ist, wird im Keim zerstört. Auch hier steht das Volk an einem Wendepunkt. Entbehrung und Mehrarbeit sollten die Stichworte sein, mit denen Unternehmer und Arbeiter sich im Interesse des Volksganzen zu neuer Gemeinschaftsarbeit zusammenfinden sollten. Die Verlängerung der Arbeitszeit wird auch von selbst eine Erhöhung des täglichen Verdienstes und damit des Reallohns bringen. Sie wird erheblich zur Verbilligung der Produktion und zum Preisabbau beitragen. Noch immer ist eine im Wirtschaftsprozeß sich ergebende Herabsetzung der Preise ein besseres Mittel für die Aufrechterhaltung oder Verbesserung der Lebenshaltung gewesen, als die Schaffung zusätzlicher Kaufkraft durch Lohnerhöhungen, die praktisch immer Inflationsquellen erschließen.

Die deutsche Vertretung in der Türkei.

eca Berlin, 5. Januar.

Zum deutschen Gesandten in der Türkei soll nach englischen Blättermeldungen der frühere Außenminister Rosenberg in Aussicht genommen sein. Diese Behauptung eilt zum mindestens den Tatsachen voraus. Soweit wir unterrichtet sind, bestehen zwischen dem Reich und der Türkei z. Zt. noch nicht so feste Beziehungen, die eine Vertretung des deutschen Reiches in der Türkei rechtfertigen könnten. Wir glauben zu wissen, daß die Frage der eventuellen späteren Besetzung des genannten Postens in der Türkei überhaupt noch nicht erörtert worden ist. Wohl hat zwischen der Reichsregierung und der türkischen Regierung eine unverbindliche Fühlungnahme stattgefunden darüber, unter welchen Voraussetzungen ein vertragliches Verhältnis zwischen dem Reich und der Türkei später geschaffen werden kann, ähnlich wie zwischen der Türkei und anderen Staaten, die an dem endgültigen Friedensvertrag mit der Türkei nicht beteiligt sind.

Noch über 2000 Ruhrgefangene in französischer Gefangenschaft.

Der französische Propagandadienst bemüht sich, die Dinge so darzustellen, als ob nur noch verhältnismäßig wenig Ruhrgefangene in den Gefängnissen schmachten. Demgegenüber ist festzustellen, daß zurzeit noch über 2000 Gefangene in den Gefängnissen des Rheinlandes und des Reichsgebiets sich befinden, vorausgesetzt, daß die von den Franzosen gemachten Angaben stimmen, daß in den letzten Wochen 300 Amnestierungen erfolgt sind. An zuständiger deutscher Stelle ist man aber der Ansicht, daß diese Zahl zu hoch gegriffen ist. Wenn die Franzosen die Zahl der Ruhrgefangenen niedriger angeben, so liegt das daran, daß sie nur die „politischen" Gefangenen zählen, nicht aber die wegen angeblicher kriminoeller Vergehen Verhafteten. Tatsächlich handelt es sich hier aber in sehr vielen Fällen um politische Gefangene. In französischen Gefängnissen befinden sich noch 39 Ruhrgefangene (davon 30 in St. Martin de Ré), in belgischen Gefängnissen 10 Ruhrgefangene.

Englands Entente mit Italien und Spanien gegen Frankreich.

Nordamerika in Bereitschaft.

Jeden Tag wird es deutlicher, daß die Neuorientierung der englischen und französischen Politik und damit die aller übrigen Mächte in vollem Gange ist. Frankreich befestigt sein Bündnissystem in Ost- und Südost-Europa. Die soeben auftauchende Nachricht, daß es binnen kurzem mit Südslawien ein Bündnis nach dem Vorbild des mit den Polen und den Tschechen geschlossenen abschließen wird, hat alle innere Glaubwürdigkeit für sich. Auch die Stellungnahme der französischen Presse für Afghanistan in seinem Gegensatz zu England kann als Vorbote einer Annäherung Frankreichs an Afghanistan gewertet werden.

England tritt dagegen seinerseits offen auf die Seite der Italiener und Spanier. Soeben brachte der Draht die Sensationsnachricht, daß die englische Mittelmeerflotte noch in diesem Monat gemeinschaftliche Manöver mit Teilen der italienischen und spanischen Flotte abhalten wird. Die Verständigung zwischen England, Italien und Spanien wird damit vor aller Welt kundgetan. Niemand wird daran zweifeln, am allerwenigsten in Paris, daß sie in der Hauptsache gegen Frankreich gerichtet ist. Nach bewährtem Rezept wird England als der größte und stärkste der Partner die Wünsche Italiens und Spaniens auch in anderen Fragen berücksichtigen und wahrscheinlich schon feste Zusagen gemacht haben. Darauf führen wir es zurück, wenn Mussolini jetzt erneut bei der südslawischen Regierung dorauf bringt, die Fiume-Frage endgültig zu regeln, wobei in Rom natürlich vorausgesetzt wird, daß die Regelung in italienischem Sinne erfolgen wird. Auch die Befriedigung der italienischen Wünsche in Afrika, die schon beim Besuch des englischen Königspaares in Rom im Frühjahr v. J. verabredet waren, durch Ueberlassung des Djubalandes und durch Hilfe bei der Unterwerfung Tripolitaniens dürfte jetzt erfolgen. Daß sich der Gegensatz zwischen Südslawien und Bulgarien gegenwärtig verschärft, hängt sicher ebenfalls mit dem Vorgehen Italiens und Englands zusammen. Aus demselben Grunde ist damit zu rechnen, daß die Tangerfrage von neuem der Gegenstand diplomatischer Verhandlungen werden wird, da Spanien und Italien mit der jüngsten Regelung nicht zufrieden sind.

Nicht nur in London, sondern auch in Paris treten binnen kurzem die Parlamente wieder zusammen, sodaß die Gegner Poincarés bald wieder Gelegenheit haben, ihn wegen Isolierung Frankreichs zur Rechenschaft zu interpellieren.

Daß Nordamerika diese ganze Entwicklung mit größter Aufmerksamkeit verfolgt und sich für alle Fälle vorbereitet, geht aus seinen großen Rüstungen zur See hervor. Seine diesjährigen Flottenmanöver, die wieder jetzt im Januar—Februar stattfinden, werden die ungewöhnlich großen des vorigen Jahres an Ausdehnung und Bedeutung noch übertreffen.

•

Englisch-italienisch-spanische Flottenmanöver im Mittelmeer.

TU Rom, 4. Januar.

Im Januar werden im Mittelmeer Flottenmanöver der englischen Flotte stattfinden, an denen Verbände der italienischen Flotte teilnehmen werden. Ebenso ist die Teilnahme spanischer Marineverbände in Aussicht genommen. An dem Flottenmanöver werden in größerem Umfange die Flieger- und Unterseebootswaffen beteiligt sein. Man mißt hier diesen Flottenmanövern besondere Bedeutung bei, weil es das erste Mal ist, daß englische Verbände mit italienischen und spanischen Flottenteilen in Durchführung einer gemeinsamen Idee manövrieren

Generalprobe der nordamerikanischen Flotte am Panamakanal.

eca London, 4. Januar.

Aus Washington wird dem Exchange Telegraph gemeldet, daß das Marineministerium der Vereinigten Staaten die Mobilisation der Flotte im Atlantischen und im Stillen Ozean angeordnet und den Plan für große Seemanöver ausgearbeitet hat, die im Januar und Februar stattfinden sollen. Eine Flotte von 15 Panzerschiffen, 4 Kreuzern, 68 Torpedobootszerstörern, 11 Unterseebooten, 87 Hilfsschiffen, 128 Minenlegern und zahlreichen Schleppern wird an diesen Manövern teilnehmen, die an Umfang alles bisher Dagewesene übertreffen. Das Ziel dieser Operationen zur See, die sich in den Antillen vollziehen werden, ist es, die Möglichkeit einer Verbindung der amerikanischen Flotten durch den Panama-Kanal für den Fall des plötzlichen Auftauchens feindlicher Schiffe im Norden des Atlantik zu prüfen.

Mussolini drängt wieder auf Regelung der Fiumefrage.

TU Belgrad, 5. Januar.

Der neue italienische Gesandte Graf Morano wird noch vor Beginn der Konferenz der Kleinen Entente in Belgrad erwartet. Nach Berichten der Korrespondenten in Rom erklären die führenden Blätter, Graf Morano sei mit der besonderen Mission von Mussolini betraut, in der Fiumefrage ein volles Einvernehmen mit Südslawien herzustellen.

Französisches Bündnis auch mit Südslawien.

TU Paris, 5. Januar.

Aus Belgrad wird berichtet: In offiziellen Kreisen verlautet, daß ein franko-südslawischer Vertrag nach denselben Gesichtspunkten wie der franko-tschechoslowakische Vertrag in unmittelbarer Zukunft zur Unterzeichnung gelangen werde.

•

Die Nachricht über den unmittelbar bevorstehenden Abschluß eines französisch-südslawischen Vertrages wird an Berliner unterrichteter Stelle als zum mindesten verfrüht bezeichnet. Auf der hiesigen südslawischen Gesandtschaft ist offiziell von einem nahe bevorstehenden Abschluß des erwähnten Abkommens nichts bekannt. Nach Auslassungen Belgrader Blätter ist es jedoch möglich, daß die Frage eines solchen Abkommens auch auf der Januarkonferenz der Kleinen Entente erörtert wird.

Das Programm der Konferenz der Kleinen Entente.

TU Dresden, 5. Januar.

Die tschechoslowakische Regierung erklärt, daß das Programm der Belgrader Konferenz nur drei Punkte enthalten werde. 1. Die ungarische Sanierung nach dem definitiven Protokoll im Finanzkomitee des Völkerbundes, das am 17. Januar in London unterschrieben werden soll. 2. Die Stellungnahme zu der bevorstehenden Anerkennung der Sowjetregierung und 3. gewisse Richtlinien für die Politik auf dem Balkan. Soweit Griechenland in Betracht kommt, wird dies als eine Angelegenheit betrachtet, welche neben Rumänien auch Jugoslawien, nicht aber die Gesamtheit der Kleinen Entente betreffe. Von einem Beitritt Polens ist keine Rede; in Zukunft soll aber dort, wo die Interessen Polens mit denen der Kleinen Entente übereinstimmen, gemeinsam vorgegangen werden.

Belgiens Hauptziel: Erhaltung der englisch-französischen Entente.

London, 5. Januar.

„Daily Telegraph" veröffentlicht eine Unterredung seines politischen Beobachters mit dem belgischen Außenminister Jaspar. Dieser erklärte u. a., die belgische Außenpolitik verfolge eine Linie vollkommener Unabhängigkeit. Es sei das Hauptziel der belgischen Politik, die Entente zwischen Frankreich und Großbritannien zu wahren und konsolidieren zu helfen. Die belgische Haltung gegenüber Deutschland sei daher nicht ausschließlich von seinen eigenen Interessen diktiert, sondern von interalliierten Erwägungen. Sie sei nicht diktiert von Haß oder Rache. Belgien wünsche die Bezahlung seiner gerechten Forderungen, ohne die es nicht hoffen könne, zu einem einigermaßen ausgeglichenen Budget zurückzukehren. Belgien sei ins Ruhrgebiet gegangen, weil es der Ansicht war, daß dies das beste Mittel sei, Deutschland zum Zahlen zu bringen. Die Tatsachen bewiesen, führt Jaspar fort, daß Belgien Recht gehabt habe. Die Ruhrfrage werde bald aufhören, den Gegenstand von Erörterungen zu bilden, denn nachdem der passive Widerstand eingestellt sei, arbeiteten die Deutschen mit erstaunlicher Schnelligkeit, um alle Spuren des industriellen Kampfes zu beseitigen. Das Ruhrgebiet arbeite wieder.

Die Frage der Militärkontrolle vor der Botschafterkonferenz.

Paris, 5. Januar.

Die Botschafterkonferenz wird sich, wie das „Echo de Paris" mitteilt, in ihrer heutigen Sitzung wiederum mit der Frage der Militärkontrolle in Deutschland beschäftigen. Die Note, die am 21. November an die deutsche Regierung gerichtet wurde und die keine Androhung von Sanktionen enthalten habe, sei ein toter Buchstabe geblieben. Man müsse also die Debatte, die am 21. November vorläufig abgebrochen wurde, wieder aufnehmen und wenn möglich zu einer praktischen Schlußfolgerung bringen. In den letzten Tagen habe ein Meinungsaustausch zwischen dem Quai d'Orsay und dem Foreign Office stattgefunden und gestern abend habe Marschall Foch sich mit diesem Problem beschäftigt.

Ein sozialdemokratischer Reichswehrminister?

Während des Interregnums zwischen den Regierungen Stresemann und Marx, das die Diskussion um Diktatur und Diktator hervorbrachte, und während der Verwicklungen der letzten Monate in Mitteldeutschland ist die Reichswehr, ihr Wesen und ihr Wirken, wieder in den Vordergrund der innenpolitischen Bühne getreten. Im hellen Licht der Rampen wurde ihr Charakter und ihre Tätigkeit beleuchtet und kritisiert, Parteien bemühten sich um ihre Gunst. Sie ging unbeirrt ihres Weges, tat ihre Pflicht in der Mitte zwischen Freund und Feind, stiftete Ordnung und stellte die Ruhe wieder her. Dadurch verdarb sie es mit den Unruhestiftern und mit denen, die aus innerer Zuneigung oder Wahlverwandschaft mit den Unruhestiftern Arm in Arm gingen. Die linksradikalen Schichten Mitteldeutschlands, die der Möglichkeit, das Bürgertum zu terrorisieren, vorläufig beraubt sind, hassen die Reichswehr schlimmer denn je, und die Sozialdemokraten bekämpfen sie, seit ihre Vertreter nicht mehr mit Herrn Dr. Geßler auf einer Ministerbank sitzen, erstens weil auch so mancher Sozialdemokrat in Sachsen und Thüringen der Reichswehrordnung hat weichen müssen, zweitens weil das „proletarische Solidaritätsgefühl" die Kampfgenossenschaft mit den Kommunisten gegen die Reichswehr erheischt, drittens weil nach dem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Regierung die Reichswehr plötzlich ein Instrument der „Bourgeoisie" geworden ist. Diese drei Momente beschwingen die heftigen Angriffe, die die sozialdemokratischen Organe seit einiger Zeit tagtäglich gegen die Reichswehr richten.

Gegen die Subjektivität dieser Angriffe sticht sehr vorteilhaft das Bild ab, das der militärische Sachverständige der sozialdemokratischen Partei, der frühere aktive Hauptmann und spätere sächsische Polizeioberst Schüßinger in der neuesten Nummer der „Glocke", in einem Aufsatz „General v. Seeckt — Reichswehr und Republik" von der jetzigen deutschen Militärmacht und ihrem Führer entwirft. Er zeichnet die von einander so verschiedenen Typen von Generalen wie Ludendorff, Seeckt, Hoffmann und Reinhardt, und warnt seine Parteigenossen davor, sie alle „mit der gleichen Sauce des Faszistenschrecks zu übermalen". Er erkennt die überragende Potenz Seeckts, als Geist und als Persönlichkeit, und spricht es als sein unvergängliches Verdienst an, das typische Söldnerheer, das die Reichswehr doch nun einmal ist, mit einem „achtungswerten Arbeitsgeist und einer wuchtigen inneren Geschlossenheit" angefüllt zu haben. Der Sozialdemokrat Schüßinger tritt seinen eigenen Parteiblättern entgegen, die die deutsch-völkische Agitation als das hervorstechendste Merkmal in der Reichswehr schildern, er stellt fest, daß die Reichswehr in den für die deutsche Innenpolitik entscheidungsvollsten Situationen — in Küstrin und am Odeonsplatz in München — fest ihre Pflicht getan hat und keiner politischen Neigung erlegen ist.

Das ist der erste Teil des Aufsatzes. Mit dem Fazit aus diesen Betrachtungen beschäftigt sich der zweite. Und dieses Fazit ist, um es vorwegzunehmen, die Forderung — die Schüßinger wohl im Benehmen mit den führenden Persönlichkeiten seiner Partei ausspricht — die Forderung, daß in einer Reichsregierung, an der auf Grund der Neuwahlen die sozialdemokratische Partei etwa beteiligt wäre, „endlich einmal die Todsünden der Vergangenheit gutgemacht werden und das eine Postulat auf Biegen oder Brechen durchgezwungen werden müßte: Das Reichswehrministerium besetzt von Vertretern der deutschen Arbeiterschaft!"

Schüßinger hat, wie angedeutet, offenbar den Auftrag, diese Forderung aufzustellen für den von den sozialdemokratischen Führern erhofften Fall, daß die Reichstagsneuwahlen in der Quantität der bürgerlichen Wählermasse und der Quantität der sozialdemokratisch-kommunistischen Wählermasse keine wesentliche Verschiebung zeitigen wird. Diese Voraussetzung soll hier keinem Vertuertel untergezogen werden. Wichtig ist es nur, hier zu untersuchen, womit der Sozialdemokrat bzw. die Sozialdemokratie ihr „Postulat auf Biegen und Brechen" begründet. Schüßinger hält der Reichswehr die österreichische Wehrmacht gegenüber, die „der geistige und materielle Besitz der republikanischen Arbeiterschaft" sei, während die deutsche Reichswehr „der Besitz des rechtsstehenden Bürgertums" sei. Er begründet diese letztere Behauptung nicht, und deshalb ist sie, die Grundlage des sozialdemokratischen Postulats, um so unbegründeter, als Schüßinger selbst, zwölf Zeilen vorher, seiner Partei die Lektüren liest, wie sie „bei der letzten Stresemann-Debatte im Reichstage die „Säuberung" der Reichswehr verlangte, in einem Augenblick, in dem ein adliger Offizier in München den Feuerbefehl auf die Ludendorffsche Sturmkolonne gab und dem zusammengestürzten General die Worte zurief: Herr General, Sie sind verhaftet!" Mit dieser Verteidigung der Reichswehr und mit dem ganzen objektiven Bilde, das Schüßinger von der Reichswehr und ihrem Führer vorher entwirft, schlägt er der sozialdemokratischen Aktion die Stoßwaffe selbst aus der Hand. Der Sozialdemokrat muß anerkennen, daß die Reichswehr, immerhin von Kreisen, mit der sie in vieler Beziehung Erziehung und Tradition verbinden, in Situationen, wie sie gefährlicher überhaupt nicht sein können, keiner Verführung erlegen ist, sondern unbeirrt den Weg ihrer vaterländischen Pflicht gegangen ist. Mit der kümmerlichen Begründung des sozialdemokratischen Postulats hat er den festen Boden des Tatsächlichen verlassen und sich der

Schlüpfrigkeit agitatorischer Erfordernisse anvertraut. Er ist ausgerutscht. Die Wahrheit hat die Demagogie erschlagen. In einem der letzten Absätze des umfangreichen Aufsatzes greift er, sich selbst nicht mehr treu, nach einem Strohhalm. Ein Arbeiter muß Reichswehrminister werden, sagt er, denn „Seien wir uns darüber klar, daß die Homogenität der Tradition und der Erziehung, welche das alte und einen Teil des neuen Offizierkorps immer noch beseelt, daß dieser Jahrhunderte lang gesüchtete Raubtierglaube an das Allheilmittel der rohen Gewalt gefühlsmäßig im Unterbewußtsein eines Teiles der Offiziere der Republik noch schlummert in einem Umfang, der die Grausamkeit der russischen „Tscheka" oder des ungarischen „Hejjas Detachements" in einem kommenden Bürgerkrieg in den Schatten stellen würde."

Das sagt Schüpinger, nachdem er auf vier oder fünf Druckseiten die Integrität der Reichswehr in den schwierigsten Situationen dargelegt hat. Schüpinger ist eben offensichtlich das Sprachrohr Höherer, und er hat sich dadurch, daß er sich in seiner Arbeit zu spät der sozialdemokratischen Parteidisziplin, d. h. der Demagogie, beugte, seiner Aufgabe in wenig geschickter Weise entledigt.

Immerhin muß die Veröffentlichung des „einen Postulats auf Biegen oder Brechen" wie ein Fanfarenton wirken. Zwischen dem jetzigen Reichswehrminister, dem Chef der Heeresleitung und der Reichswehr hat bisher das Einvernehmen geherrscht, ohne das wir alle vielleicht längst von den Wirbeln innerer Unruhen verschlungen wären. Die Sozialdemokratie fordert die Ersetzung des Reichswehrministers durch einen Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, d. h. durch einen Mann, der seine Parteipolitik dem General v. Seeckt gegenüber — Schüpinger sagt selbst, daß Seeckt und seine Reichswehr ein untrennbarer Körper seien — durchsetzen soll in einem Sinne, der erstens den Interessen des Staates und zweitens der Auffassung der überwiegenden Volksmehrheit widerspricht. Schüpinger ist offenbar der Kandidat der Sozialdemokratie für den Wehrministerposten, und je mehr er den Geist der Reichswehr und ihres Führers lobt, um so weniger dürfen wir seinen Versuchen der captatio benevolentiae trauen. Die Reichswehr soll ihre bisherige Bahn verlassen und Parteitruppe werden. Das ist das „Postulat auf Biegen und Brechen". Wenn es etwa dazu kommen sollte, daß nach den Neuwahlen über die Frage einer Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung diskutiert wird, so werden alle, die die Reichswehr dem Vaterlande erhalten wollen, wissen, welches ihr Postulat auf Biegen und Brechen ist.

Dr. R. Jügler.

Mannheim und Heidelberg vor separatistischer Besetzung?

TU München, 5. Januar.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" melden aus Speyer, daß dort und in Worms die schon zur Reserve entlassenen Separatistentruppen neu einberufen und frische Separatistenbataillone zusammengestellt werden. Außerdem sollen separatistische Truppen dazu bestimmt sein, Mannheim und Heidelberg zu besetzen.

Der Frankensturz — ein „deutsches Manöver" . . .

oea Paris, 5. Januar.

Der Berliner Korrespondent des „Petit Parisien" legt in einer längeren Depesche dar, daß man in Deutschland mit einer weiteren Baisse des französischen Franken und mit ihr als einer Art Druckmittel im weiteren Verlauf der politischen Entwicklung rechnet. „Die augenblickliche Baisse des Franken, so schreibt der Korrespondent seinem Blatte, ist am 6. November auf einem Kongreß deutscher Bankiers in Frankfurt beschlossen worden." (!) Am 13. habe dann die Offensive an der Amsterdamer Börse begonnen. Die deutsche Finanz, die „dieses Manöver in der diplomatischen Einschüchterung" unternehme, sei von ausländischen Finanzgruppen unterstützt. Der Berichterstatter glaubt sogar zu wissen, daß die französische Regierung hierfür unrichtige Dokumente besitze. Auf politischem Gebiet gehe die deutsche Regierung darauf aus, die Dinge zu verschleppen. Die deutschen Regierungskreise warteten die Entwicklung der Dinge in England ab und daran anschließend die englisch-französischen Beziehungen. Außerdem erwarteten sie die Wirkung der Frank-Baisse, die man als Faktor in die Mittel der internationalen Diplomatie einstelle. Mit Aufgabe des passiven Widerstandes, so faßt der Korrespondent seine Berliner Eindrücke zusammen, hat Deutschland den Kampf nicht aufgegeben. Der Kampf wird augenblicklich ebenso erbittert auf dem Gebiete der Wechselkurse fortgesetzt. Die gleichen Finanzkreise, die die Mark vernichtet haben, um die Politik der deutschen Trusts zu unterstützen, stützten heute die Rentenmark auf den auswärtigen Börsen, wobei sie gleichzeitig mit dem Ziele einer deutschfeindlichen Politik den Frank auf das heftigste angriffen.

•

Paris, 5. Januar.

Es verlautet offiziell, daß Finanzminister de Lasteyrie, der heute aus der Provinz nach Paris zurückkehrt mit einer Anzahl von Finanzleuten heute eine Besprechung haben wird, in der die Lage auf dem Wechselmarkt und die zur Unterdrückung der Baisse-Spekulation mit dem französischen Frank etwa nötigen Maßnahmen beschlossen werden sollen. „Ere nouvelle" bemerkt hierzu, daß mißbräuchliche Spekulation vorliege, stehe fest, die Ursachen lägen aber tiefer und die Spekulation heute diese Ursachen nur aus, sie lähen in der Finanzpolitik, die von der Hand in den Mund lebe, die auf dem Papier ein Budget im Gleichgewicht halte, dessen Gleichgewicht in Wirklichkeit völlig gestört sei. Die Ursache läge vor allem auch in der Lüge des illusorischen Budgets der von Deutschland zurückzuerstattenden Ausgaben und der Politik ununterbrochener Anleihen.

Französische Flugzeuglieferungen an die Kleine Entente.

TU Paris, 5. Januar.

Die französischen Flugzeugfabriken sind mit Bestellungen für das laufende Jahr geradezu überhäuft und man rechnet bei dem augenblicklichen Stand des französischen Franken mit weiteren Aufträgen. An den diesjährigen Aufträgen sind besonders die Staaten der Kleinen Entente beteiligt.

Ramsay Macdonalds Programm.

London, 5. Januar.

Wie „Daily Chronicle" aus der Arbeiterpartei nahestehenden Kreisen erfährt, ist es Ramsay Macdonald gelungen, die Partei und auch ihre äußerst linksstehenden Elemente davon zu überzeugen, daß die Nation vor allem eine Ruhepause haben müsse, in der keine unmittelbaren Neuwahlen zu befürchten seien, und daß zu einer Regelung der Verhältnisse auf dem Kontinent geschritten werden müsse, wozu auch die Wiederaufnahme ordnungsmäßiger diplomatischer Beziehungen mit Rußland gehöre.

•

oea London, 5. Januar.

Die Stellungnahme der Parteien in der bevorstehenden Eröffnungssitzung des neuen Unterhauses ist noch nicht vollkommen geklärt. Es steht nunmehr fest, daß das Unterhaus am 15. d. M. zusammentreten wird, aber es herrscht noch Unklarheit über die Stellungnahme der Liberalen zu dem Abänderungsantrag, den die Arbeiterpartei zu der Thronrede einbringen wird. Die Entwickelung der parlamentarischen Ereignisse wird sich voraussichtlich folgendermaßen abspielen: Am 15. Januar wird der König das neue Unterhaus durch Verlesung der Thronrede eröffnen. Sobald der König sich zurückgezogen hat und nachdem, entsprechend dem Brauch, zwei Mitglieder der Majorität, die vom Premierminister bezeichnet werden, die Schlußfolgerungen der Thronrede unterstützt haben, wird der Führer der Opposition Ramsay Macdonald in die Debatte eingreifen und seinen Abänderungsvorschlag entwickeln. Man behauptet, daß dieser Abänderungsvorschlag Ramsay Macdonalds eine kategorische Zurückweisung der gesamten Regierungspolitik darstellen werde. Am 16. wird die Debatte fortgesetzt werden. Man erwartet, daß an diesem Tage sowohl Asquith als auch Lloyd George in die Debatte eingreifen werden. Voraussichtlich wird alsdann Baldwin seinen Gegnern am 17. d. M. antworten und hierbei die Vertrauensfrage stellen. Die hieran anschließende Abstimmung wird dann über das Schicksal des Kabinetts Baldwin entscheiden.

Ramsay Macdonald trifft heute in London ein und wird am Wochenende mit den führenden führenden Mitgliedern der Arbeiterpartei konferieren.

Dienstag abend wird in London eine Versammlung der „National Citizen-Union" in der Aeolian Hall stattfinden, in der sowohl konservative als auch liberale Redner das Wort ergreifen werden, um gegen die Möglichkeit einer Arbeiterregierung zu sprechen. Sowohl Asquith als auch Banbury sind bereits in der Redneerliste eingetragen. Die „National Citizen-Union" umfaßt etwa 250 000 Mitglieder und ist eine parteilose, aber antisozialistische Organisation. Im letzten Unterhaus war sie durch 120 Mitglieder aus den verschiedenen Parteien vertreten.

Der Wahlkampf in Nordamerika.

TU Paris, 5. Januar.

Aus Washington wird berichtet: Der Senator Hiram Johnson hat jetzt in Cleveland (Ohio) seinen Wahlfeldzug gegen den Präsidenten Coolidge begonnen. Johnson tritt als zweiter Kandidat der Republikanischen Partei auf und versucht, an Stelle des Präsidenten Coolidge gewählt zu werden. In seinen ungewöhnlich heftigen Reden kritisiert er scharf die gegenwärtige Politik der Vereinigten Staaten unter Coolidge. Er mißbilligt auch die offizielle Teilnahme Amerikas an den Sachverständigenausschüssen der Reparationskommission. Man nimmt an, daß der Wahlfeldzug sich innerhalb der Republikanischen Partei diesmal in außerordentlicher Schärfe abspielen wird.

Das neue japanische Kabinett.

EE London, 5. Januar.

Nach einer Meldung aus Tokio übernimmt Graf Kiyoura die Bildung des Kabinetts. Außenminister wird Baron Ishii, (der jedoch nicht indentisch ist mit dem Botschafter gleichen Namens in Paris), Kriegsminister Fukuda, Marineminister Kichinai.

EE Paris, 5. Januar.

Der „Matin" beschäftigt sich mit der verworrenen Lage in Japan, an der Innenminister Gote mit sein Programm des allgemeinen Stimmrechts und der Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland die Schuld trage. Goto habe die Ernennung Joffes zum russischen Botschafter in Tokio gestattet, allerdings in seiner damaligen Eigenschaft als Oberbürgermeister von Tokio. Wegen der von den bei dem Erdbeben Geschädigten geforderten Vorauszahlung von zehn Prozent der staatlichen Entschädigungssumme drohe es jetzt außerdem zu neuen Konflikten mit den Abgeordneten der Provinz zu kommen.

Ein neuer italienischer Luftkreuzer.

TU Paris, 5. Januar.

Dem „Intransigeant" wird aus Turin mitgeteilt, daß in Rom mit dem Bau eines Luftkreuzers begonnen sei, der 45 000 Kubikmeter umfassen soll. Es handelt sich um einen Kalkstarren Luftkreuzer, der der größte der Welt sein dürfte. Demnächst soll ferner ein anderes Luftschiff von 120 000 Kubikmetern Inhalt in Angriff genommen werden.

Kleine Nachrichten.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht wird morgen hier wieder von seiner englischen Reise ankommen.

•

An zuständiger hiesiger Stelle ist nichts davon bekannt, daß der Londoner deutsche Botschafter Dr. Sthamer demnächst, wie eine französische Zeitung meldet, seinen Posten verlassen werde.

•

Die Bayerische Volkspartei hat im Landtag einen Antrag eingebracht, wonach die Zahl der Abgeordneten entgegen der Regierungsvorlage, die 114 Mandate vorsieht, nur auf 128 verringert werden soll.

•

Wie das „Echo de Paris" feststellt, ist über die geplante Reise des Präsidenten der Republik Millerand nach Prag noch nichts entschieden. Es handle sich um einen Plan, für dessen Durchführung die Umstände zurzeit nicht günstig seien.

•

Die große Nationalversammlung in Angora hat den Gesetzesvorschlag verworfen, nach dem die Anwendung der türkischen Sprache in ausländischen Unternehmungen obligatorisch sein sollte.

•

Die Vereinigten Staaten haben an die Regierung Obregon in Mexiko 5000 Gewehre, 5 Millionen Patronen und 8 Flugzeuge verkauft.

Die Staatsanwaltschaft gegen die hohen Bankzinsforderungen.

Von der Staatsanwaltschaft ist ein Verfahren gegen verschiedene Banken wegen zu hoher Zinsforderungen eingeleitet worden. Wie die „Telegraphen-Union" hierzu erfährt, sind durch diese besonders im November und Anfang Dezember 1923 erhobenen zu hohen Zinsforderungen der Banken zahlreiche Firmen, und zwar nicht nur der Nahrungsmittelbranche, in Schwierigkeiten geraten. Zwischen der Abteilung W des Polizeipräsidiums und dem Reichswirtschaftsministerium haben übrigens wiederholt bis in die letzten Tage hinein Verhandlungen stattgefunden, deren Zweck eine Einwirkung auf die Banken war, ihre Zinsforderungen herabzusetzen, was auch zum Teil geschehen ist. Die bereits eingeleiteten staatsanwaltschaftlichen Verfahren bleiben jedoch hiervon unberührt.

Eine Verwarnung Calwers.

Wie der Deutsche Handelsdienst erfährt, hat der Chef der Heeresleitung dem Wirtschaftspolitiker und Statistiker Richard Calwer eine Verwarnung zugehen lassen, weil er in seinen wirtschaftlichen Tagesberichten vom 24. Dezember 1923 in einem Aufsatz „Wohin die Reisegeht" der Reichsregierung vorgeworfen habe, durch eine neue Inflation das Volk aus Dummheit oder Absicht zu betrügen. Derartige Artikel seien geeignet, das Vertrauen zu den wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung zu untergraben und eine Beunruhigung im Volke hervorzurufen. Der Chef der Heeresleitung teilt Calwer mit, daß er im Wiederholungsfalle genötigt sein werde, mit den Mitteln des Ausnahmezustandes vorzugehen.

Der Streik in der Berliner Metallindustrie.

Beginn der direkten Verhandlungen.

Die Streiklage in der Berliner Metallindustrie hat seit heute morgen eine wesentliche Entspannung erfahren, nachdem es gelungen ist, die direkten Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Gang zu bringen. Der deutsche Metallarbeiterverband hatte, nachdem über die Person des Schlichters eine Einigung nicht zu erzielen war, selbst angeregt, einen Verständigungsversuch auf dem Wege der freien Vereinbarung zu machen und es hat den Anschein, als ob diesmal ein Uebereinkommen erzielt werden kann. Beide Parteien trafen sich heute vormittag im Reichswirtschaftsrat und die Besprechungen über die neuen Löhne für die kommenden Wochen begannen, nachdem sowohl die Vertreter der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer noch einmal ausführlich die Wirtschaftslage im allgemeinen und die Verhältnisse in der Metallindustrie im besonderen durchgesprochen hatten. Es erweckt den Eindruck, als ob die auf paritätischer Grundlage geführten Verhandlungen diesmal zu einem Ergebnis kommen werden. Der Berliner Metallindustrielle hat zu heute eine Hauptversammlung seiner Mitglieder einberufen, in der über das Ergebnis der Besprechungen berichtet und dann eine endgültige Entscheidung getroffen werden soll. Auch das Lohnkartell der Metallarbeiter wird über Annahme oder Ablehnung der zu erwartenden Vereinbarungen entscheiden und dann den Funktionären, die zu heute mittag bereits zusammengerufen waren, Bericht erstatten.

Im übrigen ist im Streik selbst eine wesentliche Veränderung nicht eingetreten. Auf Veranlassung der Streikleitung sind aus einer Anzahl von Betrieben noch die Arbeiter herausgegogen worden, die bis heute gearbeitet hatten, ohne daß das Gesamtbild sich wesentlich verschoben hat. Es ist bemerkenswert, daß Anträge der noch arbeitenden Belegschaften an den Arbeitnehmerverband auch ihre Betriebe lahmzulegen, nicht eingelaufen sind, sondern daß man eher von einer gewissen Streikmüdigkeit sprechen kann. Dieser letzte Umstand dürfte nicht unwesentlich dazu beigetragen haben, den Deutschen Metallarbeiterverband zu veranlassen, auf die Einwirkung des Schlichters zu verzichten und eine Verständigung auf direkten Wege zu versuchen.

•

Die heute im Reichswirtschaftsrat direkt zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Berliner Metallindustrie stattfindenden Verhandlungen zur Beilegung des Streiks dauerten um 1 Uhr mittags noch an. Die ebenfalls auf heute einberufene Hauptversammlung des Verbandes der Berliner Metallindustrie war schon vor einiger Zeit anberaumt worden, hat also unmittelbar mit den eingangs erwähnten Verhandlungen nichts zu tun. Die Streiklage in der Metallindustrie hat sich heute nicht wesentlich verändert.

Der Metallarbeiterstreik in Düsseldorf.

TU Düsseldorf, 5. Januar.

Der Metallarbeiterstreik ist ziemlich allgemein im ganzen Bezirk Groß-Düsseldorf. Es handelt sich hierbei um einen Kampf um die Arbeitszeit. Der Arbeitgeberverband verlangt gemäß dem bekannten Berliner Abkommen eine zehnstündige Arbeitszeit, während die Arbeiter nur acht Stunden in die Betriebe gehen wollen. In einigen Fällen arbeiteten die Arbeiter acht Stunden und verließen dann die Werkstätten. Infolge der Vorgänge erfolgten überall Aussperrungen oder Kündigungen, sodaß gestern alle Betriebe ruhten. Hier sind außerdem die Transportarbeiter in den Ausstand getreten. Es handelt sich dabei aber nur um einen Lohnstreik.

Schiedsspruch über die Arbeitszeit im Ruhrgebiet.

Köln, 5. Januar.

Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Essen: Nachdem über das Abkommen über die Arbeitszeit für die Untertagearbeiter vom 19. Dezember 1923 eine Einigung nicht erzielt worden war, fällte, heute der Schlichtungsausschuß unter dem Vorsitz des Reichs- und Staatskommissars Mehlich folgenden Schiedsspruch:

1. Die Arbeitszeit für die an den Koksöfen beschäftigten Arbeiter beträgt insgesamt im Wochendurchschnitt 65 Stunden bei einer Höchstschichtzeit von 74 Stunden einschließlich Sonntag. Sofern in der Sonntagsschicht eine Pause eingelegt wird, liegt sie außerhalb der Schichtzeit, wird aber besonders bezahlt.

2. Die Arbeitszeit in den übrigen durchgehenden Betrieben beträgt im Wochendurchschnitt 66 Stunden bei einer Höchstschichtdauer von 78 Stunden die Woche einschließlich Sonntag.

3. Erklärungsfrist bis Dienstag, den 8. Januar 1924.

Der Schiedsspruch wurde gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter gefällt. Die Gewerkschaften werden voraussichtlich gegen die verlängerte Arbeitszeit Stellung nehmen.

In der Lohnfrage für obgelobte Arbeitergruppe wurde ebenfalls unter dem Vorsitz des Reichskommissars Mehlich ein Schiedsspruch gefällt, der bis auf weiteres vom 1. Januar d. J. an einen Gesamtdurchschnittslohn von 4,20 Goldmark vorsieht.

— **Ein Friedenspreis.** Nach einer Havas-Meldung aus New-York hat ein Kaufmann in Boston 50000 Dollar für einen Preis in Europa ausgeschrieben und demjenigen gewährt werden soll, der die besten Möglichkeiten ausfindig macht, den Weltfrieden wiederherzustellen. Am Wettbewerbe dürfen teilnehmen Franzosen, Italiener und Engländer. Der Stifter werde auch die Teilnahme Deutscher zulassen, „unter der Bedingung, daß sich qualifizierte Preisrichter finden".

an: Ramsay Mac Donalds Programm — — — — —

Kunst und Wissenschaft.

Erstaufführungen der Woche.

Dienstag: **Die Truppe** (Lustspielhaus): „Kaiser Jones". — **Volksbühne:** „Don Carlos".

Sonnabend: **Deutsches Opernhaus:** „Die Zauberflöte". — **Komödienhaus:** „Die Kleine vom Varieté".

•

Wochenspielplan der Berliner Bühnen.

Staatsoper: 6. Carmen (6). 7. Flieg. Holländer (7). 8. Zauberflöte (8). 9. Schatzgräber (9). 10. Tiefland (10). 11. Don Giovanni (11). 12. Hoffmanns Erzählungen (12). 13. Troubadour (13). 14. Walküre (14). — **Staatstheater:** 6. Viel Lärm um nichts (6). 7. Peer Gynt (7). 8. Candida (8). 9. Viel Lärm um nichts (9). 10. Peer Gynt (10). 11. Viel Lärm um nichts (11). 12. Candida (12). 13. Viel Lärm um nichts (13). 14. Peer Gynt (14). — **Oper am Königsplatz:** 7.—9. Puppenfee. Hänsel u. Gretel (6—8). 10.—14. Fledermaus (9—13). — **Deutsches Theater:** Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung. — **Lessing-Theater:** Was ihr wollt. — **Kammerspiele:** Ingeborg. — **Die Truppe:** 6. Dingang. 7. Gesch. Ab 8. Kaiser Jones. — **Volksbühne:** 6. 12. Figaros Hochzeit. 7. Abrechnung. Der Heiratsantrag. 8. 9. 10. 13. Don Carlos. 11. 14. Die Fahrt nach Oppilh. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** Die Dame mit dem Scheinungsgrund. — **Schiller-Theater:** 8. 11. 13. Das Stiftungsfest. 9. Lumpazi vagabundus. 10. 14. Maria Magdalene. 12. Die Räuber. — **Komödienhaus:** Mexiko-Gold, ab 12. — **Theater am Kurfürstendamm:** Das Tängchen. — **Trianon:** Die Kassette. — **Residenz-Theater:** Ein idealer Gatte. — **Kleines Theater:** Eine galante Nacht. — **Trianon-Theater:** Joujou. — **Comedia Kalette:** Emigranten. — **Renaissance-Theater:** Die zärtlichen Verwandten. — **Residenz-Theater:** Anna Liese. — **Julius-Theater:** Einsatz: — **Wallner-Theater:** Der Sprung in die Ehe. — **Apollo-Theater:** Volk und Krone. — **Felix Caprice:** Mimikry. — **Große Volksoper:** 7. Schneeflöckchen. 8. 11. Carmen. 9. Entführung aus dem Serail. 10. Ein Maskenball. 12. Julius Caesar. 13. Fledermaus. 14. Rigoletto. — **Deutsches Opernhaus:** 6. Meistersinger. 7. Hoffmanns Erzählungen. 8. Rigoletto. 9. Tannhäuser. 10. Tiefland. 11. Carmen. 12. Die Zauberflöte. 13. Der Günstling der Zarin. 14. Aida. — **Großes Schauspielhaus:** Der Figaromeborn. — **Metropol-Theater:** Marietta. **Deutsches Künstlertheater:** Sonnora. — **Berliner Theater:** Dolly. — **Neues Operettentheater:** Der keusche Lebemann. — **Theater im Admiralspalast:** Trunter und drüber. — **Komische Oper:** Die Welt ohne Schleier. — **Theater in der Kommandantenstraße:** Die Posimeisterin. — **Neues Theater am Zoo:** Die Lugusfrau.

— **Der berühmte Pianist Alfred Grünfeld,** dessen Tod in der heutigen Morgen-Ausgabe mitgeteilt wurde, hat ein Alter von 72 Jahren erreicht. Er war in Prag geboren, ließ sich aber schon 1875 in Wien nieder und hat die Donaustadt nicht wieder verlassen, außer zu den vielen Gastspielreisen, die ihn in alle Welt führten. Eine seiner Auslandsfahrten brachte ihn zusammen mit seinem Bruder Heinrich, dem populären Berliner Cellisten, nach Amerika, wo das Künstlerpaar 70 Konzerte veranstaltete. Enge Freundschaft verband dem jungen Pianisten mit Johann Strauß, dessen Walzer „Brüdlingstimmen" ihm gewidmet ist, wie er denn ein klassischer Interpret des Walzerkomponisten war. Aber denselben poetischen Reichtum und Duft wie den Wiener Walzern entlockte er den Klavierstücken Beethovens oder einer Bachschen Fuge. Seine Wesensart war überraschend. Auch mit eigenen Kompositionen, mit Klavierstücken, Impromptus und Konzertwalzern ist er hervorgetreten, und außer einer Operette „Der Lebemann" schrieb er eine komische Oper „Die Schinen von Fogaras".

In den Staatl. Schauspielhäusern werden zurzeit folgende Novitäten bzw. Neueinstudierungen vorbereitet: Im Schauspielhaus am Gendarmenmarkt Neuaufführung der Tragödie „Die Empörung des Lucius" von Karl Theodor Kluth. Regie: Leopold Jessner. Ferner Hebbels „Nibelungen". Regie: Jürgen Fehling. — Im Schillertheater Erstaufführung der Tragödie „Columbus" von Johannes Weinrich, die zunächst am Sonntag, 27. d. M., mittags 11½ Uhr anläßlich einer Matinee des Bühnenvolksbundes in Szene geht und in den Abendspielplan übernommen wird. Regie: Albert Florath.

— **In der Tribüne** findet heute die 25. Aufführung von Carl Sternheims „Die Kassette" mit den Damen Anele Sandrock, Kitty Aschenbach, Vera Sidebolt, Erika Unruh und den Herren Eduard von Winterstein, Hans Waßmann und Hugo Kepler statt.

— **Im Theater am Kurfürstendamm** findet die nächste Aufführung des Kinderballetts „Wellas Traum" morgen nachmittag 3½ Uhr statt. Frau Toni Freeden singt wieder als „Wunderpuppe Kitsch-Kitsch".

— **Im Kabarett „Karussel"** am Kurfürstendamm findet ein Mittwoch, den 9. Januar, eine einmalige Wiederholung des lustigen Silvesterprogramms statt, das infolge des ausverkauften Hauses nur einem beschränkten Teil von Besuchern zugängig gemacht werden konnte. Es wird durch eine Reihe neuer Ueberraschungen, bei denen u. a. Harry Lamberg-Paulsen, Trude Hesterberg, Tilli Wedekind, Eugen Rex und der Affe Coco mitwirken, erweitert werden.

Groß-Berlin.

— **Falsche Vierziel- und Ganze Dollarstadtnoten.** In diesen Tagen sind einzelne Vierziel- und Ganze Dollarstadtnoten angehalten worden, die teils auf falschem Wasserzeichenpapier, teils auf gewöhnlichem Papier hergestellt sind. Das echte Wasserzeichen ist ein Schippenmuster ohne gerade Linien und Ecken. Der Untergrund der falschen Note läßt die Feinheiten der Originale vermissen und ist verschwommen. Schrift und Nummer treten nicht klar und deutlich hervor.

— **Zu dem Raubüberfall auf die Margarinefabrik** in Biesdorf wird mitgeteilt, daß auf die Ergreifung der Täter eine Belohnung von 100 000 Goldmark ausgesetzt ist. Für die Wiederbeschaffung des geraubten Geldes werden 25 Prozent der wiedererlangten Summe gezahlt. Mitteilungen an Kriminalkommissar Vernebung im Polizeipräsidium. Die die Spuren im Schnee zeigen, sind die Verbrecher nach der Tat nach allen Richtungen auseinandergelaufen. Verfolgung und Nachforschung blieben bisher ergebnislos.

— **Der Presseball,** die alljährliche große Wohltätigkeitsveranstaltung des Vereins „Berliner Presse" zugunsten seiner Altenpensions- und Witwenkasse, findet am Sonnabend, 26. Januar, in den Gesamträumen des Hauptrestaurants Zoologischer Garten statt, dessen Verwaltung übernimmt den Herren Hermann Hepner und Direktor Schüler unterstellt. Der Beginn des Kartenverkaufs wird noch bekannt gegeben.

Hierzu eine Beilage.

PROSPEKT. 20 000 000 M. neue Stammaktien (20 000 Stück über je 1000 M., Nr. 14001—34000) der

Breitenburger Portland-Cement-Fabrik zu Lägerdorf bei Itzehoe.

Die **Breitenburger Portland-Cement-Fabrik** ist im Jahre 1881 errichtet worden und hat ihren **Sitz** in **Lägerdorf** bei Itzehoe. Eine Zweigniederlassung befindet sich in Hamburg.

Zweck der Gesellschaft ist die Fabrikation und der Verkauf von Portland-Zement sowie auch von Kalk, Düngekalk, Roh- und Schlemmkreide und Ziegeleiprodukten, einschließlich solcher Geschäfte, welche hiermit direkt oder indirekt zusammenhängen. Die Gesellschaft ist auch befugt, sich an anderen Unternehmungen zu beteiligen.

Das **Grundkapital** der Gesellschaft von ursprünglich 450 000 ℳ betrug seit Mai 1923 16 000 000 ℳ, eingeteilt in 14 000 000 ℳ Stammaktien sowie 2 000 000 ℳ zunächst mit 25 % eingezahlte und inzwischen vollgezahlte Vorzugsaktien. Die außerordentliche Generalversammlung vom 28. September 1923 hat zwecks Verstärkung der Betriebsmittel beschlossen, die 2 000 000 ℳ bisherigen Vorzugsaktien in Stammaktien mit Gewinnberechtigung vom 1. Januar 1923 ab umzuwandeln und das Grundkapital um 18 000 000 ℳ auf 34 000 000 ℳ durch Ausgabe von 18 000 Stück neuen, auf den Inhaber lautenden Stammaktien mit Gewinnberechtigung vom 1. Januar 1923 ab zu erhöhen. Die in Stammaktien umgewandelten 2 000 000 ℳ bisherigen Vorzugsaktien sowie die 18 000 000 ℳ neuen Stammaktien wurden von einem unter Führung der Berliner Handels-Gesellschaft stehenden Bankenkonsortium zum Nennwert übernommen. Ein Teilbetrag von 5 000 000 ℳ neuen Stammaktien wurde zusammen mit den aus der vorstehend erwähnten Umwandlung herrührenden 2 000 000 ℳ Stammaktien den Inhabern der alten Stammaktien derart zum Bezuge angeboten, daß auf 2000 ℳ alte Stammaktien eine neue Stammaktie über 1000 ℳ gegen Einreichung von 1 $ Werbeständige Anleihe des Deutschen Reiches (Goldanleihe) oder Zahlung des Gegenwerts der Goldanleihe in Papiermark, umgerechnet zum Kurse von 65 Milliarden Mark (amtlicher Kurs der Goldanleihe am 27. Oktober 1923, dem Tage vor der erstmaligen amtlichen Notiz des Bezugsrechts an der Berliner Börse), zuzüglich 279 Milliarden Mark Pauschale für Bezugsrechtsteuer bezogen werden konnte. Die restlichen 13 000 000 ℳ neuen Stammaktien sind im Interesse der Gesellschaft und im Einvernehmen mit der Verwaltung bestmöglich zu verwerten, wobei der überwiegende Teil des Mehrerlöses der Gesellschaft zufließt.

Das erzielte Aufgeld wird dem gesetzlichen Reservefonds zugeführt werden. **Die Gesellschaft hält sich für berechtigt, den ihr aus der Veräußerung von Aktien zufließenden Nettogewinn nicht dem gesetzlichen Reservefonds, sondern einem in der Bilanz auszuweisenden besonderen Reservefonds zuzuführen, aus welchem eine Verteilung von Gewinnen nicht stattfinden soll.**

In der außerordentlichen Generalversammlung vom 28. September 1923 ist ferner beschlossen worden, zur Abwendung einer etwaigen Ueberfremdungsgefahr das Grundkapital der Gesellschaft weiter um 8 000 000 ℳ auf 42 000 000 durch Ausgabe von 8000 Stück neuen, auf den Inhaber lautenden Vorzugsaktien über je 1000 ℳ mit vierfachem Stimmrecht zu erhöhen. Die zunächst mit 25 % eingezahlten Vorzugsaktien, welche vom 1. Januar 1923 ab gewinnberechtigt sind, wurden der Hannoverschen Gesellschaft für Industrie- und Bankwesen Aktiengesellschaft, Hannover, zum Nennwert mit der Verpflichtung überlassen, bis zum 31. Dezember 1931 ohne Zustimmung der Gesellschaft nicht über die Vorzugsaktien zu verfügen. Die Vorzugsaktien haben im Verhältnis der geleisteten Einzahlungen Anspruch auf eine auf 6 % beschränkte Vorzugsdividende mit Nachzahlungspflicht sowie bei einer etwaigen Liquidation auf einen Vorzugsanteil bis zur Höhe von 115 % des Nennwertes zuzüglich etwa rückständiger Vorzugsgewinnanteile, abzüglich rückständiger Einzahlungen. Die Gesellschaft hat das Recht, die Vorzugsaktien vom 1. Januar 1927 ab jederzeit ganz oder teilweise nach mindestens dreimonatiger Kündigung mit 115 % ihres Nennbetrages abzüglich nicht geleisteter Einzahlungen zuzüglich etwa rückständiger Vorzugsgewinnanteile sowie, statt des Gewinnanteils des betreffenden Geschäftsjahres, zuzüglich 6 % laufender Stückzinsen zurückzuzahlen. Erfolgt die Einziehung aus dem verfügbaren Gewinn, so sollen in einem Geschäftsjahre nicht weniger als 1 % und nicht mehr als 10 % der Vorzugsaktien getilgt werden. Zu der Einziehung der Vorzugsaktien bedarf es gesonderter Beschlüsse der Generalversammlungen der Stammaktionäre und der Vorzugsaktionäre. Es genügt die einfache Mehrheit des bei der Abstimmung vertretenen Grundkapitals, sofern nicht die Einziehung nach den für die Herabsetzung des Grundkapitals maßgebenden Vorschriften stattfindet.

Sämtliche durch die oben erwähnten Transaktionen entstehenden Kosten trägt die Gesellschaft.

Das Grundkapital beträgt nunmehr 42 000 000 ℳ; es ist eingeteilt in
a) 34 000 Stück Stammaktien über je 1000 ℳ (Nr. 1—34000),
b) 8000 Stück Vorzugsaktien über je 1000 ℳ (Nr. 1—8000).

Von den 34 000 000 ℳ Stammaktien sind die Nr. 1—2500 mit den vervielfältigten Unterschriften zweier Aufsichtsratsmitglieder und die Nr. 2501—34000 mit den vervielfältigten Unterschriften eines Aufsichtsratsmitgliedes und des Vorstandes sowie der eigenhändigen Unterschrift eines Kontrollbeamten ausgefertigt.

Die Amortisation von Aktien ist gestattet.

Die **Bekanntmachungen** der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. Die Gesellschaft verpflichtet sich, ihre Bekanntmachungen außerdem auch in zwei Berliner Tageszeitungen und einer Hamburger Tageszeitung zu veröffentlichen, ohne daß jedoch hiervon die Rechtswirksamkeit der Bekanntmachungen abhängt.

Vorstand der Gesellschaft ist zurzeit Herr Direktor Hermann Methler, Handelsgerichtsrat in Hamburg.

Der von der Generalversammlung zu wählende **Aufsichtsrat** der Gesellschaft besteht zurzeit aus den Herren Geheimer Kommerzienrat Emil L. Meyer, in Firma Ephraim Meyer & Sohn, Hannover, Vorsitzender; Justizrat Dr. Martin Mayer, Frankfurt a. M., stellvertretender Vorsitzender; Kommerzienrat Richard Dyhrenfurth, Privatmann, Wildungen; Zivilingenieur Peter Fischer, Hannover; Dr. Otto Jeidels, Geschäftsinhaber der Berliner Handels-Gesellschaft, Berlin; Bankier Erich Meyer, in Firma Ephraim Meyer & Sohn, Hannover; Rechtsanwalt Dr. Fritz Oliven, Charlottenburg. — Jedes Mitglied des Aufsichtsrats erhält am Schlusse des Kalenderjahres eine unter den Geschäftsunkosten zu verrechnende feste Vergütung von 5000 kg Portland-Zement, deren Gegenwert unter Zugrundelegung der am 20. Dezember jedes Geschäftsjahres gültigen Preise zu zahlen ist. Der Vorsitzende erhält den doppelten Anteil, Außerdem erhält der Aufsichtsrat einen Anteil von 10 % an dem Reingewinn der Gesellschaft, der nach den gesetzlich vorgeschriebenen Abzügen sowie nach Abzug eines für die Aktionäre bestimmten Betrages von 4 % des eingezahlten Grundkapitals verbleibt. Steuern oder Abgaben auf diese Vergütungen trägt die Gesellschaft.

Die **Generalversammlungen** werden nach Lägerdorf oder Hamburg einberufen, doch kann der Aufsichtsrat oder Vorstand auch einen anderen Versammlungsort bestimmen. **Nach dem gegenwärtigen Stande des Aktienkapitals stehen in den Generalversammlungen den 34 000 Stimmen der 34 000 000 M. Stammaktien 32 000 Stimmen der nur mit 2 000 000 M. eingezahlten 8 000 000 M. Vorzugsaktien gegenüber.**

Das **Geschäftsjahr** ist das Kalenderjahr.

Aus dem nach Abzug sämtlicher Abschreibungen, Verwaltungs- und Betriebskosten sich ergebenden Betrag wird vorweg ein Betrag von 30 000 ℳ p. a. zur Konstituierung eines „Amortisationsfonds" entnommen, aus welchem nach näherer Bestimmung des Aufsichtsrats sowohl etwa vorhandene Prioritätsanleihen als auch eventuell das Aktienkapital selbst — mit Rücksicht auf den Umstand, daß der Grund und Boden, auf welchem die Fabrik errichtet ist, der Gesellschaft zum Teil nicht gehört — sukzessive zu amortisieren sind. Von dem alsdann verbleibenden Reingewinn werden 5 % zur Bildung und Erhaltung eines Reservefonds verwendet. Es erhalten der Vorstand und die Angestellten der Gesellschaft nach Bestimmung des Aufsichtsrats und in Gemäßheit der abgeschlossenen Verträge Tantiemen bis zu 10 % und der Aufsichtsrat eine Tantieme von 10 %.

Die Gesellschaft verpflichtet sich, die Auszahlung der **Gewinnanteile**, die Aushändigung neuer Gewinnanteilscheinbogen, den etwaigen Bezug neuer Aktien und die Hinterlegung von Aktien behufs Teilnahme an den Generalversammlungen sowie alle sonstigen die Aktienurkunden betreffenden Maßnahmen, welche durch die Generalversammlung beschlossen worden sind, außer an der Gesellschaftskasse

in Berlin bei der Berliner Handels-Gesellschaft,
in Hamburg bei der Norddeutschen Bank in Hamburg,
in Hannover bei dem Bankhause Ephraim Meyer & Sohn

kostenfrei erfolgen zu lassen.

An Gewinnanteilen hat die Gesellschaft für 1918 5 %, für 1919 6 % auf 3 500 000 ℳ Aktienkapital, für 1920 10 % auf 5 250 000 ℳ Aktienkapital, für 1921 12 % auf 8 000 000 ℳ Aktienkapital und für 1922 80 % auf 12 000 000 ℳ Stammaktien und 6 % auf 4 000 000 ℳ mit 25 % eingezahlte Vorzugsaktien ausgeschüttet.

Die **Bilanz** und die **Gewinn- und Verlust-Rechnung** für das Geschäftsjahr 1922 stellen sich wie folgt:

Bilanz vom 31. Dezember 1922.

Vermögen.	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausstehende Einzahlung auf 4 000 000 ℳ Vorzugsaktien			3 000 000	—
Fabrikanlagen — Bestand am Jahresanfang	2 411 449	—		
Abschreibung	460 395	—		
	1 951 054	—		
Abgang	15 600	—	1 935 454	—
Grundstücke			111 850	—
Hof Muldsberg	102 000	—		
Abschreibung	2 000	—	100 000	—
Tonländerei und Ziegelei			37 700	—
Arbeiterhäuser	142 560	—		
Abschreibung	8 260	—	139 300	—
Schiffs- und Fuhrwesen	27 910	—		
Abschreibung	14 679	—		
	13 231	—		
Abgang	13 229	—	2	—
Beteiligungen			217 728	10
Wertpapiere und Bürgschaften[1])			5 691 840	77
Kassen- und Wechselbestand			5 748 843	76
Forderungen an Verschiedene[2])	172 830 578	59		
Desgl. an Holsteinische Portland-Cement-Fabrik	39 506 796	78	212 337 375	37
Vorräte an Portlandzement, Halbfabrikaten, Kohlen, Betriebsmaterialien, Säcken, Fässern, Faßmaterialien, Ziegelfabrikaten u. a. m.[3])			11 143 594	85
			240 465 688	85

[1]) Darunter 5 570 000 ℳ auf der Passivseite verbuchte Bürgschaften.
[2]) Darunter 405 267,17 ℳ Bankguthaben.
[3]) Darunter: Portlandzement 434 682,31 ℳ
Halbfabrikate 293 445,20 „
728 127,51 ℳ

Verpflichtungen.	ℳ	₰	ℳ	₰
Stammaktien-Kapital			12 000 000	—
Vorzugsaktien-Kapital			4 000 000	—
Reservefonds			2 831 204	48
Amortisations-Konto				
Stand am 1. Januar 1922	404 000	—		
+ neu zugeführt	100 000	—	504 000	—
Werterhaltungs-Konto			4 100 000	—
Delkredere-Konto			30 000	—
Dividenden-Rückstände			41 810	—
Obligations-Rückstände			6 000	—
Obligations Zinsenrückstände			135	—
Bürgschafts-Gegenposten			5 570 000	—
Arbeiter-Sparmieten			46 995	77
Schulden an Verschiedene			199 338 189	69
Gewinn-Saldo aus 1921	87 270	63		
Reingewinn in 1922	11 910 583	28	11 997 853	91
Gewinnverteilung:				
Dividende 80 % a. 12 000 000 ℳ	ℳ			
Stammaktien	9 600 000	—		
6 % auf 1 000 000 ℳ Vorzugsaktien (Einzahlung)	60 000	—		
Aufsichtsrats-Tantieme	1 119 707	—		
Vortrag auf 1923	1 218 146	91		
	11 997 853	91		
			240 465 688	85

Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Soll.	ℳ	₰
Gehälter, Geschäftsunkosten, Reisespesen, Kanal- und Schleusengebühren	21 876 672	91
Pachtgebühr, Bankzinsen, Skonto usw.	6 646 101	68
Steuern, Versicherungsprämien und sozialgesetzliche Lasten*)	34 551 144	75
Reparaturen	15 743 782	59
Amortisation	100 000	—
Werterhaltung	4 000 000	—
Abschreibungen	480 334	—
Reingewinn	11 997 853	91
	95 395 889	84

*) Darunter 24 823 170,37 ℳ laufende Steuern.

Haben.	ℳ	₰
Gewinn-Vortrag aus 1921	87 270	63
Brutto-Gewinn in 1922**)	95 308 619	21
	95 395 889	84

**) Darunter 23 400 ℳ Gewinn aus der Beteiligung bei der Holsteinischen Portland-Cement-Fabrik.

Gegenüber obiger Bilanz weisen nach dem **Stande vom 30. September 1923** folgende Konten wesentliche Veränderungen auf:

Vermögen:

		ℳ
Wertpapiere und Bürgschaften (einschließlich 83 171 625 000 ℳ auf der Passivseite verbuchte Bürgschaften)		88 174 656 670
Kassen und Wechselbestand		366 473 077 023
Forderungen an Verschiedene (einschließlich 94 456 850 624 ℳ Bankguthaben)	7 984 439 526 668 156	
Forderungen an Holsteinische Portland-Zement-Fabrik	2 694 106 055 303	7 987 183 632 723 459
Vorräte an Fabrikaten und Materialien usw. (einschließlich 296 841 ℳ Portland-Zement und 540 890 ℳ Halbfabrikate)		173 127 265 300

Verpflichtungen:

	ℳ
Schulden an Verschiedene	7 498 204 473 867 845
Bürgschafts-Gegenposten	83 171 625 000

Die Gesellschaft betreibt eine Zementfabrik in Lägerdorf. Sie besitzt von der Holsteinischen Portland-Cement-Fabrik G. m. b. H. zu Lägerdorf Geschäftsanteile im Nennbetrage von 195 000 ℳ von dem 200 000 ℳ betragenden Stammkapital, auf welches für 1920 bis 1922: 10, 12 und 80 % Dividende ausgeschüttet worden sind. Die Fabriken beider Gesellschaften liegen unmittelbar nebeneinander an dem Breitenburger Schiffahrtskanal, haben zusammen eine Wasserfront von über 500 Metern, sind durch Gleise und gemeinsame Elektrizitätsanlagen verbunden und haben eine gemeinschaftliche Verwaltung und gemeinschaftliche Versorgung mit Rohmaterialien.

Der Breitenburger Gesellschaft gehören zu Eigentum Grundstücke im Gesamtflächenraum von 114 ha 48 a 99 qm, von welchen 16 ha 12 a 59 qm auf die Fabrikgrundstücke und Arbeiterwohnungen entfallen. — Die Holsteinische Portland-Cement-Fabrik hat einen Grundbesitz von insgesamt 46 ha 27 a 32 qm.

Die Fabrik der Breitenburger Gesellschaft befindet sich größtenteils auf einem vom Grafen von Rantzau-Breitenburg bis 31. Dezember 1983 gepachteten 29 ha 87 a 70 qm großen Grundstück, aus welchem auch die Kreide, als wichtigstes Rohmaterial, entnommen wird. Die Gesellschaft hatte im vorigen Jahre eine Faßabgabe von 8 ₰ für jedes Fass fertigen Zements geleistet; über eine Erhöhung dieser Abgabe sind gültige Vereinbarungen bisher noch nicht getroffen. — Der Ton, als zweitwichtigstes Rohmaterial, wird teils aus verschiedenen den Gesellschaften gehörigen Ländereien, teils auf Grund langjähriger Lieferungsverträge auf dem Wasserwege bezogen.

Die Aufbereitung geschieht im Naßverfahren. Die Gesellschaft besitzt eine Drehofenanlage mit 2 Drehöfen für eine Tagesleistung von rund 450 000 kg Zementklinker, 18 kontinuierliche Brennöfen mit umfangreichen Vorbetrieben, ferner 32 Mühlenanlagen, ausgedehnte Kesselanlagen, Dampfmaschinen, Turbodynamo usw. Der Betrieb wird zum großen Teil elektrisch geführt; für die Betriebsführung sind über 60 Motore mit über 2300 PS vorhanden. Die Anlagen sind ausreichend, um in allen Fabrikationsstadien eine jährliche Produktion von über 1 000 000 Faß Zement herstellen zu können.

Auf beiden Fabriken zusammengenommen sind Arbeiterwohnungen für 135 Familien vorhanden. — Gegenwärtig werden 30 Angestellte und 450 Arbeiter beschäftigt.

Die Produktion der Gesellschaft betrug im Jahre 1920: 191 337, 1921: 479 377 und 1922: 479 371 Faß Portland-Zement.

Das Unternehmen ist dem Norddeutschen Zementverbande angeschlossen, der die sämtlichen nordost- und mitteldeutschen Zementfabriken umfaßt und den Vertrieb der gesamten Produktion von Portland-Zement bezweckt. Der Verband ist bis zum 31. Dezember 1925 fest geschlossen. An dem Gesamtkontingent dieses Verbandes ist Breitenburg gemeinsam mit der Holsteinischen mit 4,52 % beteiligt. Die tatsächlichen Ablieferungen beider Fabriken haben sich in 1922 auf 100 % des pflichtmäßigen Ablieferungssolls gestellt gegenüber 112 % in 1921 und 80 % in 1920.

Auf dem Grundbesitz ruht eine Sicherungshypothek in Höhe von 45 000 ℳ für den Grafen von Rantzau-Breitenburg zur Sicherung seiner Rechte aus dem Pachtvertrage.

Im laufenden Geschäftsjahr wurde bis Ende September der Absatz der vorjährigen Vergleichszeit um ein geringes überschritten. Der Oktober brachte infolge der allgemeinen Verhältnisse einen merklichen Rückgang des Geschäfts, sodaß sich die Gesellschaft zu einer gewissen Betriebseinschränkung und zur Entlassung von ungefähr ⅓ der Belegschaft hat entschließen müssen. Der Absatz scheint sich jetzt aber wieder ein wenig zu heben.

Lägerdorf und Hamburg, im November 1923.

Breitenburger Portland-Cement-Fabrik.

Auf Grund vorstehenden Prospektes sind **20 000 000 M. neue Stammaktien (20 000 Stück über je 1000 M. Nr. 14001—34000) der Breitenburger Portland-Cement-Fabrik zu Lägerdorf bei Itzehoe** zum Handel und zur Notiz an der Berliner Börse zugelassen worden.

Berlin, im November 1923

Berliner Handels-Gesellschaft.

In das Handelsregister Abteilung A ist heute eingetragen worden: Nr 66614 **Nicolai Naef, Berlin.** Inhaber: Nicolai Naef, Kaufmann, ebenda. — Bei Nr. 221 **H. Witow & Co., Berlin:** Offene Handelsgesellschaft seit 29. Dezember 1923. Die Kaufleute Marcus Saffe, Berlin-Schöneberg, und Theodor Westmann sind in das Geschäft als persönlich haft. ade Gesellschafter eingetreten. Die Prokura des Marcus Saffe ist erloschen. — Bei Nr 27577 **Leopold Singer, Charlottenburg:** Die Prokura des Albert Busch ist erloschen. — Bei Nr 36777 **Franz Süßbier, Berlin:** Die Firma lautet jetzt: **Franz Süssbier Nachfg.** Offene Handelsgesellschaft seit 18. November 1920. Gesellschafter sind jetzt: Die Kaufleute Berlin: Conrad Fabbender und Heinrich Quadflieg — Bei Nr. 37623 **Edm. Schwarz & Co., Berlin:** Edmund Schwarz ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. — Bei Nr. 46693 **Hans Zwern, Berlin:** Die Prokura des Josef Herrmann ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. — Bei Nr. 57723 **Nathan Nossek, Charlottenburg:** Inhaber jetzt: Chaskel Nossek, Kaufmann, Berlin. Die Prokura des Chaskel Nossek ist erloschen. — Bei Nr. 57778 **Max Piessow & Co., Berlin:** Prokura: Curt Schmidt, Berlin. — Bei Nr. 58135 **Transatlantisches Reise- und Verkehrsbüro Samuel Bleichschmidt, Berlin:** Prokura: Hugo Leopold, Hohen-Neuendorf. — Bei Nr. 2887 **Stockhausen Sulfit Cellulose Fabrik J. & M. Cassirer, Berlin:** Die Liquidation ist beendet. Die Firma ist erloschen. — Bei Nr. 40627 **Alexander Schlicke & Co. Druckerei und Verlag Zweigniederlassung Berlin, Stuttgart,** mit Zweigniederlassung in **Berlin:** Die hiesige Zweigniederlassung ist erloschen. Die Prokura des Reinhold Petzold ist erloschen. — Bei Nr. 48190 **Conrad Weber & Co. Zweigniederlassung Berlin:** Die hiesige Zweigniederlassung ist erloschen. — Bei Nr. 48692 **J. Löwenstein & Söhn, Berlin:** Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen — Bei Nr 60088 **Norddeutsche Spiegelfabrik Pollerado & Burchert, Berlin-Weißensee:** Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen. — Bei Nr. 64745 **Magon u. Co., Gold- u. Juwelencinkaufsgesellschaft, Berlin:** Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen. — Folgende Firmen sind gelöscht: Nr. 23513, **Gebr. Wolff & Keller, Berlin,** Nr. 32703. **Emil Leiner, Schöneberg.** Nr. 52396 **Wendt & Co., London,** mit Zweigniederlassung in **Berlin.** Nr. 55499 **Fritz Rolfsmeyer, Berlin.**

Amtsgericht Berlin-Mitte, Abt. 86,
den 29 Dezember 1923.

In unser Handelsregister Abt. A ist heute eingetragen worden: Bei Nr. 54181 **Katz & Eichen, Berlin:** Die Firma lautet fortan: **Erich Katz & Co.** Erich Katz, Kaufmann, Berlin, ist in die Gesellschaft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten — Bei Nr. 59915 **Isidor Borchardt, Berlin:** Die Firma lautet jetzt: **Borchardt & Reins.** — Bei Nr. 61731 **Gartzke & Kastelan, Neukölln:** Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Paul Kastelan ist alleiniger Inhaber der Firma. Die Firma lautet jetzt: **Gartzke & Kastelan Inhaber Paul Kastelan.** — Bei Nr. 36468 **Arthur Kessel, Berlin:** Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die bisherige Gesellschafterin Clara Kessel geb. Schollain ist alleinige Inhaberin der Firma. — Bei Nr. 58084 **Hans Engels, Berlin:** Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Hans Engels ist alleiniger Inhaber der Firma. — Bei Nr. 9898 **Goedecke & Gallinek, Berlin:** Offene Handelsgesellschaft seit 1. Oktober 1923. Fritz Gallinek, Kaufmann, Charlottenburg, ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. — Bei Nr 8524 **S. Katz, Berlin:** Rudolf Katz, Kaufmann, Berlin, ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. — Bei Nr 63727 **Haus Adenstedt, Berlin:** Kommanditgesellschaft seit 1. Oktober 1923. Drei Kommanditisten sind beteiligt. — Bei Nr. 14156 **Julius Nachfolger, Berlin:** Prokurist: Fritz Dix, Berlin-Treptow. — Bei Nr. 60590 **Gebr. Geismar, Berlin:** Dem Hans Hendelsohn, Berlin-Wilmersdorf, und dem Wilhelm Seck, Köln, ist je Einzelprokura erteilt. — Bei Nr. 1332 **Alexander Gutkind, Berlin:** Prokurist: Georg Klopstock, Berlin. — Bei Nr. 47426 **Hedwig Heymann, Berlin:** Die Prokura des Louis Heymann ist durch Uebergang des Geschäfts erloschen. Inhaber jetzt: Louis Heymann, Kaufmann, Berlin. — Gelöscht die Firmen: Nr 63743 **Egge & Co., Alt- und Neumetalle, Charlottenburg.** Nr. 61491 **Max Kuhnke, Berlin.** Nr. 61752 **Kabelvertriebsgesellschaft Berschkowitz & Fleischer, Charlottenburg.** Nr. 44920 **Wolf Kaiser, Berlin.** Nr. 59125 **Ast & Szper, Berlin.** Nr. 55391 **Hans Knauer, Bln.-Wilmersdorf.** Nr. 50923 **Fritz Großmann, Möbel-Innenarchitektur, Charlottenburg.** Nr. 49288 **Hermann Albrecht, Berlin.** Nr 47910 **Otto Heinicke, Bln.-Tempelhof.** Nr. 14668 **Otto Sinn, Berlin.** Nr. 14530 **Berliner Schaufenster-Industrie C. Fürstenheim & Co., Berlin.** Nr. 13746 **Auras & Wilke, Berlin.** — Nr 39971. **Goldstein & Baumgarten, Berlin:** Die Gesellschaft ist aufgelöst. — Nr. 53217. **Max Henschel, Tabakfabrikate, Berlin-Wilmersdorf:** Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Gesamtprokura des Max Rothschild ist erloschen.

Amtsgericht Berlin-Mitte, Abt. 90.
den 28. Dezember 1923.

In das Handelsregister, Abt. A, ist heute eingetragen worden: Nr. 66015. **Jansen & Co., Kommanditgesellschaft, Berlin.** Kommanditgesellschaft seit 1. Oktober 1923. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Martha Jansen geb. Boehow, verehel. Kauffran, Berlin, und Heinz Rötgers, Kaufmann, Berlin-Lankwitz. Ein Kommanditist ist beteiligt — Nr. 66016. **Deutscher Orient und Balkan Export Zulkis & Co., Berlin.** Offene Handelsgesellschaft seit 1. September 1922. Gesellschafter sind: Rosa Zulkis, verw. Kauffran, Berlin, Friedrich Müller, Kaufmann, Berlin, und Achilles Benvenisti, Kaufmann, Berlin. — Nr. 66018. **Krojanker & Ernstein, Berlin.** Offene Handelsgesellschaft seit 1. Dezember 1923. Gesellschafter sind: Bruno Krojanker, Kaufmann, Berlin-Halensee, und Eduard Ernstein, Kaufmann, Berlin. Zur Vertretung der Gesellschaft sind nur beide Gesellschafter gemeinschaftlich miteinander oder jeder Gesellschafter in Gemeinschaft mit einem Prokuristen ermächtigt. — Nr. 66019 **Kasper & Heimann, Berlin.** Offene Handelsgesellschaft seit 21. Dezember 1923. Gesellschafter sind die Kaufleute David Kasper und Erich Heimann, beide Berlin. — Nr. 66020. **Adolf P. Koch, Berlin.** Inhaber: Adolf Peter Koch, Kaufmann, Berlin. — Nr. 66021. **Gesellschaft für Feldbahn-Industrie Smoschewer & Co., Breslau,** mit Zweigniederlassung in **Berlin** unter der Firma: **Gesellschaft für Feldbahn-Industrie Smoschewer & Co. Niederlassung Berlin.** Inhaber: Leo Smoschewer, Kaufmann und Konsul, Breslau. — Nr. 66022. **Heße & Co., Berlin.** Offene Handelsgesellschaft seit 28. Dezember 1923. Gesellschafter sind Siegfried Heße, Kaufmann, Berlin-Schöneberg, und Dora Heße geb. Seligsohn, verehel. Kaufmann, Berlin-Schöneberg. — Bei Nr. 5090 **Jacquier & Securius, Berlin:** Friedrich Minoux, Kaufmann, Berlin, und Alfred Panofsky, Bankier, Berlin, sind je zur persönlich haftenden Gesellschafter in die Gesellschaft eingetreten. — Bei Nr. 34837 **Otto Friedel, Berlin:** Offene Handelsgesellschaft seit 15. Dezember 1923. Karl Platz, Kaufmann, Berlin, ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Der Uebergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten auf die Gesellschaft ist ausgeschlossen. — Bei Nr 64840 **Klein & Bornstein, Charlottenburg:** Der bisherige Gesellschafter Abraham Klein ist Alleininhaber der Firma. Die Gesellschaft ist aufgelöst. — Bei Nr. 65298 **Gebrüder Karl, Berlin:** Die Prokura des Samuel Karl ist erloschen. — Gelöscht sind: Nr. 19206. **Kolloff & Bantje, Berlin.** Nr. 49924. **Erwin Blumenstiel, Vertretungen, Berlin.** Nr. 57434. **Julius Aufsesser, Berlin.** Nr. 58306. **Ernst F. Hantke, Charlottenburg.**

Berlin, den 29. Dezember 1923.

Amtsgericht Berlin-Mitte, Abt. 90.

In unser Handelsregister Abt. B ist heute eingetragen worden: Nr. 33071. **Deutsche Automobil-Werkstätte Aktiengesellschaft,** Sitz: **Berlin.** Gegenstand des Unternehmens: 1. Die Fabrikation von Möbeln nach den Szubert'schen Patenten und die Verwertung der Szubert'schen Patente, welche sich auf Raum- und Sparmöbel beziehen, und der Verkauf von Lizenzen dieser Patente an das Inland und Ausland, speziell Holland und holländische Kolonien. 2. Der Handel mit industrieerzeugnissen und Waren der gesellschaft. Der Gesellschaftsvertrag ist am 18. Dezember 1923 festgestellt. Zum Vorstande ist bestellt: Franz Kuppler, Fabrikant, Berlin-Weißensee. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin-Weißensee, Streustr. 97—99. Das Grundkapital zerfällt in 60 Millionen Inhaberaktien über je 10 000 ℳ, die zum Nennbetrage ausgegeben werden. Der Vorstand besteht aus einer Person. Die Wahl des Vorstandes erfolgt durch die Generalversammlung. Die Generalversammlung der Aktionäre wird durch einmalige Bekanntmachung im Deutschen Reichsanzeiger berufen. Die von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Die Gründer, welche alle Aktien übernommen haben, sind: 1. Kaufmann Max Siedle, Berlin, 2. Versicherungsdirektor Paul Martin, Charlottenburg, 3. Kaufmann Josef Mehren, Berlin-Steglitz, 4. Referendar Ernst Jacob, Berlin, 5. Syndikus Dr. jur. Ewald Gast, Charlottenburg. Den ersten Aufsichtsrat bilden: a) Ingenieur Bruno Hübscher, Berlin-Grunewald, b) Kaufmann Paul Hardegen, Charlottenburg, c) Syndikus Dr. Hans Martin, Berlin. Die mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücke, insbesondere der Prüfungsbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats können bei dem Gericht eingesehen werden. — Nr. 33072. **„Deni" Deutsch-Niederländische Aktien-Gesellschaft für Industrie und Handel.** Sitz: **Berlin.** Gegenstand des Unternehmens: 1. Die Fabrikation von Möbeln nach den Szubert'schen Patenten und die Verwertung der Szubert'schen Patente, welche sich auf Raum- und Sparmöbel beziehen, und der Verkauf von Lizenzen dieser Patente an das Inland und Ausland, speziell Holland und holländische Kolonien. 2. Der Handel mit Industrieerzeugnissen und Waren der

Industrie im In- und Ausland, speziell Holland und holländische Kolonien. 3. Vertretung und Beteiligung an anderen gleichen oder ähnlichen Unternehmungen. Grundkapital: 5 Milliarden Mark. Aktiengesellschaft. Der Gesellschaftsvertrag ist am 11. Dezember 1923 festgestellt. Zum Vorstand ist bestellt: Otto Königsmarck, Kaufmann, Berlin-Steglitz. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin, Französische Str. 8. Das Grundkapital zerfällt in 800 Inhaberstamm- und 200 Namensvorzugsaktien, beide zu je 5 Millionen Mark, die zum Nennbetrage ausgegeben werden. Die Eigentümer sämtlicher Vorzugsaktien erhalten aus dem verteilbaren Reingewinn mit Vorzugsrecht vor den Stammaktien für jedes Geschäftsjahr eine Dividende bis zu 6 % des eingezahlten Betrages im Rahmen des § 21 des Statuts; darüber hinaus steht ihnen ein Anteil am Gewinn nicht zu. Reicht in einem Geschäftsjahre der verteilbare Reingewinn zur Zahlung dieser bevorrechtigten Dividende von 6 % nicht aus, so ist der fehlende Teil aus dem jeweiligen Bestande der vorhandenen freien Reserven zu zahlen, reichen auch diese nicht aus, so ist das noch Fehlende aus dem Reingewinn der folgenden Geschäftsjahre nachzuzahlen. Diese Nachzahlung ist auf die Dividendenscheine nach der Reihenfolge der Geschäftsjahre zu leisten. Bei Liquidation der Gesellschaft erhalten die Eigentümer der Vorzugsaktien vor denen der Stammaktien Befriedigung bis zur Höhe des auf die Vorzugsaktien tatsächlich eingezahlten Betrages; an dem darüber hinaus erzielten Liquidationserlös sind die Vorzugsaktien nicht beteiligt. Jeder Inhaber einer Vorzugsaktie hat zwanzig Stimmen für je 5 Millionen Mark nominal seiner Aktien. Das 20fache Stimmrecht der Vorzugsaktien ist beschränkt auf folgende Fälle: 1. Besetzung des Aufsichtsrats, 2. Aenderung der Satzung, 3. Auflösung der Gesellschaft. Der Vorstand besteht aus einer Person. Der Vorstand wird durch den Aufsichtsrat bestellt. Die Generalversammlungen werden durch einmalige Bekanntmachung im Deutschen Reichsanzeiger berufen. Die öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch einmalige Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger. Die Gründer, welche alle Aktien übernommen haben, sind: 1. Kreisbaumeister a. D. Franz Schulz, Berlin-Steglitz, 2. Kaufmann Dr. jur. Abraham Reider, Berlin-Schöneberg, 3. Kaufmann Ludwig Hübner, Berlin, 4. Fräulein Hertha Hopp, Berlin-Steglitz, 5. Fräulein Charlotte Krüger, Berlin. Den ersten Aufsichtsrat bilden: 1. Exzellenz Generalleutnant z. D. Heinrich Großmann, Berlin, 2. Major z. D. Walther von Wiese und Kaiserswaldau, Potsdam, 3. Rechtsanwalt Gustav Hinz, Berlin. Die mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücke, insbesondere der Prüfungsbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats können bei dem Gericht eingesehen werden. — Nr. 33073. **Deutsche Export Industrie Verlags-Aktiengesellschaft.** Sitz: **Berlin.** Gegenstand des Unternehmens: Der Verlag und der Vertrieb von Zeitungen und sonstigen Publikationen, welche die Förderung der deutschen Außenhandelsinteressen, insbesondere der deutschen Fertig-Industrie zur Aufgabe haben. Die Gesellschaft darf sich an verwandten oder sonstigen dem Gesellschaftszweck dienlichen Unternehmungen unmittelbar oder mittelbar beteiligen oder sie völlig erwerben und Interessengemeinschaften und Interessenvertretungen eingehen. Grundkapital: 15 Millionen Mark. Aktiengesellschaft. Der Gesellschaftsvertrag ist am 10. Januar 1923 festgestellt und am 17. August 1923 geändert. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten; jedoch kann der Aufsichtsrat einzelnen Vorstandsmitgliedern die Befugnis erteilen, die Gesellschaft allein zu vertreten. Zum Vorstand ist allein bestellt: Chefredakteur Herbert Süßmuth, Berlin. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin W 50, Tauentzienstr. 15. Das Grundkapital zerfällt in 1600 Namensaktien über je 10 000 M, die zum Nennbetrage ausgegeben werden. Der Vorstand besteht, je nach der Bestimmung des Aufsichtsrats, aus einer Person oder aus mehreren Mitgliedern. Der Aufsichtsrat hat das Recht der Ernennung und Abberufung der Vorstandsmitglieder sowie der Stellvertreter. Ueber die Bestellung und Abberufung ist ein notarielles Protokoll aufzunehmen. Die Generalversammlungen werden, sofern nicht im Gesetz oder in diesem Gesellschaftsvertrag Abweichendes bestimmt ist, durch einmalige Bekanntmachung im Deutschen Reichsanzeiger berufen. Die öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft bedürfen zu ihrer Gültigkeit nur der Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger. Die Gründer, welche alle Aktien übernommen haben, sind: 1. Kaufmann Dr. August Weber, Berlin, 2. Direktor Alfred Mann, Mannheim, 3. Kommerzienrat Dr. Rudolf Hauptner, Berlin, 4. Chefredakteur Herbert Süßmuth, Berlin, 5. Firma Carl Zeiß, Jena, 6. die Firma Ica Aktiengesellschaft, Dresden, 7. die Firma Hoffmann Schokolade, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Berlin, 8. die Firma Robert Bosch, Aktiengesellschaft, Stuttgart, 9. Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft, Berlin, 10 Bautzner Industriewerk Aktiengesellschaft, Bautzen, 11. Wagner & Moras Aktiengesellschaft, Zittau, 12. Verband Deutscher Jute-Industrieller Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin, 13. Gehe & Co. Aktiengesellschaft, Dresden, 14. Kommerzienrat Karl Fritzsche, Leipzig-Gohlis, 15. Generalkonsul Wilhelm Kaufmann, Dresden, 16. Syndikus Dr. Wilhelm Völler, Dresden, 17. Hermann Wünsche's Erben Aktiengesellschaft, Ebersbach in Sachsen, 18. Firma August Reuschel & Co., Schlotheim i. Thüringen, 19. M. Melliand, Chemische Fabrik Aktiengesellschaft, Mannheim, 20 Jordan & Berger Nachflg. Aktiengesellschaft, Hamburg, 21. Vereinigte Tricotfabriken (R. Vollmoeller) Aktiengesellschaft, Vaihingen. Den ersten Aufsichtsrat bilden außer den Gründern zu 1), 2) und 3) Kaufmann Dr. Max Fischer, Jena, und Kaufmann Dr. Robert Bosch, Stuttgart. Die mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücke, insbesondere der Prüfungsbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats und der von der Handelskammer ernannten Revisoren, können bei dem Gericht, der Prüfungsbericht der Revisoren auch bei der Handelskammer eingesehen werden. — Nr 504. **Deutsche Tageszeitung Druckerei und Verlag, Aktiengesellschaft.** Gemäß dem bereits durchgeführten Beschluß der Generalversammlung vom 8. November 1923 ist das Grundkapital um 91 Millionen Mark auf 100 Millionen Mark erhöht worden. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Auf die Grundkapitalserhöhung werden ausgegeben auf Kosten der Gesellschaft unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre mit Gewinnberechtigung vom 1. Januar 1923 ab 16000 Inhaberstammaktien und zwar 5000 Stück über je 10 000 M, 6000 über je 5000 M und 5000 zu je 1000 M, ferner 6800 Namensstammaktien, nämlich 5800 Stück zu je 1000 M und 1000 zu je 200 M, sämtlich zum Kurse von 101 vom Hundert. Die alten Namensaktien Nr. 1–6800 einschließlich über je 200 M nominell sind in Vorzugsaktien umgewandelt und haben das zehnfache Stimmrecht und außerdem das Recht auf vorzugsweise Befriedigung aus dem Liquidationserlöse bei Auflösung der Gesellschaft. Das gesamte Grundkapital zerfällt jetzt in 16 000 Inhaberstammaktien, nämlich 5000 zu je 10 000 M, 6000 zu je 5000 M und 5000 zu je 1000 M, sowie 45 000 Namensstammaktien, nämlich 5800 zu je 1000 M und 39 200 zu je 200 M, endlich 6800 Namensvorzugsaktien zu je 200 M. — Nr. 18372. **Deutsche Werke Aktiengesellschaft.** Prokuristen: Friedrich Meyenberg in Berlin, Karl Meyer in Berlin-Wilmersdorf, Dr. Hermann Seeger in Berlin-Friedenau, Ernst Weinrich in Berlin-Steglitz, Georg Wlosik in Berlin. Jeder vertritt gemeinschaftlich mit einem Vorstandsmitglied oder einem Prokuristen die Hauptniederlassung Berlin. — Nr 23016. **Danae Gesellschaft für Creditgeschäfte Aktiengesellschaft.** Arthur Goldmann ist nicht mehr Vorstand. Franz Müller, Direktor, Berlin-Friedenau, ist zum Vorstand bestellt. — Nr. 27814. **Berolina Aktiengesellschaft für Erwerb und Verwertung von Grundstücken.** Die Firma lautet jetzt: **Kali-Industrie-Handels-Aktiengesellschaft.** Gegenstand des Unternehmens ist in Zukunft der Vertrieb von Nebenprodukten der Kali-Industrie und anderen chemischen Erzeugnissen. Durch Generalversammlungsbeschluß vom 21. Dezember 1923 ist die Satzung neu gefaßt worden. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft a) entweder von einem Mitgliede des Vorstandes, dem vom Aufsichtsrate die Befugnis alleiniger Vertretung ausdrücklich beigelegt ist, oder b) von zwei Mitgliedern des Vorstandes gemeinschaftlich oder c) von einem Mitgliede des Vorstandes in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. — Nr. 28479. **Deutsche Brennstoff-Aktiengesellschaft.** Richard Eckert, Direktor, Berlin, ist zum weiteren Vorstandsmitgliede bestellt. Die Prokura des Richard Eckert ist erloschen.

Amtsgericht Berlin-Mitte, Abt. 89 a,
den 20. Dezember 1923.

In unser Handelsregister Abteilung B ist heute eingetragen worden: Nr. 33037. **Elsaessisch-Badische Wollfabriken Aktiengesellschaft.** Sitz: **Berlin,** wohin er von **Forst** (Lausitz) verlegt ist. Gegenstand des Unternehmens: Betrieb der Fabrikation von Wolle und sonstigen Geweben jeder Art und die Vornahme aller mit derselben in Verbindung stehenden kaufmännischen Geschäften. Grundkapital: 27 500 000 M. Aktiengesellschaft. Der Gesellschaftsvertrag ist am 8. Mai 1899 festgestellt und am 12. Februar 1903, 18. März 1905, 11. Dezember 1909, 23. November 1914, 25. März 1915, 21. März 1917, 8. März 1919, 24. März 1921, 29. Oktober 1921, 13. April 1922 und 28. April 1923 geändert. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft durch ein Vorstandsmitglied allein vertreten. Zu Vorstandsmitgliedern sind bestellt: 1. Kaufmann Norbert Frank, Forst i. L., 2. Kaufmann Eugen Roth, Forst i. L. Prokuristen: 1. Paul Zschocke, Forst (Lausitz), 2. Max Werner, Forst (Lausitz), 3. Max Preuß, Berlin, 4. Rudolf Schwander, Berlin, 5. Hugo Schneider, Berlin. Ein jeder von ihnen vertritt die Gesellschaft in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied oder einem anderen Prokuristen. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin, Kronenstraße 60. Das Grundkapital zerfällt in 25 000 Inhaberstammaktien und 2500 Inhabervorzugsaktien über je 1000 M. Die Stammaktionäre erhalten eine Dividende bis zu 5 % und alsdann die Vorzugsaktionäre eine solche bis zu 2½ % des Grundkapitals. Der Rest des Reingewinnes steht zur Verfügung der Generalversammlung mit der Maßgabe, daß an einer etwa weiter zu verteilenden Dividende die Vorzugsaktionäre nur bis zur halben Höhe der an die Stammaktionäre zu verteilenden Dividende teilnehmen. Im Falle der Auflösung der Gesellschaft sind die auf die Vorzugsaktien einbezahlten Beträge zuzüglich 20 % zum Nennwert, also zu 120 % zurückzubezahlen. Die Verteilung des weiteren Ueberschusses erfolgt nach den gesetzlichen Bestimmungen. Bei Abstimmung in der Generalversammlung gewährt jede vertretene Vorzugsaktie sechs Stimmen. Der Vorstand wird durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats ernannt und abberufen. Dieser setzt die Zahl der Mitglieder des Vorstandes fest. Die Generalversammlung wird von dem Vorstand durch Ausschreiben in dem Deutschen Reichsanzeiger berufen. Alle von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. — Nr. 33068. **„Goldmark" Lebensversicherungsbank Aktiengesellschaft.** Sitz: **Berlin.** Gegenstand des Unternehmens: Der unmittelbare und mittelbare Betrieb aller Arten von Lebensversicherungen, Invaliditäts- und Sparversicherungen, die Beteiligung an Versicherungs- und Realkreditunternehmungen sowie an wirtschaftlich mit dem Geschäftsbetrieb der Gesellschaft zusammenhängenden Unternehmungen. Grundkapital: 10 000 000 000 M. Aktiengesellschaft. Der Gesellschaftsvertrag ist am 2. August 1923 festgestellt und am 15. Oktober, 6. und 22. November 1923 geändert. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft durch zwei Mitglieder des Vorstandes oder durch ein Mitglied des Vorstandes in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Der Aufsichtsrat kann einzelnen Vorstandsmitgliedern die Befugnis erteilen, die Gesellschaft allein zu vertreten. Zu Vorstandsmitgliedern sind bestellt: 1. Kaufmann Direktor Ernst Kahlo, Berlin-Dahlem, 2. Versicherungs-Mathematiker Carl Bornheim, Berlin-Schöneberg. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin W 15, Schaperstr. 18. Das Grundkapital zerfällt in 5000 Namensaktien über je 2 000 000 M, die zum Nennbetrage ausgegeben werden. Der Vorstand wird vom Aufsichtsrat bestellt, der auch die Zahl der Vorstandsmitglieder bestimmt. Er kann aus einem oder mehreren Mitgliedern bestehen. Der Aufsichtsrat kann auch stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen. Die Einberufung der Generalversammlung erfolgt durch einmalige Bekanntmachung im Deutschen Reichsanzeiger. Alle öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. Die Gründer, welche alle Aktien übernommen haben, sind: 1. Kaufmann Direktor Paul Richter, Berlin, 2. Syndikus Dr. Herbert Hardegen, Berlin, 3. Kaufmann Direktor Dr. Ernst Durst, Berlin-Halensee, 4. Kaufmann Prokurist Karl Hoffmann, Berlin, 5. Kaufmann Prokurist Ernst Angerer, Berlin. Den ersten Aufsichtsrat bilden: 1. Direktor Hermann Schnoy, München-Gladbach, 2. Generaldirektor Philipp Farnsteiner, Cöln, 3. Geheimer Regierungsrat Dr. Fritz Arnoldi, Berlin, 4. Direktor Otto Schlösser, Berlin, 5. Direktor Hans Stiel, Düsseldorf. Die mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücke, insbesondere der Prüfungsbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats, können bei dem Gericht eingesehen werden. — Nr. 33039. **Kali-Phosphat-Aktiengesellschaft.** Sitz: **Berlin.** Ggenstand des Unternehmens: Die Verwaltung und die Durchführung der Finanzierung der bisher von den Kaliwerken Ummendorf-Eilsleben verwalteten industriellen und Bergwerksunternehmungen, sowie weiterer dauernder Industrie- und Handelsbeteiligungen dieser Aktiengesellschaft oder der Bank für Landwirtschaft Aktiengesellschaft und Führung aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte. Grundkapital: 20 000 000 Mark. Aktiengesellschaft. Der Gesellschaftsvertrag ist am 20. September 1923 festgestellt und am 8. November 1923 geändert. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmitglieder vertreten. Zum Vorstand ist bestellt: 1. Rittergutsbesitzer Dr. Gustav Roesicke in Görsdorf, 2. Rittmeister a. D. Otto von Kiesenwetter, Berlin, 3. Fabrikdirektor Dr. Friedrich Bock in Wefensleben, 4. Bergwerksdirektor Bergassessor a. D. Erich Schroeder in Wefensleben. Prokuristen: 1. Direktor Ewald Genieser, Berlin, 2. Direktor Berthold Jouthe, Wefensleben. Jeder vertritt die Gesellschaft zusammen mit einem Vorstandsmitglied. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Die Geschäftsstelle befindet sich Berlin SW. 11, Hafenplatz 6. Das Grundkapital zerfällt in 20 Inhaberaktien über je 1 000 000 M, die zum Nennbetrage ausgegeben werden. Alle Bekanntmachungen erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger und durch die Deutsche Tageszeitung. Der Vorstand besteht aus zwei oder mehreren vom Aufsichtsrat zu erwählenden und abzuberufenden Mitgliedern. Er bestimmt auch die Zahl der Mitglieder. Mindestens ein Mitglied des Vorstandes muß Landwirt sein. Der Aufsichtsrat kann auch einem von mehreren Vorstandsmitgliedern den Vorsitz im Vorstand dergestalt übertragen, daß er bei allen Entscheidungen des Vorstandes gehört werden muß, und daß gegen seinen Widerspruch keine Entscheidung vom Vorstande getroffen werden kann. Die Berufung der Generalversammlung erfolgt durch Bekanntmachung in den beiden Gesellschaftsblättern. Die Gründer, welche alle Aktien übernommen haben, sind: 1. die Kaliwerke Ummendorf-Eilsleben-Aktiengesellschaft, 2. die Bank für Landwirtschaft Aktiengesellschaft zu Berlin, 3. die Gewerkschaft Wefensleben zu Wefensleben, 4. Rittergutsbesitzer Dr. Gustav Roesicke, Görsdorf, 5 Rittergutsbesitzer Freiherr Conrad von Wangenheim, Dr. h. c., Klein-Spiegel. Den ersten Aufsichtsrat bilden: 1. Rittergutsbesitzer Dr. h. c. Conrad Freiherr von Wangenheim, Klein-Spiegel, 2. Major a. D. Henning aus dem Winkel, Schloß Trachenberg, Oberschlesien, 3. Rittergutsbesitzer Justizrat Ludwig Aulig, Pitzerwitz bei Mellentin, Neumark, 4. Oekonomierat Max Bohnstedt, Dom. Benau, Kreis Sorau N./L., 5. Rittergutsbesitzer Emil von Krogh, Groß-Weeden bei Sirksrade, Kreis Hzgt. Lauenburg, Bez. Hamburg, 6. Rittergutsbesitzer Paul von Naehrich, Puschkowa, Bez. Breslau, 7. Bankdirektor Walter Rolf (Bank für Landwirtschaft A.-G.), Berlin, 8. Diplom-Landwirt Major a. D. Eglof v. Tippelskirch, Görsdorf b. Dahme (Mark), 9. Regierungsrat a. D. Hans Freiherr von Wangenheim, Stettin. Die mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücke, insbesondere der Prüfungsbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats und der von der Handelskammer ernannten Revisoren, können bei dem Gericht, der Prüfungsbericht der Revisoren auch bei der Handelskammer eingesehen werden. — Nr. 33040. **Karl A. Klein Automobile Aktiengesellschaft.** Sitz: **Berlin.** Gegenstand des Unternehmens: 1. der Verkauf von Kraftfahrzeugen und von Bereifung, Zubehör und Ersatzteilen von Kraftfahrzeugen nach dem In- und Ausland, 2. der Großgaragenbetrieb für Kraftfahrzeuge, 3. die Reparatur von Kraftfahrzeugen in eigenen Werkstätten, 4. die Unterhaltung von Tankstationen mit Benzin und Oel für Kraftfahrzeuge. Grundkapital: 100 000 000 M. Aktiengesellschaft. Der Gesellschaftsvertrag ist am 9. Juli 1923 festgestellt und am 26. November 1923 geändert. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft durch zwei von ihnen vertreten. Doch kann der Aufsichtsrat einzelnen Mitgliedern des Vorstandes die Befugnis erteilen, die Gesellschaft allein zu vertreten. Zum Vorstand ist bestellt: 1. Kaufmann Karl Adolf Klein, Berlin, 2. Kaufmann Otto Cramme, Berlin, 3. Kaufmann Richard Riese, Berlin. Karl Adolf Klein vertritt die Gesellschaft allein. Otto Cramme und Richard Riese vertreten nur mit einem anderen nicht alleinzeichnungsberechtigten Vorstandsmitglied. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Die Geschäftsstelle befindet sich Friedenau, Hauptstr. 81/82. Das Grundkapital zerfällt in 100 000 Namensaktien über je 1000 M, die zum Nennbetrage ausgegeben werden. Der Vorstand besteht aus einer Person oder aus mehreren Personen. Die Mitglieder werden durch den Aufsichtsrat bestellt, der auch das Recht des Widerrufs hat. Auch die Generalversammlung hat das Recht, den Vorstand zu bestellen und seine Bestellung zu widerrufen. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Aufsichtsrat und Generalversammlung über Bestellung oder Widerruf der Bestellung, geht die Entscheidung der Generalversammlung der des Aufsichtsrats vor. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Die Berufung der Generalversammlung erfolgt durch Vorstand oder Aufsichtsrat durch öffentliche Bekanntmachung. Die Gründer, welche alle Aktien übernommen haben, sind: 1. Die Kaufleute Karl A. Klein, 2. Otto Cramme, 3. Richard Riese, 4. Major a. D. Hermann Bruer, 5. Curt v. Fritsche, zu Berlin. Der Mitgründer zu 1. bringt in die Gesellschaft das von ihm unter der Firma Karl A. Klein in Friedenau, Eisenacher Straße 111/112 und Kurfürstendamm 1 betriebene Handelsunternehmen ein auf Grund der Bilanz vom 31. Dezember 1922 mit Firma, Aktivis und Passivis unter Ausschluß der Grundstücke und Gebäude und einer Hypothek, wofür er 84000 Aktien zum Nennwert erhält. Er leistet der Gesellschaft Gewähr dafür, daß andere Verbindlichkeiten als die in der Bilanz aufgeführten nicht vorhanden sind, und übernimmt ferner die Gewähr für den Eingang der Verbindlichkeiten. Das Unternehmen gilt vom 1. Januar 1923 als für Rechnung der Gesellschaft geführt. Alle in der Bilanz vom 31. Dezember 1922 als Außenstände aufgeführten Beträge, die in Wirklichkeit Vorauszahlungen oder Anzahlungen des Karl A. Klein für ausgeführte oder auszuführende Bauarbeiten an dem Grundstück Hauptstraße 81/82 zu Berlin-Friedenau darstellen, hat er sich verpflichtet, der Gesellschaft zu erstatten. Den ersten Aufsichtsrat bilden: 1. Kaufmann Hermann Traus, Generaldirektor der Gottfried Lindner Aktiengesellschaft zu Ammendorf bei Halle a. S., 2. Dr. Ludwig Michaelis, Direktor der Aga Automobile Aktiengesellschaft zu Berlin-Lichtenberg, 3. Kaufmann Willy Vogel, Direktor der Gottfried Lindner Aktiengesellschaft zu Ammendorf bei Halle a. S., 4. Rechtsanwalt und Notar Dr. Martin Beradt, Berlin, 5. Ernst Leipziger, Direktor der Berlin-Burger Eisenwerk Aktiengesellschaft zu Berlin. Die mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücke, insbesondere der Prüfungsbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats und der von der Handelskammer ernannten Revisoren, können bei dem Gericht, der Prüfungsbericht der Revisoren auch bei der Handelskammer eingesehen werden. — Nr. 33041. **Martin Guggenheim Fabrik für Beleuchtungsgegenstände Aktiengesellschaft.** Sitz: **Berlin.** Gegenstand des Unternehmens: Die Fabrikation und der Vertrieb von Beleuchtungskörpern aller Art und Metallwaren, sowie allen in das Fach schlagenden Artikeln, insbesondere die Fortführung des bisher unter der Firma „Martin Guggenheim Kronleuchter-Fabrik Berlin" als offene Handelsgesellschaft betriebenen Unternehmens, Beteiligung an Unternehmen gleicher oder verwandter Art, deren Erwerb und Neugründung und alle zur Erreichung vorstehender Zwecke geeigneten geschäftlichen Maßnahmen, insbesondere auch der Erwerb von Grundeigentum für die Zwecke der Gesellschaft. Grundkapital: 50 000 000 M. Aktiengesellschaft. Der Gesellschaftsvertrag ist am 18. August 1923 festgestellt und am 6. November und 5. Dezember 1923 geändert. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten; jedoch kann der Aufsichtsrat dem einen oder dem anderen Vorstandsmitglied die Befugnis zur Alleinvertretung beilegen. Zu Vorstandsmitgliedern sind bestellt: 1. Kaufmann Paul Guggenheim, Berlin, 2. Kaufmann Otto Guggenheim, Berlin, 3. Frau Pauline Guggenheim geb. Davidsohn, Berlin. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin, Ritterstr. 77/78. Das Grundkapital zerfällt in 5000 Inhaberaktien über je 10 000 M, die zum Nennbetrage ausgegeben werden. Der Vorstand wird vom Aufsichtsrat bestellt und besteht nach dessen Bestimmung aus einer oder mehreren Personen. Die Berufung der Generalversammlung erfolgt mittels einmaliger Bekanntmachung im Deutschen Reichsanzeiger. Die öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch einmalige Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger. Die Gründer, welche alle Aktien übernommen haben, sind: 1. Fabrikbesitzer Martin Guggenheim, Berlin, 2. Kaufmann Paul Guggenheim, Berlin-Wilmersdorf, 3. Kaufmann Otto Guggenheim, Berlin, 4. Frau Pauline Guggenheim geb. Davidsohn, Berlin, 5. Kaufmann Hermann Davidsohn, Schöneberg. Die Gründer Martin Guggenheim, Paul Guggenheim und Otto Guggenheim bringen das von ihnen unter der Firma „Martin Guggenheim, Kronleuchterfabrik, Berlin" betriebene Geschäft mit allen Aktiven und Passiven in die Gesellschaft ein. Die Einbringung erfolgt auf Grundlage der dem Gesellschaftsvertrage beigefügten, in Gemäßheit der Bilanz für den 1. Januar 1923 gefertigten Aufstellung dergestalt, daß das Geschäft als vom 1. Januar 1923 ab für Rechnung der Gesellschaft geführt gelten soll. Für diese Einlage werden 49 950 000 M Aktien zum Nennwert gewährt. Von diesen entfallen auf 1. Martin Guggenheim 29 000 000 M, 2. Paul Guggenheim 10 000 000 M, 3. Otto Guggenheim 10 000 000 M, 4. Pauline Guggenheim geb. Davidsohn 950 000 M. Vor Bildung des Reingewinns erhalten die drei Gründer Martin Guggenheim, Paul Guggenheim und Otto Guggenheim für die Dauer der fünf ersten Geschäftsjahre 1923—1927, und zwar Martin Guggenheim jeweils zehn, Paul Guggenheim und Otto Guggenheim jeweils je fünf Prozent vom Ertrage als Kaufpreisamortisation. Den ersten Aufsichtsrat bilden: a) Fabrikbesitzer Martin Guggenheim, Berlin, b) Direktor Bruno Baer, Berlin, c) Kommerzienrat Hermann Schöndorf, Hamburg, d) Kaufmann Hermann Davidsohn, Berlin-Schöneberg, e) Bankier Dr. Kasimir Bett, Berlin. Die mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücke, insbesondere der Prüfungsbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats und der von der Handelskammer ernannten Revisoren, können bei dem Gericht, der Prüfungsbericht der Revisoren auch bei der Handelskammer eingesehen werden.

Amtsgericht Berlin-Mitte Abt. 89b,
den 22. Dezember 1923.

In unser Handelsregister Abteilung B ist heute eingetragen worden: Nr. 33061. **Elektro Starkstrom Aktiengesellschaft Johannes Andvig.** Sitz: **Berlin.** Gegenstand des Unternehmens: Der Engroshandel mit Gegenständen der elektrotechnischen Industrie aller Art, insbesondere mit Starkstromartikeln, sowie die Beteiligung an allen Geschäften und Unternehmungen, welche obigen Zwecken dienen oder nützlich sein können. Grundkapital: 20 000 000 Mark. Aktiengesellschaft. Der Gesellschaftsvertrag ist am 20. November 1922 festgestellt und am 9. Januar und 4. Juli 1923 geändert. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Zum Vorstand ist allein bestellt: Direktor Johannes Andvig, Berlin. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin W 8, Französische Str. 49. Das Grundkapital zerfällt in 48 Namensaktien, und zwar 18 über je 1 000 000 Mark, 18 über je 100 000 M, 2 über je 50 000 M und 10 über je 10 000 M lautend. Die Aktien werden zum Nennbetrag ausgegeben und können auf Wunsch des Aktionärs in Inhaberaktien umgewandelt werden. Der Vorstand besteht aus einem oder zwei vom Aufsichtsrat zu wählenden Direktoren. Die Generalversammlung wird, solange die Aktien Namensaktien sind, durch Einschreibbrief, und, sobald Inhaberaktien vorhanden sind, durch einmalige Bekanntmachung im Deutschen Reichsanzeiger berufen. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft werden nur im Deutschen Reichsanzeiger veröffentlicht. Die Gründer, welche alle Aktien übernommen haben, sind: 1. Frau Emilie Andvig geborene Salvesen, Berlin, 2. Direktor Johannes Andvig, Berlin, 3. Kaufmann Thomas Lochner-Tallaksen, Berlin, 4. Referendar Fritz von Herrmann, Berlin, 5. Kaufmann Martin Goetz, Charlottenburg. Den ersten Aufsichtsrat bilden: Die Gründer zu 3. und 4. und der Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Bellermann, Berlin. Die mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücke, insbesondere der Prüfungsbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats und der von der Handelskammer ernannten Revisoren, können bei dem Gericht, der Prüfungsbericht der Revisoren auch bei der Handelskammer eingesehen werden. — Nr. 33062. **Gerling-Konzern-Verwaltungs-Aktiengesellschaft.** Sitz: Berlin. Gegenstand des Unternehmens: Der Betrieb von allen Geschäften, die mit der Verwaltung der im Gerling-Konzern vereinigten Gesellschaften zusammenhängen. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich auch an anderen Unternehmungen zu beteiligen. Grundkapital: 6000 Billionen Mark. Aktiengesellschaft. Der Gesellschaftsvertrag ist am 17. Dezember 1923 festgestellt und am 21. Dezember 1923 geändert. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten; der Aufsichtsrat ist jedoch auch ermächtigt, einzelnen Mitgliedern des Vorstandes die Befugnis zu erteilen, die Gesellschaft allein zu vertreten. Zu Vorstandsmitgliedern sind bestellt: 1. Generaldirektor Robert Gerling, Köln, 2. Direktor Max Seulen, Köln, 3. Direktor Paul Schmigalla, Berlin-Friedenau, 4. Direktor Walter Forstreuter, Berlin. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin, Behrenstr. 61. Das Grundkapital zerfällt in 60 Namensaktien über je 100 Billionen Mark, die zum Nennbetrage ausgegeben werden. Der Vorstand besteht aus einem oder mehreren Mitgliedern. Die Bestellung und der Widerruf derselben liegt dem Aufsichtsrat ob. Die Bestellung erfolgt zu notarieller Niederschrift. Die Generalversammlung wird durch einmaliges Ausschreiben in den Gesellschaftsblättern berufen. Oeffentliche Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. Die Gründer, welche alle Aktien übernommen haben, sind: 1. Direktor Edgar Schnell, Berlin, 2. Direktor Kurt Jannott, Charlottenburg, 3. Direktor Albert Habermann, 4. Prokurist Emil Semmler, 5. Prokurist Walter Gehrke, zu 3.—5. Berlin. Die Kosten der Gründung tragen die Gründer. Den ersten Aufsichtsrat bilden: 1. Kommerzienrat Arnold von Guilleaume, Köln, 2. Geheimer Justizrat Professor Dr. Jacob Rießer, Berlin, 3. Justizrat Dr. Walther Waldschmidt, Berlin, 4. Fabrikbesitzer Dr. Hans Rudolf von Langen, Köln, 5. Kommerzienrat Adolf Lindgens, Köln. Die mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücke, insbesondere der Prüfungsbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats, können bei dem Gericht eingesehen werden. — Nr. 33063. **Inkasso- und Verrechnungsstelle für die Groß- und Ladenschlächter Berlins Aktiengesellschaft.** Sitz: **Berlin.** Gegenstand des Unternehmens: Die Einziehung und Verrechnung von Guthaben und Schulden aus dem Geschäften zwischen Großschlächtern und Ladenschlächtern sowie alle damit zusammenhängende Geschäfte. Die Aktiengesellschaft soll auch berechtigt sein, sich an ähnlichen Unternehmungen zu beteiligen und außerhalb Berlins gleichartige Unternehmungen zu begründen. Grundkapital: 100 Billionen Mark. Aktiengesellschaft. Der Gesellschaftsvertrag ist am 29. November 1923 festgestellt. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Zum Vorstand ist allein bestellt: Kaufmann Bernhard Bruno Kolski, Charlottenburg. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Die Geschäftsstelle befindet sich auf dem Städtischen Zentralviehhof. Das Grundkapital zerfällt in 100 Inhaberaktien über je 1 Billion Mark, die zum Nennbetrage ausgegeben werden. Der Vorstand besteht, je nach der Bestimmung des Aufsichtsrats, aus einer Person oder aus mehreren Mitgliedern. Der Aufsichtsrat hat das Recht der Ernennung und Abberufung der Vorstandsmitglieder sowie der Stellvertreter. Ueber die Bestellung und Abberufung ist ein notarielles Protokoll aufzunehmen. Die Berufung der Generalversammlung erfolgt durch Bekanntmachung im Deutschen Reichsanzeiger. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft sind wirksam, auch wenn sie nur im „Deutschen Reichsanzeiger" erfolgen. Die Gründer, welche alle Aktien übernommen haben, sind: 1. Frau Frieda Kolski, geb. Broers, Charlottenburg, 2. Großschlächtermeister Oscar Gustavus, Berlin-Hohenschönhausen, 3. Großschlächtermeister Emil Brück, Berlin, 4. Großschlächtermeister Otto Barsch, Berlin, 5. Großschlächtermeister Erich Hartmann, Berlin. Den ersten Aufsichtsrat bilden: 1. Schlächtermeister Wilhelm Meier, Charlottenburg, 2. Kaufmann Eugen Schirop, Berlin, 3. Rechtsanwalt Dr. Henry Cohn, Berlin. Die mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücke, insbesondere der Prüfungsbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats, können bei dem Gericht eingesehen werden. — Nr. 21723. **Marokko Mannesmann Compagnie Aktiengesellschaft Filiale Berlin.** Die Zweigniederlassung ist aufgehoben und die Firma ist gelöscht. — Nr. 26661. **Gastwirtschaftsbetrieb Alpendorf Aktiengesellschaft.** Kaufmann Berthold Olsen ist nicht mehr Vorstand. Zum Vorstand ist bestellt: Kaufmann Georg Zeisner in Leipzig. — Nr. 27023. **L. Gorbatschow & Co. Aktiengesellschaft, Likörfabrik und Weinhandel.** Der Kaufmann Morris Orbach ist nicht mehr Vorstandsmitglied. Kaufmann Josef Kramer ist zum ordentlichen Vorstandsmitglied bestellt worden. — Nr. 29536. **Friedrichstädtische Immobilien-Aktiengesellschaft.** Kaufmann Richard Kluge ist nicht mehr Vorstand. Zum Vorstand ist bestellt: Kaufmann Paul Münzner in Leipzig. — Nr. 29998. **Modehaus Landsheim Aktiengesellschaft.** Die Firma lautet jetzt: **Textilvertriebs-Aktiengesellschaft.** Durch Beschluß der Generalversammlung vom 2. November 1923 sind geändert § 1 (Satzung), § 2 (Streichung der Worte „insbesondere Damenbekleidungsgegenstände" aus dem Gegenstand des Unternehmens.) Ernst Landsheim ist nicht mehr Vorstandsmitglied.

Amtsgericht Berlin-Mitte, Abt. 89b,
den 28. Dezember 1923.

Im Handelsregister A ist heute unter Nr 701 die Firma **Arthur Mahr** in **Naumburg a. S.,** Zweigniederlassung der in **Chemnitz** bestehenden Hauptniederlassung und als deren Inhaber der Kaufmann Fritz Adolf Arthur Mahr in Chemnitz eingetragen. (666)

Naumburg a. S., den 28. Dezember 1923.
Das Amtsgericht.

Handelsnachrichten.

Börsenfeiertag.

Devisen unverändert. Effekten behauptet.

Der heutige Devisenverkehr vollzog sich in fast unveränderter Bewertung der einzelnen Valuten. Nur in Auszahlung Paris ist ein Rückgang eingetreten, der seinen Grund in der internationalen Schwäche dieser Devise hat. Eine Verstärkung dieses Zustandes dürfte mit der Meldung im Zusammenhang zu bringen sein, nach der gemeinsame englische, spanische und italienische Flottenmanöver im Mittelländischen Meer geplant sind. Hier wurde ca. 1 Million Frcs. abgegeben resp. gegen Dollar getauscht. Auch in Auszahlung London kam von einer Seite ein Kundenverkaufsauftrag von 30 000 £ zur Ausführung. **Die Kurse und Repartierungen blieben unverändert. Goldanleihe** wurde mit 4,2 Billionen voll zugeteilt. **Dollarschatzanweisungen** blieben ebenfalls 4,20, wurden aber mit 2 % repartiert, wobei Aufträge unter 250 M ausfielen.

Die Meinung für Effekten blieb trotz des in Industrie und Handels sich noch nicht gemilderten Geldbedarfs verhältnismäßig freundlich. Die Kursschätzungen hielten sich meist auf gestrigem Niveau. Besonderes Interesse bestand für Petroleumwerte und Bankaktien. Ferner waren einzelne Elektrizitätswerke (A.E.G., elektr. Licht und Kraft) gefragt. Gute Haltung bekundeten auch schwere Montanaktien.

Berliner amtliche Notierungen.

a) Devisenkurse.

(In Millionen.)

	Reg. %	5. Geld	5. Brief	Reg. %	4. Geld	4. Brief
Amsterdam .	15	1626925	1634075	15	1626925	1634075
Buen. Aires	100	1398625	1398475	100	1398625	1398475
Brüssel-Ant.	100	188528	189472	100	189525	190475
Christiania	100	618450	621550	100	618463	616537
Kopenhag.	100	758100	761900	100	750120	753880
Stockholm	100	1137150	1142850	100	1132163	1137837
Helsingfors	100	105735	106265	100	105735	106265
Italien . .	100	188528	189472	100	189525	190475
London . .	20	18254250	18345750	20	18254250	18345750
New-York .	15	4189500	4210500	15	4189500	4210500
Paris . .	100	215465	214535	100	216458	217542
Schweiz .	100	751118	754882	100	751118	754882
Spanien .	100	550630	553370	100	541144	542856
Lissabon .	100	138552	139348	100	138552	139348
Japan . .	100	1995000	2005000	100	1995000	2005000
Rio de Jan.	100	423938	426062	—	—	—
Wien . . .	100	61,848	62,152	100	60,847	61,153
Prag . . .	100	127680	128320	100	127680	128320
Jugoslaw.	100	48578	48822	100	48578	48822
Budapest .	100	220,446	222,554	100	220,446	222,554
Bulgarien	100	30922	31078	100	30922	31078

Dollarschatzanweisungen und Goldanleihe.

(In Millionen.)

	5.	4.
Dollarschätze	4 200 000	4 200 000*
Goldanleihe, große . . .	4 200 000	4 200 000
do. kleine . . .	4 200 000	4 200 000

Die Repartierungen verstehen sich ohne Zuteilungsverpflichtungen.

b) Banknoten-Kurse.

(in Millionen)

	Reg. %	5. Geld	5. Brief	Reg. %	4. Geld	4. Brief
Amerikan. .	5	4189500	4210500	3	4189500	4210500
do. 2u. 1 Doll	5	4189500	4210500	o. U	4189500	4210500
Belgische .	100	185528	186472	100	189525	190475
Bulgarische .	100	28420	28571	100	28928	29072
Dänische . .	100	758100	761900	100	750120	753880
Engl. große	20	18254250	18345750	20	18254250	18345750
do 1 2 u. dar.	10	18254250	18345750	20	18254250	18345750
Finnische . .	100	104738	105262	100	105735	106265
Französische .	80	217455	218545	100	217455	218545
Holländische	15	1626925	1634075	30	1626925	1634075
Italienische .	100	191520	192480	100	192518	193482
Jugoslaw. .	100	46883	47117	100	46883	47117
Norwegische	100	618450	621550	100	612964	616036
Oesterr 10,000 bis 500000 K.	100	60,246	60,454	100	60,246	60,454
Rumän. große	100	21945	22055	100	21945	22055
do. unt. 500 L.	100	—	—	—	—	—
Schwedische	100	1137150	1142850	100	1132163	1137837
Schweizer .	100	752115	755885	78	752115	755885
Spanische .	100	547628	550372	100	541144	543856
Tsch.-slov.-gr. neue Absch.	100	127680	128320	100	128179	128821
z. 100 K. u. dar	100	125685	126315	100	126688	127317
do. unt. 100 K	100	139,600	140,398	100	130,673	131,327
Ungarische .	100					

Ostdevisen

Auszahlung	5. Januar 1924 Geld	Brief	rep.	4. Januar 1924 Geld	Brief	rep.
Kattowitz .	449 T.	461 T.	voll	503 T.	517 T.	voll
Riga . . .	16425 M	16575 M.	voll	16425 M	16575 M.	18
Reval . . .	19425 M	19575 M.	voll	19425 M.	19575 M.	voll
Kowno . .	—	—	voll	434710 M	438290 M	voll
Bukarest .	22050 M.	22241 M.	voll	22089 M	22241 M.	voll
		Noten				
Poln. Mark	458 T.	482 T.	voll	526 T.	554 T.	voll
Estn. Mark .	—	—	—	9945 M.	10055 M.	voll
Lett. Rubel	15468 M.	16132 M	50 %	15468 M	16132 M.	voll
Lit . . .	20290 M	20710 M	20 %	20290 M	20710 M.	voll

Abkürzungen: T. = Tausend, M. = Millionen.

Berliner Produktenverkehr.

Der Markt war still. Von Roggen war eher etwas mehr Angebot zur Hand, für welches die Forderungen wenig verändert lauten. Der Bedarf Mitteldeutschlands und die in Schlesien bezahlten hohen Preise hielten an und lenken immerhin viel Ware, die sonst wohl für hier in Betracht käme, in allen Artikeln ab. Mecklenburger Ware wird vom Nordwesten stärker gekauft. Weizen ist hier zu letzten Forderungen zu kaufen. Freistaat Sachsen bleibt für Weizen Reflektant. Gerste wird von Brauern gesucht und liegt fest. Hafer war schwach. Offerten überwiegen die Nachfrage. Mehl war ruhig, aber behauptet. Futterstoffe wenig verändert.

Amtlich festgesetzte Preise. Getreide und Oelsaaten per 1000 kg, sonst per 100 kg. In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.

	5. Januar	4. Januar
Weizen ruhig, märk.	170—173	172—175
pommerscher	166—169	—
Roggen etwas schwächer, märk.	146—150	147—151
pommerscher	144—147	145—148
westpr.	141—146	144—146
Sommergerste still	169—174	169—174
Hafer schwach, märk. . . .	126—132	128—133
pommerscher	120—125	120—125
westpr	120—123	—
Mais Plata loko Berlin . . .	—	—
waggonfrei Hamburg .	173—175	173—175
Weizenmehl 100 kg fr Berlin	26,00—29,25	26,00—29,25
Roggenmehl 100 kg fr. Berlin	25,00—27,25	25,00—27,25
Weizenkleie frei Berlin . .	8,00	8,40
Roggenkleie „ „	8,10—8,25	8,10—8,25
Raps	285—295	285
Leinsaat	450—460	450—460
Victoriaerbsen	40—42	40—42
Kl. Speiseerbsen	22—26	25—28
Futtererbsen	17—18	17—18
Peluschken	14—15	14—15
Ackerbohnen	12—14	12—14
Wicken	15—16	15—16
Lupinen blaue	14—16	14—16
Lupinen gelbe	15—17	15—17
Seradella	16—18	17—18
Rapskuchen	12,50	12,50
Leinkuchen	25—26	25—26
Trockensch.	8,20—8,40	8,20—8,40
Vollw. Zuckersch.	10—12	—
Torfmelasse 30/70	8,20—8,60	8,20—8,60
Kartoffelflocken	17,00—17,50	17,00—17,50

Heu und Stroh. Bericht der Preisnotierungskommission für Rauhfutter (nichtamtlich). Großhandelspreise per 50 kg ab märkischer Station für den Berliner Markt (in Goldmark):

	5. Januar	4. Januar
Drahtg. Rogg.- u. Weizenstroh	0,60—0,80	0,60—0,80
desgl. Haferstroh . . .	0,50—0,70	0,50—0,70
desgl. Gerstenstroh . . .	0,50—0,65	0,50—0,65
Roggenlangstroh	0,40—0,50	0,40—0,50
Bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh	0,40—0,50	0,40—0,50
Loses Krummstroh	—	—
Häcksel	1,20—1,40	1,20—1,40
Handelsübl. Heu	1,10—1,20	1,10—1,20
Gutes Heu	1,30—1,50	1,30—1,50

— **Zur Lage des Gold- und Silbermarkts.** Die Herren Samuel Montagu & Co., London, schreiben in ihrem vom 2. Januar datierten Bericht: Gold. Indien und der Kontinent nehmen einen großen Teil des in den verflossenen 14 Tagen an den Markt gekommenen mäßigen Materials. Während des Jahres 1923 sind von Durban direkt 364 575 Unzen fein nach Indien verschifft worden. In New-York trafen 6 685 000 $ aus London ein. Gerüchte über Goldfunde im Tanganyika-Territorium waren Veranlassung, daß zahlreiche Gesuche seitens Prospektoren für das Gebiet am Süd-Ost-Rand des Sees zwischen den Livingston Bergen eingingen. Bis jetzt handelt es sich nur um alluviales Gold, aber andrerseits besteht von gewisser Seite die optimistische Auffassung, daß die bisherigen Funde auf ein höher gelegenes Gebirge schließen lassen. Seit einiger Zeit ist die Existenz von Gold in der Nachbarschaft bekannt und goldführende Felder sind im Distrikt von Mwaupa und Musoma anzutreffen und ein Bergwerk ist tatsächlich bei Ykoma in Betrieb genommen. Der indische Handel (Privatrechnung) im November weist folgende Ziffern in lac Rupien auf:

	Export	Import	Netto-Export	Netto-Import
Goldwaren . .	2763	2169	654	—
Gold	½	144	—	143½
Silber	41	269½	—	228½

Total-Netto-Export 282.

Silber. Der Markt war selbst für die jetzige Jahreszeit ungewöhnlich still und wenig Neigung war vorhanden, neue Geschäfte anzubahnen. Der Betrag der fällig werdenden Baisse-Engagements war nicht erheblich, aber die Kurse waren etwas empfindlich infolge der Geringfügigkeit der Umsätze. Die Tendenz neigte aber zur Festigkeit infolge der des Dollarkurses. Nach Meldungen aus New York betrug die Menge des auf Grund der Pittman-Akte gekauften aber noch nicht abgelieferten Silbers 1 799 531 Unzen am 11. Dezember. Während des November 1923 sind 6 998 429 Unzen Silber von San Francisco nach China verschifft worden. Der Zufall, daß reiche Silberlager im Cobalt Distrikt in Ontario bei Anlage eines Eisenbahn-Perrons entdeckt worden sind, läßt es bezweifeln, daß die fast unbesiedelten kanadischen Wälder vielleicht noch andere Ueberraschungen ähnlichen Charakters beherbergen. Daher stammt die Aeußerung des kanadischen Premierministers, daß Ontario am Vorabend der größten Entdeckungen mineralischen Reichtums, der je vorgekommen ist, stände, und daß dort ein zweites Cobalt in Silber und ein zweites Porcupine in Gold sich entwickle, was zurzeit von größtem Interesse sei. Denn hieran schließt sich der Gedanke, daß es mit der jetzigen Entwicklung noch nicht ein Ende hat. Bemerkenswert ist, daß von den großen Bergdistrikten, welche vom Arktischen bis zum Stillen Ozean quer durch Amerika gehen, Gold und Silber in solchen Massen an den äußersten Punkten, nämlich in Mexiko und Kanada, gefunden werden sollte.

— **Bremische Staatsanleihen.** Wie die Finanzdeputation bekanntgibt, ist der Aufschlag bei der Rückzahlung der zum 31. Dezember 1925 gekündigten 3 %, 3½ % und 4 % Bremischen Staatsanleihen auf 10 Milliarden Prozent erhöht worden. Wir verweisen auf die Bekanntmachung im Inseratenteil.

— **Finnländische Stadt-Hypothekenkasse in Helsingfors.** Ueber das Vermögen der Gesellschaft ist, wie die Kasse wiederholt bekanntgegeben hat, das Konkursverfahren eröffnet worden. Die Inhaber der 4 % und 4½ % Pfandbriefe werden erneut aufgefordert, die Obligationen, bei Verlust jeden weiteren Rechts auf Bezahlung, bis zum 5. Februar d. J. zwecks Registrierung und Abstempelung vorzuzeigen. Die Einreichungsstellen sind aus der im Inseratenteil veröffentlichten Bekanntmachung ersichtlich.

— **Dänische Nationalbank.** Der Ausweis per 31. Dezember 1923 zeigt im Vergleich mit dem 30. November 1923 und 31. Dezember 1922 folgendes Bild:

	31. 12. 23 Kr.	30. 11. 23 Kr.	31. 12. 22 Kr.
Goldbestand	209 594 032	209 612 784	298 256 628
Silberbestand	6 866 289	8 285 539	4 465 872
Inlandswechsel	212 276 191	189 631 339	249 668 591
Auslandswechsel	622 709	1 389 668	1 524 984
Lombarddarlehen . . .	54 157 000	55 207 830	62 356 800
Guthaben im Ausland . .	12 968 480	37 006 396	5 933 084
Guthaben bei der Schwed. Reichsbank, der Bank v. Norwegen und der Deutschen Reichsbank	2 927 988	3 060 128	1 687 792
Notenumlauf	472 625 350	472 904 649	459 353 611
Depositen	78 934 882	52 460 733	163 537 502

— **Norddeutsche Hagelversicherungs-A.-G. in Berlin.** Die kürzlich von der Norddeutschen Hagel-Versicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit zu Berlin gegründete Norddeutsche Hagelversicherungs-A.-G. ist zur besseren Ausnutzung der Organisation mit der **Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft** in Aachen in eine engere Interessenverbindung eingetreten. Infolgedessen sind seitens der Verwaltung der Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft in den Aufsichtsrat der Norddeutschen Hagelversicherungs-A.-G. gewählt worden die Herren Kommerzienrat Pastor, Direktor Ernst, Staatsminister a. D. Bodin, Excellenz, Generaldirektor Spans. In den Aufsichtsrat der Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft werden zugewählt werden die Herren Kammerherr von Sydow, Rittergutsbesitzer auf Stolzenfelde und Generaldirektor Dr. W. Rohrbeck.

— **Die ostoberschlesische Steinkohlenförderung.** Die ostoberschlesische Steinkohlenförderung hellet sich laut „Industrie-Kurier" in der Zeit vom 17. bis 23. Dezember 1923 an sechs Fördertagen bei einer durchschnittlichen Leistung von 96 716 to auf insgesamt 580 295 to (Vorwoche 580 502 to). Es verblieben innerhalb Polnisch Oberschlesiens 215 335 to (220 460 to). Nach dem übrigen Polen gelangten: 105 267 to (117 628 to), nach Deutsch-Oberschlesien: 46 642 to (57 559 Tonnen), nach dem übrigen Deutschland: 126 339 to (102 201 to), nach Deutsch-Oesterreich: 55 967 to (69 021 to), Tschechoslowakei: 7 859 to (10 387 to), Ungarn: 8 278 to (16 945 to), Danzig: 2 968 to (5 922 to), Jugoslawien: 59 to (446 to), Rumänien: 2 108 to (645 to), Italien: 20 to (0), Schweiz: 10 to (0). Der Kohlenbestand betrug am letzten Tage der Berichtswoche 585 072 to (365 387 to). Von den 48 297 angeforderten Wagen konnten 7381 = 15,3 % (6 514 = 14 %) nicht gestellt werden.

— **Erweiterungspläne der deutsch-oberschlesischen Industrie.** Man schreibt uns: Eine Erweiterung resp. Aenderung ihres Fabrikationsprogrammes werden einige west-oberschlesische Werke im neuen Jahre insofern vornehmen, als gewisse Betriebe eingestellt werden (aus Rentabilitätsgründen) und dafür andere Fabrikationen aufgenommen werden. Dem Bau fertiger Waggons, der Anfertigung von Beschlagteilen für den Waggonbau und der Anfertigung von Automobilrahmen und sonstigen Preßteilen für den Automobilbau wird schon seit längerer Zeit im west-oberschlesischen Revier besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Die west-oberschlesische Industrie kann nur in engster Zusammenarbeit mit dem Reiche gut bestehen, und daß diese Zusammenarbeit für beide Teile erspießlich wird, darauf soll im Jahre 1924 mit allen Mitteln hingewirkt werden. Da man nur mit ausgezeichnet organisierten Betrieben den Erschütterungen rückläufiger Konjunktur entgegentreten kann, wird weiteres geschehen, um die Leistungsfähigkeit der einzelnen Werke zu erhöhen. Was die Verfeinerungswerkstätten anbetrifft, so hat es im oberschlesischen Bezirk bisher meist fünf Gruppen von Verfeinerungsbetrieben gegeben, und zwar diverse Preß- und Hammerwerke, Rohrwalzwerke, Rohrpreßwerke und Rohrschweißereien, eine Anzahl Konstruktionswerkstätten, gegen fürstlichen Maschinenbauanstalten und Maschinenreparaturwerkstätten, ferner viele sonstige Verfeinerungsbetriebe (Kaltwalzwerke, Drahtwerke, Kleineisenfabriken, Eisenblechwarenfabriken usw.). Die oberschlesischen Maschinenbauanstalten haben sich im vorigen Jahre schon so weit es ging erweitert. Sie arbeiten hauptsächlich für die Montanindustrie, und zwar werden alle Maschinen für die Bergbau- und Hüttenindustrie im west-oberschlesischen Revier hergestellt, ferner eiserne Gebäude, Brücken, Fördergerüste usw. Wie weit künftig auch Maschinen für die Textilindustrie, für die Herstellung von Flugzeugen, Automobilen usw. im west-oberschlesischen Bezirke erzeugt werden, muß abgewartet werden. Tatsache ist, daß auch diesen Zweigen große Aufmerksamkeit zugewendet werden wird. Um der fortschreitenden Entwickelung Rechnung zu tragen, sucht man erstklassige Arbeitskräfte für jedes der Sondergebiete zu gewinnen. Die Donnersmarckhütte wird nach wie vor auf dem Gebiete des Maschinenbaues im neuen Jahre Hervorragendes zu leisten sich bemühen. Sie hat im Jahre 1923 eine Zeit hindurch ihre Hochöfen wegen mangelnden Roheisenabsatzes außer Betrieb gesetzt. Auch in bezug auf die Fabrikation von Roheisen hat die Donnersmarckhütte immer Bedeutendes geboten. Die Oberschlesische Eisenindustrie-A.-G. hat die Absicht, ihre Drahterzeugung, mit der sie an der Spitze steht, weiter zu vervollkommnen. Die Oberschlesische Eisenbahnbedarfs-A.-G. in Gleiwitz werden ihre Huldschinskywerke, die außer den Siemens-Martin-Werken Eisen- und Stahlgießereien, Preßwerke und diverse Werkstätten umfassen, nach Möglichkeit vergrößern. Das Borsigwerk A.-G., das jetzt Stahlformguß aus Siemens-Martin-Stahl, Stabeisen verschiedener Qualitäten, Kesselbleche in Schweiß- und Siemens-Martin-Eisen, ferner Grobbleche aller Art in S.-M.-Flußeisen, Wellrohre, System Fox und Morison), Lokomotiv-Radsätze, Rollenlager-Radsätze usw. herstellt, wird in seiner Spezialität (nahtlos gewalzte Ketten ohne Querschweißung) eine besondere Leistungsfähigkeit zu erzielen suchen und seine Anlagen weiter ausbauen. In den fiskalischen Hütten in Gleiwitz und Malapane ist die Verfeinerungsindustrie im verflossenen Jahre nach Kräften betrieben worden. Wie weit das im Jahre 1924 der Fall sein wird, hängt ganz von der Art und Weise ab, wie dort die Betriebsführung weiter erfolgt. Der Veredelungsverkehr soll im Jahre 1924 bei der west-oberschlesischen Eisenindustrie in weitestem Umfange eingeführt werden und seine Nutzbarmachung soll technisch einfach gestaltet werden. Daß ausreichend billige Rohstoffe zur Verfügung gestellt werden, darauf wird ebenfalls von den zuständigen Industriellen hingewirkt werden. Man wird sich auch mit allen Kräften dafür einsetzen, daß jede Behinderung des Außenhandels aufhört und daß die west-oberschlesische Eisenindustrie, so weit es irgend angängig ist, ihre früheren Absatzgebiete wieder erhält. Die lähmende Unsicherheit, die das ganze Jahr 1923 im west-oberschlesischen Industrieleben herrschte, muß natürlich werden, wenn überhaupt ein geregelter Geschäftsgang eintreten soll. Man wird alle Anstrengungen machen, die Kohlenförderung zu erhöhen und den Eisenabsatz zu vergrößern: solange aber die schwankende politische Lage das wirtschaftliche Leben unheimlich beeinflußt, wird ein merkbarer Erfolg sich nicht einstellen.

— **Weitere Ermäßigung der Roheisenpreise.** Der Roheisenverband hat laut „Rhein.-Westf. Ztg." in seiner gestern in Hannover abgehaltenen Sitzung eine weitere Ermäßigung der Roheisenpreise beschlossen. Hämatit wurde um 11 auf 105 M und Gießerei-Roheisen I und III um 24 auf 92 M die Tonne herabgesetzt.

Original-Luxemburger Roheisen wird vom Roheisenverband neuerdings schon zu 320—325 französische Franken die Tonne verkauft, wobei die Zahlung in werbeständiger Valuta zu erfolgen hat. Die Luxemburgischen Werke fordern dagegen etwa 350 französische Franken für die Tonne.

— **Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation in Bochum.** Zwecks Anleihetilgung bietet die Gesellschaft den Inhabern der bereits zur Rückzahlung gekündigten Teilschuldverschreibungen von 1908 und 1910 dem Umtausch in Teilschuldverschreibungen der neu herausgebenden Dollarwertanleihe derart an, daß gegen je 1000 M Teilschuldverschreibungen der Anleihe von 1908 und gegen je 2000 M Teilschuldverschreibungen der Anleihe von 1910 4 $ der Dollarwertanleihe eingetauscht werden können. Außerdem wird denjenigen Inhabern der Teilschuldverschreibungen, die auf Grund ihrer eingereichten Obligationen Anspruch auf die Ausreichung von 6 Stück über je 4 $ der Anleihe haben, das Recht eingeräumt, anstelle dieser 6 Stück über insgesamt 24 $ ein Stück der Anleihe über 25 $ zu erwerben. Die gleichen Vergünstigungen gewähren der Gesellschaft auf Verlangen denjenigen Inhabern der gekündigten Teilschuldverschreibungen von 1908 und 1910, deren Teilschuldverschreibungen am 31. August 1923 bereits zur Rückzahlung gelangt sind, sofern sie auf Aufwertungsansprüche jeglicher Art gegen das Unternehmen Verzicht leisten. Wir verweisen auf die Bekanntmachung im Inseratenteil.

— **Hagen Bergbau A.-G. in München.** Die Gesellschaft teilt mit, daß zwei Vitriol-Erzbecken, nämlich die Wallried-Zeche in Stein am Wasser und die Siegfried-Zeche, in ihr Eigentum übergegangen sind. Die Bergwerkseinrichtungen im Kupferwerk seien unter Leitung der Mansfeld A.-G. nunmehr fertiggestellt worden.

A. M. C. Whisky

Depot A. Holmeström & Co., NO. 18, Tel. Alexander 6004/05

Das sächsische Inflationsbeispiel macht Schule.

Zu unserer Notiz in Nr. 2 der B. B.-Z.: „Der sächsische Staat als Schöpfer neuer Inflationen" wird uns geschrieben: „Das Land Thüringen ist dem Vorgehen des sächsischen Staates bereits gefolgt. Anscheinend gestützt auf das Gesetz über die Aufnahme von Anleihen vom 7. Dezember 1923, dessen Artikel wie folgt lautet: „Das Thüringische Finanzministerium wird ermächtigt, zur Bestreitung dringender laufender und außerordentlicher Ausgaben und zur Verstärkung der ordentlichen Betriebsmittel der Landesbaupt kasse Anleihen bis zum Höchstbetrage von 25 Millionen Goldmark, gegebenenfalls unter Verpfändung von staatlichem Grundbesitz, aufzunehmen", bringt die Staatsbank

Schatzanweisungen

des Landes Thüringen, soweit bis jetzt festzustellen, in Beträgen

von 1, 2, 5 und 20 Goldmark

zur Ausgabe. In welcher Menge diese Schatzanweisungen ausgegeben worden sind, ist zunächst noch nicht festzustellen, da bestimmte Veröffentlichungen selber nicht erfolgt sind. Der Text der Schatzanweisungen lautet: „Schatzanweisung des Landes Thüringen. Nennwert Mark 5.—. Gegen diese Schatzanweisung zahlt die Thüringische Landeshauptkasse in Weimar an den Inhaber am 2. Januar 1927 den Nennwert von Fünf Mark Gold (1 Mark = 1/42 Dollar) zuzüglich 75 Pfennig Gold in der am Fälligkeitstag gültigen Währung. Die staatlichen Kassen nehmen bei Zahlung in Gold die Schatzanweisungen zum Nennwert an. Zahlungsstatt an. Für diese Schatzanweisung haftet der gesamte Besitz des Landes Thüringen an Wäldern, Gütern, staatlichen Gewerbebetrieben usw. Der Anspruch aus der Schatzanweisung erlischt, wenn sie nicht binnen vier Jahren nach Fälligkeit zur Einlösung vorgelegt wird. Weimar, den 20. Dezember 1923. Thüringisches Finanzministerium, gez. Hartmann." Die Rückseite trägt folgenden Text: „Diese Schatzanweisung wird erworben durch Einzahlung des Nennbetrages zuzüglich eines aus der nachstehenden Tabelle sich ergebenden Zuschlags in gesetzlichen Zahlungsmitteln. Die Goldmark ist hierbei nach dem Berliner Mittelkurs für Auszahlung New-York vom Einzahlungstage zu berechnen. Bei Rückzahlung in der dann gültigen Währung wird der Durchschnittskurs für Auszahlung New-York an der Berliner Börse in den ersten 15 Tagen des Monats Dezember 1926 zugrunde gelegt. Der umstehende Nennbetrag erhöht sich jährlich um 25 Pfennig und beträgt bis 31. Dezember 1924 5 M, ab 1. Januar 1925 5,25 M, ab 1. Januar 1926 5,50 M, ab 1. Januar 1927 5,75 M." Die Scheine sind bereits Ende Dezember zum Teil zur Gehaltszahlung an die Beamten verwandt worden."

— **A.-G. Chariottenhütte in Niederschelden.** Der Abschluß für das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr 1922/23 bietet im Vergleich mit den Vorjahren folgendes Bild:

	1922/23 M	1921/22 M	1920/21 M
Rohgewinn n. Abz. all. Unkost. usw	10 205 004 619	31 644 339	18 644 530
Zuführung z. Erneuerungskonto .	2 500 000 000	6 000 000	4 000 000
Reingewinn .	7 705 094 619	25 644 330	14 644 530
do. einschl. Vortr.	7 707 516 249	28 178 852	17 520 088
Dividende auf Akt. I. Gattung	1 464 073 500	6 650 000	3 135 000
do. in %	1/10 $*)	70 %	33 %
auf Aktien II. Gattung	90 000	90 000	90 000
do. in % .	6 %	6 %	6 %
Rücklagen:			
f. Ueberteuerung v. Wohnungen	—	4 000 000	2 000 000
für Arbeiter-Unterstützung.	2 000 000 000	3 000 000	500 000
f. Beamten-Ruhegehaltskasse .	2 000 000 000	—	2 000 000
für Steuern . .	—	—	3 000 000
f. Erneuerungen	1 500 000 000	7 000 000	4 000 000
zur Verfügung d. Verwaltung	—	4 000 000	—
Gewinnanteile . .	175 969 278	922 922	266 075
Vortrag	867 388 471	2 511 630	2 529 513

*) 1 $ pro 1000 M-Aktie Gattung I.

In der Bilanz erscheinen:

Aktiva:			
Bergwerksbesitz .	2 551 785	2 551 785	2 447 001
Grundbesitz und Werksanlagen .	7 918 980	6 158 898	5 676 888
Beteiligungen und Wertpapiere . .	2 471 969 261	141 842 433	69 668 725
Schuldner . . .	457 194 845 960	266 414 266	65 113 837
Kasse	282 188 914	2 539 784	507 579
Wechsel	768 076 221	108 990	—
Rohstoffe u Waren	48 905 177 961	34 789 158	22 868 788
Passiva:			
Aktienkapital, eingezahlt			
Aktien I. Gattung	9 500 000	9 500 000	9 500 000
„ II. „	1 500 000	1 500 000	1 500 000
Teilschuldverschr.	8 199 000	20 001 030	20 128 750
Gesetzl. Rücklage	2 704 423	2 704 423	2 704 423
Rücklagen			
für Außenstände	—	114 822	113 727
für Erneuerungen	12 900 000	5 900 000	1 900 000
für Unterstützg. .	774 807	445 236	235 688
für Beamtenruhegehaltskasse	6 981 900	3 991 065	2 000 000
f. Ueberteuerung v. Neubauten u. Arbeiterwohnung.	8 000 000	4 000 000	2 000 000
Steuern . . .	6 000 000	6 025 000	3 025 000
Entwert.-Bestand .	2 516 650 000	16 650 000	10 650 000
Spareinlagen der Werksangehörig.	24 830 755	1 061 216	1 376 402
Gläubiger . . .	196 907 200 762	337 774 523	90 072 055
Rückständ. Löhne	2 417 520 556	14 919 005	3 128 922

Dem Geschäftsbericht entnehmen wir folgende Ausführungen: „Die im letzten Jahresbericht erwähnte gute Beschäftigung der Werke hielt während der ersten Hälfte des Berichtsjahres an. Die im Januar d. J. zur Tatsache gewordene Besetzung der Ruhr hatte auch für die Unternehmungen des unbesetzten Gebietes außerordentlich nachteilige Folgen. Der ungeheure Sturz des Wertes der Mark und die hiermit verbundene Zerrüttung der Wirtschaft führte zu erheblichen Substanzverlusten. Infolge der Unterbrechung des Verkehrs mit dem Ruhrrevier mußte ein großer Teil unserer Brennstoffbedarfs teils aus dem Auslande, teils aus inländischen, frachtlich sehr ungünstig gelegenen Bezirken gedeckt werden. Die Förderung unserer Gruben konnte ungefähr auf der gleichen Höhe wie im Vorjahre gehalten werden. Die Hochofenbetriebe waren bis Ende Januar voll beschäftigt; von diesem Zeitpunkte ab mußten sie wegen Koksmangel eingeschränkt

werden. Am Schlusse des Berichtsjahres hatten sich die Folgen der Ruhrbesetzung bei den Hochoienwerken dahin ausgewirkt, daß auch für die durch Brennstoffmangel eingeschränkte Erzeugung ein genügender Absatz nicht mehr vorhanden war. Wir waren infolgedessen genötigt, die Hochofenwerke Eisern und Köln-Müsen stillzulegen. Für die Erzeugung des Stahlwerks, des Grobblechwalzwerks und der weiterverarbeitenden Betriebe der Niederschelderner Abteilung war während des ganzen Jahres reichlich Absatz vorhanden. Die Rohstoffversorgung unserer Feinblechwerke standen während eines großen Teils des Geschäftsjahres besondere Schwierigkeiten entgegen. Sie war nur unter erheblichen Preisopfern durchführbar. Trotzdem haben wir die Erzeugung auf den ungefähren Stand des Vorjahres halten können. Die Tochtergesellschaft Siegener Eisenbahnbedarf A.-G. war mit Aufträgen in genügendem Umfange versehen. Das Preßwerk in Tiefenbach wurde erweitert. Die im besetzten Gebiet liegende Abteilung Eisenhütte war nach der Ruhraktion zu Betriebseinschränkungen gezwungen und kam gegen Schluß des Geschäftsjahres zum völligen Erliegen."

— Reinstrom & Pilz A.-G. in Schwarzenberg i. S. Die Generalversammlung genehmigte den dividendenlosen Abschluß. Ferner beschloß die Versammlung eine Kapitalserhöhung, und zwar statt der ursprünglich vorgesehenen 15 Mill. Mark um nur 10 Mill. Mark auf insgesamt 30 Mill. Mark durch Ausgabe von 10 Mill. Mark Stammaktien mit Dividendenberechtigung ab 1. Oktober 1923. Von den neuen Aktien werden 2 Mill. Mark den alten Aktionären im Verhältnis von 10:1 zum Gegenwert von 3 Dollar für das Stück, umgerechnet mit 4.2 Billionen Mark für einen Dollar, angeboten. Die restlichen 8 Mill. Mark Aktien sollen im Interesse der Gesellschaft verwertet werden.

— Der deutsche Maschinenbau im Dezember 1923. Der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten berichtet: Der letzte Monat des Jahres 1923 brachte wenig Aenderung der bedrängten wirtschaftlichen Lage. Nach wie vor standen die mit der Außenpolitik eng verflochtenen Währungsfragen im Mittelpunkt der Sorgen. Zunächst lähmte die Zahlungsmittelknappheit und die langsame Herausgabe der Rentenmark besonders im südlichen Deutschland den Geldverkehr. Neuerdings hat sich die Kapitalnot in den Vordergrund geschoben. Da die Kundschaft mit Aufträgen und Zahlungen zurückhält, war die Maschinenindustrie vielfach gezwungen, äußerst bedenkliche hochverzinsende Bankkredite in Anspruch zu nehmen. Infolge des geringen Beschäftigungsgrades herrschte Ueberfluß an Arbeitskräften. Die Löhne und Gehälter hatten durch den Stillstand der Währung nicht nur ihren Höhepunkt erreicht, sondern konnten verschiedentlich nicht unerheblich gesenkt werden. Ueber Mangel an Rohstoffen, insbesondere Walzeisen, wird in einigen Fällen immer noch geklagt. Die Aussichten für Kohle- und Koksversorgung werden zum Teil sehr trübe beurteilt. Der Abbau der Rohstoffpreise war noch längst nicht weit genug durchgeführt, um die Selbskosten der Maschinenindustrie so zu vermindern, wie dies nötig wäre, um den Absatz zu beleben und den Wettbewerb mit dem Auslande wieder aufzunehmen. Von großer Wichtigkeit für die Selbstkosten ist auch die Höhe der Eisenbahnfrachten geworden. Der Wegfall der Sonder- und Ausfuhrtarife macht sich für die Maschinenindustrie je länger desto übler bemerkbar. Die Maschinenausfuhr, der wegen des Devisenerlöses und der unbedingten Notwendigkeit einer Besserung unserer Zahlungsbilanz größte Wichtigkeit zukommt, könnte durch eine Ermäßigung der Frachtsätze sehr gefördert werden. Als Beispiel sei erwähnt, daß die Frachten für landwirtschaftliche Maschinen von Mitteldeutschland (Leipzig) bis Passau, Kufstein und zur holländischen Grenze auf das Dreifache, bis Hamburg für gewöhnliche Sendungen auf das 8.fache, für Ueberseegüter auf das Sechsfache der Vorkriegsbeiträge in Goldmark gestiegen sind. Anfragen des In- und Auslandes nach Maschinen liefen darnoweg nur ungenügend ein, bei einem beträchtlichen Teil der Firmen war die Nachfrage noch schlechter als im Vormonat. Nur von wenigen Seiten werden schwache Anzeichen für eine Besserung des Interesses der Abnehmer gemeldet. Der Auftragseingang war jedoch gänzlich unzureichend, so daß die Arbeitszeitverkürzungen zum größten Teil beibehalten werden mußten und weitere Arbeiterentlassungen notwendig waren. Zu den besonderen Wünschen des Maschinenbaues gehört die Regelung der Wiederherstellungslieferungen und der 25 %igen Abgabe für Lieferungen nach England, für die das Reich keine Zahlungen mehr leistet. Im besetzten Gebiet hat sich trotz Einstellung des passiven Widerstandes die traurige Lage der meisten Firmen nicht gebessert. Nur etwa ein Viertel der Belegschaften dürfte zumeist in verkürzter Arbeitszeit noch beschäftigt sein. Die Ausfuhr ist durch hohe Ausfuhrabgaben und die Forderung der Besatzung, daß der volle Maschinenwert bis zur Ankunft im Bestimmungslande hinterlegt werden muß, stark behindert. Ablaufbewilligungen nach dem unbesetzten Gebiet werden gar nicht oder nur unter größten Schwierigkeiten erteilt. Der Verkehr auf den Regiebahnen ist ganz ungenügend. Ob Erleichterungen zustande kommen, ist wegen der Forderungen der Franzosen, insbesondere auf Verpflichtung zu kostenlosen Reparationslieferungen, sehr fraglich.

— Ferngaswerk Franken Thüringen G. m. b. H. in Neustadt b. Coburg. Die für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1923 fälligen Zinsen für die 3. Serie der Koksvertanleihe der Gesellschaft betragen 80 Milliarden Mark für 2 Zentner. Wir verweisen auf die Bekanntmachung im Inseratenteil.

— Ein deutscher Spitzenkonzern in den Vereinigten Staaten. Unter der Firma **Keliner Lace Corp.** wurde, wie bereits von uns angekündigt, in New York eine Gesellschaft gegründet, die die Niederlassung der zum Kellnerkonzern gehörigen Textilwerke Mann & Reinhard Akt.-Ges. in Barmen ist. Das Unternehmen wird sowohl in Deutschland fabrizierte Torchon- und Clunyspitzen in den Vereinigten Staaten vertreiben, wie auch in einem eigenen Betriebe in North Bergen (New Jersey) eine eigene Fabrikation aufnehmen.

— Berliner Velvetfabrik M. Mengers & Söhne. Die Geschäfte dieser Firma werden in Zukunft von der gleichnamigen Aktiengesellschaft fortgeführt. Der Aufsichtsrat besteht aus den Herren Kommerzienrat Paul Millington Herrmann, Direktor der Deutschen Bank, Berlin, Bankier Sigmund Wassermann, Berlin, Dr. Werner Kehl, Berlin, Großkaufmann Adolf Mengers, Hamburg, Geh. Kommerzienrat Dr. Eduard Simon, Berlin, Kaufmann Ludwig Sommerfeld, Halensee, Kaufmann Jacob Nadelmann, Charlottenburg, Rechtsanwalt Dr. Herbert Schachian, Berlin. Den Vorstand bilden die Generaldirektoren Paul und Walter Mengers, von denen jeder für sich allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt ist.

— Breitenburger Portland - Cementfabrik in Lägerdorf b. Itzehoe. Der Prospekt, auf Grund dessen 20 Mill. Mark neue Stammaktien zum Handel an der Berliner Börse zugelassen worden sind, gelangt im Inseratenteil der vorliegenden Ausgabe zur Veröffentlichung. Der Antrag auf Einführung wurde von der Berliner Handels-Gesellschaft gestellt. Gegenüber der Bilanz vom 81. Dezember 1922 haben einige Konten nach dem Stande vom 30. September 1923 wesentliche Veränderungen erfahren, die im Prospekt angegeben sind. Wie die Verwaltung weiter mitteilt, wurde im laufenden Geschäftsjahr bis Ende September der Absatz der vorjährigen Vergleichszeit um ein geringes überschritten. Der Oktober brachte infolge der allgemeinen Verhältnisse einen merklichen Rückgang des Geschäfts, sodaß sich die Gesellschaft zu einer gewissen Betriebseinschränkung und zur Entlassung von ungefähr 1/3 der Belegschaft hat entschließen müssen. Der Absatz scheint sich jetzt aber wieder ein wenig zu heben. — Für 1922 wurden 80 % Dividende auf 12 Mill. Mark Stammaktien und 6 % auf 4 Mill. Mark mit 25 % eingezahlten Vorzugsaktien ausgeschüttet.

Die neuen Kalipreise.

Wie bereits in Nr. 7 B. B.-Z. gemeldet, hat der Reichskalirat in der Sitzung vom 4. d. M. die Ermäßigung der Kaligoldpreise etwa auf Vorkriegsbasis beschlossen. Die Entwicklung der Kalipreise veranschaulicht folgende Tabelle:

Kalisalze Preise f. 1 % Kali (K_2O) im Doppelzentner)	1. 1. 1924 Goldmark	9. 10. 1923 Goldmark	2. 10. 1923 Goldmark	24. 9. 1923 Goldmark
Carnallit mit 9 % u. unt. 12 % K_2O	0,0699	0,065 928	0,085 310	0,075 565
Rohsalze mit 12 bis 15 % K_2O	0,0817	0,079 202	0,102 883	0,096 779
Düngesalze mit 18 bis 22 % K_2O	0,1125	0,118 126	0,152 853	0,135 393
„ „ 28 „ 32 % „	0,1455	0,151 815	0,196 450	0,174 010
„ „ 38 „ 42 % „	0,1575	0,195 480	0,252 943	0,224 054
Chlorkalium mit 50 bis 60 % K_2O	0,2700	0,213 401	0,276 137	0,244 594
„ über 60 % „	0,2900	0,254 829	0,329 744	0,292 078
Schwefels. Kali mit über 42 % K_2O	0,3125	0,268 481	0,476 867	0,422 242
Schwefelsaure Kalimagnesia	0,2885	0,405 816	0,525 157	0,465 169

Gleichzeitig wurden die Goldmarkpreise für das Inland für die nachbenannten Arten von Kalisalzen wie folgt festgesetzt:

1. Für Rohsalze zu industriellen Zwecken, auch zu Bade- und Klärzwecken, tritt ein Preisaufschlag von 36 % ein, sodaß Carnallit mit 0,0896 Goldmark sowie Kainit und Rohsalze mit 12 bis 15 % K_2O mit 0,1062 Goldmark für 1 % Kali (K_2O) im Doppelzentner nebst einer Anfuhrgebühr bis zur Station beim Bezuge von Stückgut von 0,5 Goldmark für den Doppelzentner berechnet werden darf.

2. Für hochprozentigen Carnallit mit einem Mindestgehalt von 12 % Kali (K_2O) zur Darstellung von Magnesiummetall auf 0,0817 Goldmark für 1 % Kali (K_2O) im Doppelzentner nebst einer Ausklaubungsgebühr von 1,25 Goldmark für den Doppelzentner.

Für die Herstellung von doppelt gereinigtem und chemisch reinem Chlorkalium mit über 60 % K_2O wurde ein Aufschlag von 20 Goldmark und für doppelt gereinigtes und chemisch reines schwefelsaures Kali ein Aufschlag von 25 Goldmark für den Doppelzentner K_2O festgesetzt.

— Maschinenbau-Anstalt Humboldt in Köln-Kalk. Die wesentlichsten Abschlußzahlen für das am 30. Juni 1923 beendete Geschäftsjahr haben wir bereits am 24. Dezember v. J. (Nr. 587) der B. B. Z. mitgeteilt. Dem Geschäftsbericht entnehmen wir folgende Ausführungen: „Wenn das erste Halbjahr, durch die bekannten Folgeerscheinungen der Markentwertung geschlichtet belebt, in allen Abteilungen des Werkes eine lebhafte Beschäftigung sah, so brach mit der Ruhrbesetzung diese verhältnismäßig günstige Konjunktur jäh ab. Durch die am 11. Februar erfolgten Zollgrenzen wurde der Absatz nach dem unbesetzten Gebiet vollständig unterbunden. Dazu trat Mitte Juni auch die Behinderung der Einfuhr in das besetzte Gebiet, wodurch wir an der Beschaffung unumgänglich nötiger Rohmaterialien verhindert wurden. Dieser Materialmangel verschärfte sich noch durch den Zusammenbruch des Verkehrswesens, sowie dadurch, daß auch innerhalb des besetzten Gebietes stellenweise Zollgrenzen und Verkehrskontrollen gegriffen wurden, die sich besonders an der Nordgrenze des englisch besetzten Gebietes so hindernd bemerkbar machten, daß auch ein Heranschaffen von Rohstoffen aus dem Ruhrgebiet mittels Achse zur Unmöglichkeit wurde. Trotz aller dieser und vieler anderer Schwierigkeiten ist unter Aufbietung aller Kräfte und unter großen finanziellen Opfern gelungen, im abgelaufenen Geschäftjahr den Betrieb mit Einschränkungen aufrecht zu erhalten und Arbeitern wie Angestellten weiterhin Arbeits- und Verdienstmöglichkeit zu geben. Erst die mit Beginn des laufenden Geschäftsjahres sich häufenden Schwierigkeiten: die fehlenden Verkehrsverbindungen verknüpft mit der allmählich sich schärfer fühlbar machenden Wirkung der Absperrung, zwangen die Gesellschaft, die Arbeit zu strecken und Entlassungen vorzunehmen, die mit der Einstellung des passiven Widerstandes und den sich daraus ergebenden Verhältnissen natürlich größeren Umfang annehmen mußten. — Die Elektro-Osmose G. m. b. H., an welcher die Gesellschaft mit 50 % beteiligt war, ist aufgelöst. Alle Rechte und Pflichten dieser Gesellschaft sind auf die gemeinsam mit der Elektro-Osmose Akt.-Ges. Berlin und Minerals Separation Ltd., London, gegründete Zentral-Europäische Schwimmaufbereitungs-Aktiengesellschaft, Berlin, übertragen worden. An dieser Neugründung ist die Gesellschaft mit einem Viertel des 5 Millionen betragenden Aktienkapitals beteiligt. Die Belegschaft der Gesellschaft beträgt augenblicklich (3. Dezember 1923) 4161 Arbeiter und 1602 Angestellte, davon sind voll beschäftigt 1103 Arbeiter und 395 Angestellte, weitere 968 Arbeiter bzw. 804 Angestellte arbeiten kurz, d. h. durchschnittlich 4 Stunden täglich." In der Bilanz stehen neben dem unveränderten Aktienkapital von 51 Mill. Mark Schuldverschreibungen mit 34,8 (i. V. 35), davon 10 von 1913 hypothekarisch sichergestellt, 8 von 1910 und 17 von 1921. Nach 460 (2,2) Abschreibungen auf verschiedene Anlagen erscheinen u. a. Grundstücke mit 5,4 (3,28), Fabrikgrundstücke mit 3,8 (3,01), Häuser mit 0,8 (2,4) und Fabrikgebäude 2,8 (3,4). Sonst betrugen am 30. Juni: Gläubiger 46 451 (527), davon erhaltene Anzahlungen 28 219 (164), andererseits Schuldner 32 048 (239), flüssige Mittel 1015 (11), Wertpapiere 59 (1,08) und Bestände 14 987 (384), davon Ganz- und Halbfertigerzeugnisse 10 213 (187) und Rohstoffe usw. 4775 (197) Mill. Mark.

— A.-G. Brauerei Ponarth in Königsberg i. Pr. Wie in dem Bericht über die ordentliche Generalversammlung in Nr. 4 B. B.-Z. des zum Rückforth-Konzern gehörenden Unternehmens bereits gemeldet, gelangt für 1922/23 eine Dividende nicht zur Verteilung, der Reingewinn von 565 833 858 087 M wird vielmehr auf neue Rechnung vorgetragen. Der Abschluß stellt sich im Vergleich zu den Vorjahren wie folgt dar:

	1922/23 M	1921/22 M	1920/21 M
Gesamtgewinn .	1 017 092 363 158	16 914 189	4 950 379
Miete	202 605 274	—	—
Unkosten . . .	452 329 474 375	15 635 567	4 308 666
Abschreibungen .	1 921 929	75 482	104 170
Reingewinn .	565 833 853 087	1 203 140	567 544
do. einschl. Vortr.	565 833 853 087	1 480 913	840 274
Dividende . .	—	750 000	450 000
do. in % . . .	—	25 % [1])	20 % [2])
Bonus	—	450 000	112 500
do. in % . . .	—	15 % [1])	5 % [2])
Vortrag . . .	565 833 853 087	280 913	277 774

[1]) Auf 3 Mill. Mark. [2]) Auf 2 Mill. Mark voll und 1 Mill. Mark zu einem Viertel.

In der Bilanz erscheinen:

Immobilien	11	1 692 007	1 810 006
Maschinen usw. .	1	65 000	116 000
Kühlanlage . . .	1	24 800	40 000
Elektr. Anlage . .	1	600	18 000
Eisenbahnwaggons	1	2 200	2 500
Gefäße	1	60 000	62 000
Stallinventar . .	1	77 000	125 000
Effekten	12 687 883	2 773 818	1 530 183
Waren	197 606 816 500	4 124 580	3 653 700
Debitoren u. Bankguthaben . . .	386 547 453 800	8 987 488	646 024
Kasse	53 325 461 560	590 073	20 611
Kreditoren einschl. Steuerkredite .	71 581 909 270	7 994 207	1 138 502

In Geschäftsbericht heißt es: „Die in der ordentlichen Generalversammlung vom 8. Januar 1923 beschlossene Verschmelzung mit der Brauerei Wickbold A.-G. und die damit verbundene Erhöhung des Aktienkapitals von 3 000 000 M auf 4 200 000 M ist durchgeführt worden in der außerordentlichen Generalversammlung vom 20. September 1923 wurde sodann eine weitere Erhöhung des Aktienkapitals um nom. 40 800 000 M auf nom. 45 000 000 M beschlossen. Von diesen 40 800 000 M sind 20 000 000 M Schutzaktien, welche bis zur Volleinzahlung nicht dividendenberechtigt sind. Auf sämtliche junge Aktien im Betrage von 40 800 000 M sind bisher nur 25 % eingezahlt worden. Der ungewöhnlich nasse und kalte Sommer dieses Jahrs hat den Bierkonsum im allgemeinen ungünstig beeinflußt; dennoch ist der Absatz hinter dem des Vorjahres nicht zurückgeblieben. Der Erlös aus Bier und Nebenprodukten brachte bei der durch die Geldentwertung bestimmten Preisbildung einen durch die Bilanz ausgewiesenen scheinbar großen Gewinn."

— Deutsche Likör-Fabrik Friedrich & Co. A.-G. in Waldenburg i. Schles. Die ordentliche Generalversammlung vom 5. Januar genehmigte den Abschluß für das am 30. Juni 192 abgelaufene erste Geschäftsjahr und beschloß, von der Verteilung einer Dividende abzusehen. Von dem 225 365 541 M betragenden Reingewinn wurden 200 Mill Mark einem besonderen Dispositionsfonds zugeführt und der Rest auf neue Rechnung vorgetragen. Die Versammlung genehmigte sodann den Vorschlag der Verwaltung zur Erhöhung des Grundkapitals um 12 auf 20 Mill. Mark Stammaktien. Die neuen Stammaktien (dividendenberechtigt ab 1. Juli 1923) werden den Aktionären nicht zum Bezuge angeboten, sondern von einem Bankenkonsortium unter Führung des Bankhauses Laband Stiehl & Co. in Berlin mit 100 % übernommen mit der Verpflichtung, die neuen Aktien in Uebereinstimmung mit Vorstand und Aufsichtsrat im Interesse der Gesellschaft zu verwerten; der Erlös wird fast restlos der Gesellschaft zufließen. Nach Erledigung einiger rein formeller Satzungsänderungen wurden Oberregierungsrat Dr. Adolf Orgler neu in den Aufsichtsrat gewählt. Schließlich wurde widerspruchlos ein neu auf die Tagesordnung gesetzter Antrag der Verwaltung auf Erhöhung des Stimmrechts der Vorzugsaktien vom 6fachen auf das 19fache angenommen. Laut Mitteilung der Verwaltung hat sich das laufende Geschäftsjahr günstig angelassen. Die Firma hat sich gut eingedeckt. Die Aufträge haben sich im Dezember stark vermehrt, sodaß mit gutem Nutzen gerechnet werden kann. — Die Gesellschaft erzielte in 1922/23 einen Bruttogewinn von 266 849 707 M. Demgegenüber stehen Konto Dubiose 1 866 670 M, Handlungsunkosten 72 137 574 M, Provisionen 29 084 600 M und Aeschreibungen 32 899 412 M, sodaß ein Gewinn von 225 365 541 M verbleibt, über dessen Verwendung vorstehend berichtet ist. In der Bilanz erscheinen: Debitoren 233 205 919 M, Waren 151 050 253 M, Inventar und Utensilien 5 M, Maschinen 1 M, Flaschen 1 M, Beteiligungen 2 M, Postscheck-Konto 9 765 908 M, Kasse 6 945 104 M, Wechsel 5 672 500 M. Andererseits sind zu erwähnen bei 8s Mill. Mark Aktienkapital: Kreditoren 63 602 688 M, Bankkonto 109 606 172 M, Detailgeschäft 28 224 M und Steuerkonto 145 598 M. — Der Geschäftsbericht äußert sich dahin, daß der Geschäftsgang im abgelaufenen Jahre durchaus zufriedenstellend gewesen ist. Weiter wird darin die Kapitalserhöhung mit beabsichtigter Ausschaltung des Geschäftes und Ankauf von Grundstücken begründet.

— Leonhard Tietz A. G. in Köln. Wie verlautet, wird die auf dem Düsseldorfer Haus ruhende französische Frankenhypothek (Vorkriegsschuld) nunmehr nach internationalem Schiedsspruch auf dem Wege des Ausgleichverfahrens zur Verrechnung kommen. Damit ist die Schuldenregelung in einer für das Unternehmen günstigen Art entschieden worden.

— Brandenburgische Städtebahn-A.-G. in Berlin. Im Anzeigenteil gelangt der Prospekt zur Veröffentlichung, auf Grund dessen auf Antrag der Preußischen Staatsbank (Seehandlung) 103 682 000 Mark Stammaktien B der Gesellschaft zum Handel und zur Notiz an der Berliner Börse zugelassen worden sind.

— Kaschau-Oderberger Eisenbahn. Wie wir hören, erhebt neuerdings die Reparationskommission auch Anspruch auf den Gegenwert verloster Stücke und Coupons von öffentlichen Unternehmungen im Sinne des Art. 260 des Friedensvertrages, welche sich in der Tschechoslovakei, Ungarn und dem von Deutschland abgetretenen Teil Oberschlesiens befinden. Hiervon werden unter anderen betroffen die Obligationen der Kaschau-Oderberger Eisenbahn, sodaß die Einlösung der nach dem 26. Juni 1919 ausgelosten Stücke und fällig gewordenen Kupons von in deutschem Eigentum stehenden Stücken bis auf weiteres nicht mehr erfolgen kann. Die zwischen Deutschland und der Reparationskommission strittige Frage wird demnächst durch ein Schiedsgericht entschieden werden.

— Aus der Bankwelt. Herr Carl Cahn, Bankgeschäft, Berlin W. 8, Französische Str. 60—61, teilt uns mit, daß er seinen langjährigen Mitarbeiter Herrn Leo Denhof als Teilhaber aufgenommen hat. Ferner wurde dem bisherigen Kollektivprokuristen Herrn Bernhard Steinadler Einzelprokura und Herrn Carl Bruchmann Kollektivprokura erteilt.

Bilanzen im Inseratenteil

— Gebrüder Junghans A.-G. Uhrenfabriken in Schramberg. (30. Juni 1923). Siehe Inserat.

Generalversammlungen

— Corona Fahrradwerke und Metallindustrie A.-G. in Brandenburg a. H. Ord. am 30. Januar in Dresden. (Siehe Ins.)

— Zuckerfabrik Fraustadt. Ord. am 30 Januar in Berlin, mittags 12 Uhr, Mauerstr. 35. (Siehe Ins)

Auszahlungen

— Gebrüder Junghans A.-G. Uhrenfabriken in Schramberg. Dividende für 1922/23 in Berlin bei der Deutschen Bank und der Berliner Handels-Gesellschaft. (Siehe Ins.)

Kündigungen und Verlosungen.

— Pfandbriefe der Landschaft der Provinz Sachsen. Im Inseratenteil befindet sich eine Berichtigung betr. die zum 1. Juli 1924 ausgelosten Pfandbriefe

Wechselkurse.

Moskau. 4 Januar. (Kurse, mitgeteilt von der Garantie- und Kredit-Bank für den Osten A.-G.)

	4. 1.	3. 1.
1 Tscherwonez =	33000 Rbl. Em. 1923	32000 Rbl. Em. 1923
1000 engl. Pfd. =	937 Tscherwonzen „	910 Tscherwonzen „
1000 Dollar =	218 „ „	219 „ „

Wechselkurse in Südamerika.

Telegramme der Deutschen Ueberseeische Bank, Berlin (Banco Aleman Transatlántico).

Valparaiso, 4. Januar.

	4. 1.	3. 1.	
London (90 T/S.) Pes.	40,00	40,40	= 1 £
Berlin (Kabelzahlg.) m.-c.	—	—	= 1 M
New-York (Sicht) Pesos	9,42	9,52	= 1 US $

Buenos Aires, 4. Januar.

	4. 1.	3. 1.	
Berlin (Kabels.) 1. Bill.	3,2—2,7	3,20—2,70	= 1 Goldpes.
New-York (Kabelzahl.) Goldpes.	138,40—138,40	138,40—138,40	= 100 US $

Rio de Janeiro, 4 Januar.

	4. 1.	3. 1.	
London (90 T/S.) . d.	5 11/16	5 9/16	= 1 Milreis
Berlin (Sicht) . . Reis	—	—	= 1 M
New-York (Sicht) Milreis	9 $ 900	10 $ 170	= 1 US $

Fremde Börsen.

(Ohne Gewähr.)

Halle a. S., 5. Januar. (Priv.-Tel.)

(Notierungen in Billionen.)

	5. 1.	3. 1.		5. 1.	3. 1.
Ammend Pap.	10	10,8	Zeitzer Masch	55	50
Crölw Papier	20	18	Gew.u.Hand.-B.	0,30	0,70
Könnern. Mal.	20	18	Hallsch.Bank	2,5	2,1
Eilenb. Kattun	30	27	Landkreditbk.	—	—
Eisen Brünner	3,3	3	Sachsen-Anh.	0,14	0,14
Landw. Masch.	—	—	Halle-Hettst A	25	25
F. Zimmermann	2,1	1,7	do B	—	—
do. Vorz.-Akt.	—	—	Hall. Pflüner	37	33
Glaus. Zucker	—	36	Prehl Brauck	60	55
Hall. Masch.	22	19,5	Riebeck Mont.	87	—
Hildebr. Mühl	12,5	12	Werschen-Weißenfels	75	65
Kalserbad	—	—	Schraplau Kali	3	28
Schmiedeberg	—	—	Bruckd. - Niet-	—	—
Kyffhäuserh.	3,8	4	leben Bergbau	—	—
Waggonfabrik Lindner . .	12,5	12,5	Kache . .	4	4,2
Wegelin . .	7,9	0,25	Gebr. Jentzsch	27	23

Marktberichte.

Berlin, 4. Januar (Eisenmarkt.) (Bericht der Deutschen Metallhandel-Aktiengesellschaft, Berlin-Oberschöneweide.) Der Beginn des neuen Jahres brachte dem Geschäft an deutschen Metallmarkt bisher nur recht wenig Belebung. Der Konsum kauft nach wie vor nur schleppend. In den letzten beiden Tagen machte sich wieder eine kleine Aufwärtsbewegung in Blei und in Papiermark und Rentenmark gehandelt wird, bemerkbar, ohne daß jedoch das Geschäft irgendwelche größeren Dimensionen annahm. Im Laufe der Woche wurden zum erstenmal wieder nach längerer Pause amtliche Notierungen seitens der Metallbörsen in Berlin und Hamburg veröffentlicht. An der Londoner Börse machte sich lediglich eine kleine Aufwärtsbewegung für Zink bemerkbar. Die Stimmung für die übrigen Metalle war vollkommen ruhig, und die Preise blieben gegenüber dem Stande am Ende der Vorwoche fast unverändert.

Die heutigen Preise für Rohmetalle stellen sich ungefähr wie folgt: Raffinadekupfer 107—110 M. Hüttenweichblei 54—56 M, Hüttenrohzink, Marke Zirо RR 57 bis 60 M, Barkazinn 445—455 M, Hüttenzinn 99 %iger 435 bis 445 M, Antimon regul. 63—65 M. Alles per 100 kg.

Die Londoner Notierungen vom 3. Januar 1924 betrugen: Kupfer prompt 61½ £, do. per 3 Monate 61¼ £, Zinn prompt 258⅝ £, do. per 3 Monate 259⅞ £, Blei nahe Sichten 30¾ £, do. entfernte Sichten 29⅞ £, Zink nahe Sichten 33⅞ £, do. entfernte Sichten 33⅞ £

Stettin, 4. Januar. (Wochenbericht über Salzherings.) Mitgeteilt von der Firma Theod. Hellm. Schröder, Stettin. Die Ankünfte beliefen sich in der vergangenen Woche auf ca. 4416/1, 238/2 Fässer aus England, ca. 8297/1 Fässer aus Norwegen. Das Geschäft hat sich seit den Feiertagen wieder sehr flott entwickelt. Bei sehr reger Nachfrage nach allen Sorten und von allen Seiten haben täglich belangreiche Umsätze stattgefunden. In vielen Fällen reichten die zur Verfügung stehenden Mengen nicht aus, den Bedarf zu decken. Die Stimmung ist nach wie vor fest.

Es ist heute zu notieren für: Yarmouth-Matfolls 49 bis 51 sh, Yarmouth-Matties 45—47 sh., Norweger Sloheringe 4—500 er 30—31 NKr., 5—600 er 31—32 NKr., 6—700 er 32—33 NKr., Vaarheringe 4—500 er 26—27 NKr., 5—600 er 27—28 NKr., 6—700 er 28½—29½ NKr., 7—800 er 30 bis 31 NKr., 8—1000 er 32—33 NKr., Isländer Heringe 27 bis 29 NKr., Deutsche Mastjes 30—40 sh., Schwed Spents 15—19 Skr. Alles zollfrei, ab Lager Stettin.

Wollberichte.

Berlin, 4. Januar. (Buenos Aires-Bericht Nr. 10 der Herren von Bary & Co. G. m. b. H.) Unsere Buenos Aires-Freunde, die Herren C. Altgelt & Co., berichten uns heute per Kabel wie folgt über den Markt: „Die von einigen Kreisen vertretene Ansicht, daß die steigende Tendenz an La Plata-Markt nunmehr ihren Kulminationspunkt erreicht habe, hat sich in keiner Weise bestätigt. Auch während der Feiertage hat sich am Markt eine durchaus feste Preistendenz behauptet und, nun dieselben vorbei sind, scheint es, als ob allerseits mit neuem Mut operiert wird. Die Preise haben schon jetzt eine weitere wesentliche Steigerung erfahren, die Nachfrage überwiegt das Angebot bei weitem, und unter Führung der europäischen Häuser ist alles stark am Kaufen. Die hereinkommenden Wollen werden schlank aufgenommen und die Stocks sind im Abnehmen begriffen. Wenn sich die Verhältnisse nicht bald vollkommen ändern, was in keiner Weise zu erwarten ist, muß man damit rechnen, daß die diesjährige Saison trotz ihres späten Beginns sehr zeitig ihr Ende finden wird. Eine weitere Erhöhung bedeutet für den Exporteur die Herausfetzung der Zölle, welche ein Mehr von ca. 3 % bedingt. Die Auswahl im allgemeinen ist nicht mehr so schön, wie in den Vorwochen, besonders in allen Crossbreds ist das Angebot recht kärglich. Die Ankünfte der vergangenen Woche betrugen ca. 4000 Ballen, die Verkäufe ca. 9000 Ballen."

Montevideo-Bericht Nr. 10. Unsere Montevideo-Freunde, die Herren Juan Schnarrick & Co., berichten per Kabel: „Der Markt verkehrt bei äußerst zuversichtlicher Stimmung sehr fest, die Preise ziehen weiter an. Auch hier brachten die Feiertage in keiner Weise eine Unterbrechung der lebhaften Kauftätigkeit. Unter Führung der Franzosen und Deutschen operieren alle Kreise stark, und man kann schon jetzt von der diesjährigen Schur 50 % als verkauft konstatieren. Die Ankünfte der Vorwoche betrugen zirka 6000 Ballen, die Verkäufe ca. 10 000 Ballen, welche bei reger Nachfrage abgesetzt wurden."

Liverpool, 4. Januar. (W. T. B.)

	4. 1.	3. 1.
Umsätze	5000	4000
Import	44 000	51 000
American fully middl. fair . . .	20,43	20,12
Lokomarkt: Amerikanische . . .	31 höher	94 niedr.
Brasilianische . . .	31 „	94 „
Aegyptische . . .	35 „	125 „
American fully middl., stetig		
do. per Januar .	20,17	20,30
do. per Februar .	20,20	20,32
do. per März . .	20,22	20,34
do. per April . .	20,11	20,26
do. per Mai . .	20,05	20,19
do. per Juni . .	19,92	20,02
do. per Juli . .	19,59	19,99
do. per August .	18,77	18,89
do. per September	17,85	17,51
do. per Oktober	16,60	16,67
do. per November	16,25	16,32
do. per Dezember	16,12	16,17
Aegyptische Sakellaridis p. Januar	22,87	23,09
do. p. März . .	23,07	23,29
do. p. Mai . .	23,24	23,47
do. p. Juli . .	23,24	23,47
do. p. Oktober .	21,86	22,09
Alexandria Sakellaridis p. Januar .	44,75	44,75
Ashmouni p. Februar .	42,05	42,20
Sakellaridis p. März . .	45,20	45,35
Ashmouni p. April . .	41,65	41,70
Sakellaridis p. Mai . .	45,55	45,80

Manchester, 4. Januar. (W. T. B.) Für Gewebe zeigte sich bessere Nachfrage; in Garnen gestaltete sich die Preisbewegung unregelmäßig. Die Preise stellten sich für Water Twist Bundles auf 28 d. für das Pfund, während Printers Cloth einen Preis von 49 sh. 6 d. das Stück erforderten.

Das deutsche Versicherungswesen im Jahre 1923.

Von
Regierungsrat Dr. Mario Krammer.

Man hat nicht ohne Grund das letzte Jahr als ein Schicksalsjahr der deutschen Versicherung bezeichnet. Die bekannten Erscheinungen unseres Wirtschaftslebens haben sich hier mit besonderem Nachdruck geltend gemacht. Als wichtigstes Kennzeichen muß hervorgehoben werden, daß im Laufe dieses Jahres, und zwar teilweise schon ziemlich früh, die Loslösung der Versicherung von der Papiermark, der Uebergang zu der einen oder anderen wertbeständigen Rechnungseinheit erfolgt ist.

Nachdem bekanntlich die ersten Nachkriegsjahre mit ihrer Scheinkonjunktur einen großen Aufschwung und sehr vermehrte Einnahmen, namentlich auf dem Gebiete der Transportversicherung, gebracht hatten, trat mit dem immer jäheren Sturz der Mark eine Krise ein, die das deutsche Versicherungswesen, ja den Versicherungsgedanken überhaupt in seinen Grundlagen erschütterte. Denn mit der Entwertung der Mark sank unaufhaltsam auch der Grad des Versicherungsschutzes. Es wurde auf die verschiedenste Weise versucht, der ständig drohenden Gefahr einer Unterversicherung zu begegnen. Das Zunächstliegende war, daß der Versicherungsnehmer durch Nachversicherung und Erhöhung der Versicherungssumme seinem Bedürfnis nach voller Deckung zu entsprechen suchte. Man ging dann, als auch dies Mittel auf die Dauer nichts half, dazu über, gleitende Versicherungssummen und gleitende Prämien einzuführen. Hierbei folgte sowohl die eine wie die andere Summe der Entwicklung einer vereinbarten Richtzahl, die das Goldzollaufgeld, der Goldankaufspreis der Reichsbank, der Dollarkurs, der Lebenshaltungsindex des Statistischen Amtes oder der wechselnde Preis einer bestimmten Warengattung sein konnte. Auf diese Weise wurde zwar eine stärkere Annäherung an das Ideal einer Vollversicherung erzielt, da aber die Prämie mit dem Index stieg, so kam es bei diesem Verfahren immer wieder zu Nachschußzahlungen, die unter Umständen so erheblich waren, daß die Art der Versicherung vielfach unmöglich machen mußten. Die Gefahr einer Abwanderung des Geschäfts in das Ausland, wo Stabilität des Geldwesens herrschte, führte mit Notwendigkeit dazu, hier neue Bahnen einzuschlagen.

Eine andere, für den Versicherungsnehmer vorteilhaftere Verteilung des Währungsrisikos brachte ein zweiter Versicherungsmodus, die sogenannte Festmarkversicherung, wobei ebenfalls eine Richtzahl, z. B. das Goldzollaufgeld, zugrunlegelegt wird. In Unterschied aber von der Indexversicherung erfolgen hier keine nachträglichen Prämienerhebungen, sondern der Versicherungsschutz wird durch eine einmalige Einzahlung erworben. Infolgedessen hat die Gesellschaft, um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können, für wertbeständige Anlage der Prämie zu sorgen. Hierbei kamen die wertbeständigen Anleihen des Inlandes, die Roggen-, Kohle-, Kalianleihe, in Frage, doch bestand bei allen die Gefahr einer Inkongruenz zwischen den Wertschwankungen beispielsweise des Dollarkurses, der bei der Berechnung des Goldzollaufgeldes zu grundegelegt wurde, und des Roggenpreises. Das allgemeine Verlangen ging dahin, eine Versicherungsart zu finden, bei der Prämienzahlung, Bemessung der Versicherungssumme, Prämienanlage und Schadenszahlung in den gleichen Werten erfolgte. Für die Landwirtschaft entspricht die Roggenwertversicherung noch am ehesten diesen Erfordernissen.

Am vorteilhaftesten mußte, zumal für Handel und Industrie, unter diesen Umständen die Zugrundelegung einer ausländischen, stabilen Geldeinheit erscheinen. Durch eine Entscheidung des Reichswirtschaftsministeriums wurde den Gesellschaften die Versicherungsgebung in fremder Währung freigegeben. Da man aber im Zusammenhang mit der damaligen Währungspolitik eine verstärkte Nachfrage nach Devisen und damit einen weiteren Sturz der Mark nicht hervorrufen wollte, wurde diese Devisenversicherung nur in der Form zugelassen, daß zwar die Berechnung der Versicherungssumme in fremder Währung geschah, die Zahlung aber sowohl der Prämie wie des Schadenersatzes in Papiermark zu erfolgen hatte. Auf diese Weise war eine Erfassung der Devisen mit Hilfe der Versicherung, wie sie einmal vorgeschlagen worden ist, nicht möglich und für die Gesellschaften selbst erwuchs hierbei die Frage einer wertbeständigen Anlage der Prämie. Erst neuerdings durch zwei Erlasse vom 29. September und 2. Oktober d. J. ist unter einigen Kautelen die Zahlung der Prämien in ausländischer Währung vom Ministerium aus gestattet worden.

Nicht nur neue Versicherungsweisen, auch neue Organisationsformen hat die Währungsnot des letzten Jahres hervorgerufen. Die Notwendigkeit, für das ausländische, aber auch für das inländische Geschäft fremde Währung hereinzubekommen, führte zur Gründung ausländischer Rückversicherungsanstalten durch deutsche Unternehmungen. So haben die Münchener Rückversicherungsgesellschaft und der Gerling-Konzern in der Schweiz und in Holland eigene Tochtergesellschaften errichtet. Ebenso rief die ständige Steigerung aller Verwaltungsunkosten bei schwindendem Wert der Papiermark die Notwendigkeit eines Abbaues oder wenigstens einer Einschränkung und Zusammenlegung der Unternehmungen hervor. Infolgedessen hat gerade im letzten Jahr die Konzentrationsbewegung zum Teil so gewaltige Dimensionen angenommen. Der Kreis der zulässigen Anlagemöglichkeiten für das Vermögen einer Gesellschaft war früher gesetzlich eng umgrenzt. Da die Anlage bei vielen Gesellschaften in Hypotheken erfolgt war, denen die Kriegsgesetzgebung ihren Goldcharakter genommen hatte, so kam und kommt auch für die Versicherung das durch die bekannte Reichsgerichtsentscheidung vom 28. November neu belebte Problem der Hypothekenaufwertung in Frage. Jedenfalls hängt die Forderung einer Aufwertung der Versicherungssummen mit diesem Problem aufs innigste zusammen. Durch die Gesetzgebung des letzten Jahres (Novelle zum V.A.G. vom 19. Juli 1923) ist jetzt das frühere starre System auf dem Gebiete der Vermögensanlagebestimmungen beseitigt und hier eine größere Freiheit und Beweglichkeit gegeben, so auch den Gesellschaften der Ankauf von Aktien gestattet. Daraus ergab sich die Notwendigkeit einer erhöhten bankmäßigen Umsicht und Erfahrung und eine neue Art des Risikos, wie es die Gesellschaften früher kaum gekannt hatten. Diese Umstände führten im Zusammenhang mit den steigenden Bankunkosten zur Errichtung eigener Bankgeschäfte durch die Versicherungsgesellschaften, wobei die Nordsterngruppe voran gegangen ist.

Wenn die Versicherungsgesellschaften infolge der Papiermarkentwertung genötigt und berechtigt waren, rohe Währungsrisikoanschläge bei den Prämien zu erheben, so hat dies im Verein mit anderen Erwägungen auch im letzten Jahre dazu geführt, daß weite Kreise in Handel und Industrie zur sogenannten Selbstversicherung übergegangen sind, die hauptsächlich in zwei Formen sich äußert, indem entweder der einzelne Unternehmer durch besondere Rücklagen einen Selbstversicherungsfonds schafft oder aber eine Fachgruppe sich zusammenhält, um solidarisch für die Schadensfälle der Genossen einzutreten. In der Presse und auch vom Reichsaufsichtsamt sind die in diesem Verfahren liegenden Gefahren oft genug gerügt worden. Es fehlt hier gerade das, was das Wesen der Versicherung ausmacht, nämlich eine Verteilung des Risikos auf möglichst viele Schultern. Eine sofortige Bereitstellung hinreichender Mittel wird großen Konzernen allenfalls möglich, aber auch bei ihnen die Heranziehung außenstehender Kreise zum besseren Gefahrenausgleich erwünscht sein. Ein großer Schadensfall kann sonst auch bei ihnen katastrophale Folgen haben. Auch wird immer die Gefahr bestehen, daß ein einzelner, technisch gegen Feuer usw. nicht so gut in seinem Betrieb geschützter Unternehmer schwer einen Anschluß an eine derartige Fachgruppe von Selbstversicherern finden wird.

Es steht zu hoffen, daß mit der in die Wege geleiteten Sanierung unserer Währung auch für die Versicherung, die jetzt auf mehr als hundert Jahre einer reichen und rühmlichen Entwicklung zurückblicken kann, bessere Tage kommen werden. Es ist nicht zu verkennen, daß die Schwierigkeiten dieser Zeit sich auch weiter für Industrie, Handel und Landwirtschaft geltend machen. Doch wird durch das sich verstärkende Hereinkommen von Goldmark wieder die Ansammlung eines wertbeständigen Kapitals, damit die erleichterte Deckung aller Unkosten und für den Versicherungsnehmer wieder ein besserer Versicherungsschutz ermöglicht. Diese Möglichkeit ist natürlich nur unter der Voraussetzung weiterer Stabilität der Goldmark gegeben.

Trotz aller Schwierigkeiten hat sich im letzten Jahr die Fähigkeit des Versicherungswesens, mit klarem Blick und Opferwilligkeit den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen, immer wieder bewiesen. Schon die bisherige Betrachtung hat gezeigt, welche Fülle von schöpferischen Neubildungen, von denen hier nur das Wichtigste mitgeteilt wurde, im letzten Jahr hervorgebracht worden sind. Auch an der wagemutigen Eroberung neuen Gebietes hat es nicht gefehlt; ich erinnere nur an die im Verlauf dieser Zeit erfolgte Uebertragung der Sachlebensversicherung auf Kraftfahrzeuge und Maschinen, die weitere wichtige Objekte dem zukunftsreichen Gedanken der Sachwerterhaltung unterwirft.

Kapitalserhöhungen.

In der Woche vom 7. Januar bis 12. Januar 1924 stehen folgende Kapitalserhöhungen bei den Generalversammlungen zur Beschlußfassung:

Papier	Betrag d. Erh. in Mill. Mark	auf Mill. Mark	Bezugsrecht
8. Januar.			
Deutsche Schiffskreditbank A.-G., Duisburg	98	100	?
Germania, Bergbau- u. Torf-Industrie A.-G.	?	?	?
10. Januar.			
Carl Kästner A.-G., Leipzig	21	36	2 : 1
Finanz- u. Handels-Aktien-Gesellschaft, München	?	?	?
Thüring. Getreide-Industrie-Credit-Bank A.-G., Weimar	?	?	?
Chemische Werke Gebr. Schultz A.-G., Perleberg	?	?	?
Nordbayerische Handels- u. Gewerbebank A.-G., Nürnberg	bis 200	400	?
12. Januar.			
Chemische Fabrik Helfenberg A.-G. vorm. Eugen Dieterich	35	85	?
Arthur Trägner & Co., Maschinenbau A.-G., Chemnitz i. Sa.	bis 20	40	?

Bezugsrechte.

In der Woche vom 6. bis 12. Januar 1924 werden folgende Bezugsrechte fällig:

Firma	Auf Mill. Mark	Bezugsverhältnis	Bezugskurs
6. Januar.			
Maschinenfab. Cordes A.-G., Hagen i. W.	?	2 : 1	4,20 Gm.
7. Januar.			
Jutespinnerei und Weberei Cassel, Cassel	2,1	5 : 1	gratis
Zuckerraffinerie Genthin, A.-G., Genthin	?	5000 M Nw. a St : n. St. im Nennw. v. 1000 M	8,40 Rm
8. Januar.			
Union-Werke A.-G. Kunstdruck-, Metallwaren- und Plakatefabrik, Radebeul	7,26	2 : 1	20 Milliar. Prozent
Schlesische Dampfer-Comp., Berl. Lloyd A.-G., Breslau	3,5	4 : 1	1 1/4 $
Feist Sektkellerei A.-G., Frankfurt a. M.	?	4 : 1	0,50 $
Westd. Ton- & Keramikwerke A.-G.	15	10 000 M alte : 1 n. à 10 000, 1000 M alte : 1 n. à 1000 M	55 Gpf.
*) Bauland Groß-Berlin A.-G., (früh. Baul. Seestr., Nordpark A.-G.), Berlin (589)	1	3 : 1	1,20 Gm.
*) A.-G für chem. Produkte vorm. H. Scheidemandel, Berlin (579)	37,5	2 : 1	4,20 Gm.
Chemische u. Pharmazeut. Werke Meyer-Alapin, Akt.-Ges., Frankfurt a. M.	4	3 : 1	2,10 Goldanleihe
Heymann & Felsenburg A.-G., Berlin	16	2 : 1	4 $ Goldanleihe
10. Januar.			
Rheinländ. Versicherungs-A.-G., Mainz	?	5 : 10	0,10 $
Isolerrohr- u. Elektowerke A.-G., Fröndenberg (Ruhr)	10	2 : 1	1 $
Voigtländer & Sohn A.-G., Braunschweig	45	1 : 1	2½ $
11. Januar.			
*) Mechanische Treibriemenweberei und Leder-Treibriemenfabrik (837)	?	5000 : 10000	12,60 Gm.
*) Deutsche Destillerie A.-G., Berlin (593)	?	5000 : 10000	8,40 Gm.
Unicrew. A.-G. Maschinenfabriken, Mannheim-Berlin	?	2 : 1	1,40 Rm.
Köln-Lindenthaler Metallwerke A.-G	62,25	2 : 3	4 $
Eschweiler-Ratinger Metallwerke A.-G.	?	1 : 1	4,20 Gm.
12. Januar.			
Samsonia A.-G. Fabrik sanitärer Bedarfsart., Taucha b. Leipzig	120	5000 M alte St.-A : 5000 M neue St.-A	1,50 Gm.

*) Inserat in der in Klammern angegebenen Nummer der B. B.-Z.

Londoner Börse vom 4. Januar.

Wechselkurse.

Alexandria (Sicht)	97 11/32	Konstantinopel	800
Amsterdam (Sicht)	11,98½	Madrid (Sicht)	33,60½
Barcelona (Sicht)	—	Montevideo (Kabel)	43¾
Belgrad	368	Montreal (Kabel)	4,43
Berlin	10 B.	Mexiko	26½
Brüssel (Scheck)	99,50	New-York (Kabel)	4,31
Bukarest	860	Paris (Scheck)	87,95
Budapest	85000	Prag	148¼
Buenos Aires (Sicht)	40⁵/₁₆	Rio (90 Tage)	5⅝
Christiania	29,77½	Rom	100¼
Kopenhagen (Sicht)	24,45½	Sofia	600
Finnland (Sicht)	173	Stockholm	16,31½
Genf (Sicht)	24,70½	Valparaiso	40,50
Griechenland (Sicht)	214	Warschau	80 Mill.
Lissabon (Sicht)	1 29/32	Wien	805500
Lima (Sicht)	—		

Ostasiatische Wechselkurse.

Bombay tel. transf.	1,5¼	Schanghai tel. transf.	3,4⁵/₁₆
Kalkutta „ „	1,5¼	Singapore „ „	2,4⁵/₁₆
Hongkong „ „	2,4⁵/₁₆	Yokohama „ „	2,1¼
Manila „ „	2,3⅞		

Staats- und Kolonialpapiere.

2 % Konsols	55¼	4 % Neuseeland	—
4 % Canada 1960—70	—	4 % Süd-Australien	—
3½ % Kap-Kons.	91⅝	4 % West-Austr. 1927	—
3½ % Natal	97		

Ausländische Staatspapiere.

4% Argent. Resc. 1886	99½	Unifiz. Aegypt.	73½
4% do. 1909	—	5 % Franz.	23½
Arg. Buenos-Air. Water	—	4 % do. neue	19½
3 % Belgische 1911	—	3 % Deutsche	20.7%
5% Buenos-Air. (Prov.)	—	4 % Japan. 1899	—
4 % Brasil. 1911	—	4½ % do. 1905	110½
4 % do. 1889	40	4½ % do. 2. Serie	—
5 % do. 1913	48½	5 % do. 1907	83
Brasil. Resc.	—	4 % do. 1910	67½
do. Fonds 1906	68½	5 % Mex. 1890	55½
co. Fonds 1914	—	6 % do. Bons 1913	—
4½ % Chilen. 1886	—	Peru Corp. Ord.	—
3 % do. 1896	—	do. Deb.	38½
4½ % do. G. L. 1896	—	do. Vorzugs	24½
4½ % Chines. 1893	78½	5 % Russen 1906	10
5 % do. Goldanl 93	—	4½ % do. 1909	9
5 % do. 1912	66½	4 % do. 1889	—
5 % do. Gold 1913	71½	3 % Tokio Stadtanl.	—
5 % Columbia	—		

Ausländische Eisenbahnaktien.

Autofagasta	84½	Leopoldina	22
5 % Bras. Deb. Vorz.	—	Mexik. Eisenbahn	134
gewöhnl.	—	1. Vorz.	26
Buenos Air. Grt. South.	30¾	2. „	16
„ „ West	70¼	Sao Paulo	185
„ „ Pac.	78½	United Rys. Hav.	81
Zentr. Argent.	68½	Canadian Pacific	169
Cordob. Zentr.	8¼	Southern Pacific	—

Industrieaktien.

United Steels	—	Randfontein	20,9
Central Mining	97⅛	Randmines	2 29/32
Chartered	13	Tanganyika	17,8
East Rand	6	Union Corporation	53
Consol. Goldfields	19/16	De Beers gewöhnl.	11½
Rhodesian Goldfields	—	do. Vorz.	11½
Modderfontein B.	17/16	Jagersfontein	27/6
Mozambique	—	Rio Tinto	30½
General Mining (Albus)	12,9	Van Ryn Gold	19,9
Meyer & Charlton	77,6	West Rand Cons.	5,6

Petroleumaktien.

Anglo American	8¾	Royal Dutch	34⅝
„ Persian 6% Vorz.	2⅝	Scott American	—
Apex (Trinidad)	2½	Shell Transports	3 13/32
Brit. Burmah Petr. (8)	—	„ Vorz. (Pfd. 10)	—
Buldhah	4½	Soc. Gén. Huiles Pétr.	—
Eagle Transp. Pt. (5)	—	Spies (10 shares)	3
Kern River (10)	14,6	Tampico Panuco Pt. (5)	—
Lebitos	6 15/32	Tankers Ltd. Vorz.	—
Mex. Eagle (1.0.6)	18,3	Transvaal Oil Shares	—
„ „ Vz. (1.0.6)	—	Trinidad Leaseholds	1⅝
North Caucasian	17/32	United Brit. of Trin.	5,9
Oilfields Finance (4)	—	Ural Caspasian	17/32
Premier Oil	—	Var Oil and Coal	1 17/32
Rumän. Cons.	—		

Kautschukaktien.

Anglo Dutch	35,6	Rubber Trust	25

Geldmarkt.

Diskont	3⅝	Silber per 6 Mon.	33⁹/₁₆
Silber per Kasse	34 15/16	Gold	66

Pariser Börse vom 4. Januar.

Wechselkurse.

London	88,22½	Dänemark	360¼
Spanien	562¼	Griechenland	—
Holland	755¼	Deutschland	—
Italien	88,10	Bulgarien	—
Japan	—	Finnland	—
New-York	20,57	Prag	59½
Portugal	67	Rumänien	10.20
Schweiz	358	Wien	—
Schweden	542½	Argentinien	—
Norwegen	265½	Budapest	0,10
Canada	—	Serbien	—
Belgien	88,80	Polen	—

Staatspapiere.

3% franz. Rente	53,05	4% japan. Anl. 1905	840
5% „ Anl. 1916	68,85	5% „ „ 1907	258,40
4% „ „ 1917	58,00	4% „ „ 1910	232,50
4% „ „ 1918	56,95	5% „ „ 1913	—
5% „ „ am. 1920	84,75	4% % inl. russ. cons. Anl	27,50
6% „ „ 1920	80,72	5 % russ. Anl. 1906	81,75
4% argent. Anl. 1886	—	4½ % russ. Anl. 1909	26,30
4½ % „ „ 1911	—	4% unifiz. türk. Anl.	57,00
4% Brasil. 1889	143,50	5% türk. Anl. 1914	37,50
4% span. äußer. Anl.	—	Türkenlose	113,00

Bankaktien.

Banque de France	7775	Compt. d'Escompte	1000
„ de Paris	1356	United Franc. de France	1450
„ Nat. de Crédit	807	Société Générale	742
Crédit Lyonnais	1675	Banque Ottomane	810

Russ. Industrieaktien.

Briansk	—	Taganrog	242
Donetz	260	Tula	380
Hartmann	305	Röhren Sosnowice	269
Maltzeff	493	Petersb. Waggon	111
Russ.-Belg.	725		

Industrieaktien.

Le Creusot	2050	Thomson-Houston	775
Suez-Kanal	10120	Mossamedes	—
Cie Extr. Orient	1380	Mozambique	45½
Raffinerie Say	3097	Randfontein	90½
Sucr. d'Egypte	1503	Stand Mines	258
Türk. Tabak	420	Tanganyika	184
Platin	806	Union Corporation	145½
Rio Tinto	2664	De Beers gew.	976
East Rand	25¾	do. Vorz.	1020
Chartered	84	Jagersfontein	256
Modderfontein	122		

Petroleumaktien.

Royal Dutch	318	Potok	875
Shell	337	Financières des Pétrol.	495
Mexican Eagle, gew.	86⅛	Tabaco-Holding Inc.	736
Baku	20,11	do. Anteile	1725
Lianosoff	698	Astra Romana	958
Naphte Russe	875	Padang	442
Russian Oil	55¼	Utah	1380
Steaua Romana	448		

Englische Warenmärkte.

Liverpool, 4. Januar. (Priv.-Tel.) **Baumwolle.**

Middling	Aegypt. Amerikan. Baumw.	Aegypt. Amerikan Baumw.		Baumw.
upl. loko	—	—	Juli	19,50
Januar	—	20.17	August	18,77
Februar	—	20,20	September	17,93
März	—	20,22	Oktober	16,60
April	—	20,11	November	16,25
Mai	—	20,08	Dezember	16,12
Juni	—	19,92		

London, 4. Januar. (Priv.-Tel.) **Metalle.**

Kupfer Stand.	61.6.3	Blei per 3 Mon.	30.15
Kupfer per 3 Mon.	61.13.9	Silber per Kasse	33.10
Elektrolytkupfer	67.15	Zink per 3 Mon.	33.10
Zinn Stand.	236.2.6	Antimon englisch	44.15
Zinn per 3 Mon.	237.7.6	do. ausländ.	—
Zinn englisch	—	Quecksilber	9 13.9
Blei per Kasse	32 5		

Französische Warenmärkte.

Le Havre, 4. Januar (Priv.-Tel.) **Baumwolle.**

	Eröffn.	Schluß		Eröffn.	Schluß
Januar	896	908	Juli	874	879
Februar	896	908	August	858	858
März	896	906	September	786	788
April	891	903	Oktober	734	736
Mai	893	898	November	727	727
Juni	884	889	Dezember	718	718

Verkauf: 2900 Ballen.

Paris, 4. Januar. (Priv.-Tel.) **Zucker.**

	Eröffnung	Schluß
Januar	300—299¾	298½
Februar	301⅛—301	299
Jan./April	302—301	299
4. v. März	301½—302½	300

Paris, 4. Januar. (Priv.-Tel.) **Getreide.**

	Roggen	Weizen	Mehl
Januar	76	98¾—99	126¾—½
Februar	76	98½	125¼—126
Januar/April	76	98	125¾
März/April	76½	97¾	125½
4. v. März	76½	97¼	125—124¾

	Hafer schwarz	Hafer verschieden
Januar	68	67
Februar	68¾—¼	67¼
Januar/April	68⅛	68
März/April	69—¼	68½
4. v. März	69	69¼

Le Havre, 4. Januar. (Priv.-Tel.) **Kaffee.**

	Eröffn.	Schluß		Eröffn.	Schluß
Januar	301½	305¾	Juli	264½	269
Februar	294¾	299	August	252	256½
März	280	284½	September	252¾	247¾
April	276	280¼	Oktober	240½	245½
Mai	264	269	November	238½	248½
Juni	264	269	Dezember	233	236½

Verkauf: 11 000 Sack.

Amerika-Dienst der B. B.-Z.

New-Yorker Börse vom 4. Januar.

Nach unregelmäßiger Eröffnung nahm die Börse eine sehr feste Haltung an, weil sich lebhafte allgemeine Kauflust und umfangreiches Deckungsbedürfnis einstellte. Industrie- und Eisenbahnwerte standen im Vordergrunde des Interesses. Die Börse schloß sehr fest. Umgesetzt wurden 880 000 Stück Aktien.

Markbewegung:

	4. Januar für 1 Billion	3. Januar für 1 Billion
9 Uhr 30	—	—
10 „	20—23 c. nom.	25 Cents nom.
10 „ 30	20—23 c. nom.	25 Cents nom.
11 „ 30	20—23 c. nom.	25 Cents nom.
2 „	21 c. nom.	20 Cents nom.
Schlußkurs	21 c. nom.	20 Cents nom.
höchst. Kurs	keine Umsätze	keine Umsätze
niedrigst. „	keine Umsätze	do.
Nachbörse	21—22 c.	20 Cents nom.

	4.	3.
Geldsätze	4¾ %	5½ %
Wechsel auf London, Cable Transf.	43025	42900
„ „ London (60 Tage)	42737	42600
„ „ Paris	488	490
„ „ Amsterdam	3778	3770
„ „ Kopenhagen	1743	1744
„ „ Prag	291	290
Wechsel auf Berlin (Geld)	21 nom.	20 nom.
(Brief)		
„ „ Belgien	434	438
„ „ Schweiz	1748	1721
„ „ Madrid	1278	1275
„ „ Rom	429	428
Silber Ausland	64⅝	64⅝

Atchison Topeka & Santa Fé	97	97
do. pref.	86½	86½
Baltimore and Ohio	59	59
Canadian Pacific	146¼	145¼
Chesapeake and Ohio	71½	71
Chicago, Milwaukee & St. Paul	13¾	13½
Chicago Rock Island & Pac.	24¼	23¾
Erie	21	20⅞
Great Northern pref.	55⅛	54⅞
Illinois Central	102	101
Kansas City & Southern	18½	18⅝
do. pref.	52½	52½
Louisville and Nashville	89¾	89¾
Missouri, Kansas & Texas	11⅛	11¼
Missouri Pacific	10¼	10⅛
Nat. Railw. of Mex. 2nd pref.	1⅞ G.	1⅞ G.
New York Central	102½	102½
New York, Ontar. & West.	17	17¼
Norfolk and Western	102¼	102
Northern Pacific	52⅛	51½
Pennsylvania	42¼	42¼
Reading	77¼	77⅛
St. Louis and St. Francisco	20½	19½
Southern	30¼	30¼
Southern Pacific	87¼	88¾
Texas Pacific	20½	20
Union Pacific	129	128¾
Wabash pref.	35¼	34½
American Can	104½	103¾
do. Car & Foundry	161¼	161
do. Hide & Leath. Co.	9½	9
do. do. pref.	52	50⅝
do. Smelting and Ref.	59⅞	59⅛
Anaconda Copper	37½	37⅛
Bethlehem Steel	53	52
Central Leather	14⅞	13⅞
Internat. Mercant. Marine	7⅛	6¾
do. do. do. pref.	31⅛	33
Studebaker Corporation	108	105⅞
United States Steel Corp.	98½	98¼
do. do. pref.	119	119
Aktienumsatz	880 000	1 010 000

Amerikanische Produktenbörsen vom 4. Januar.

New-York, 4. Januar. (Spezial-Kabelbericht.)

Der **Kaffeemarkt** verlief im Anschluß an die Nachrichten aus Brasilien und auf Käufe der Händler sowie der Kommissionsfirmen fest.

Baumwolle war nach schwacher Eröffnung im Preise gebessert, weil die günstige Lage der Lokomärkte sowie gute Käufe der Spinnereibesitzer im Süden die Unternehmungslust kräftig förderten. Gegen Schluß kam auf die Meldungen über eine Verminderung der Ausfuhr eine Abschwächung zum Durchbruch.

Chicago, 4. Januar. (Spezial-Kabelbericht.)

Erhöhte argentinische Ausfuhrschätzungen und ungünstige Telegramme aus Liverpool waren die Gründe für die anfängliche Abschwächung am **Weizenmarkte**. Später griff infolge von Meldungen über geringe Abladungen eine Erholung Platz.

Mais lag sehr fest, wofür die rege Nachfrage für Loko- und Exportware sowie die Meldungen über geringe Zufuhren bestimmend waren.

Von der **Mitteldeutschen Creditbank, Berliner Handels-Gesellschaft, Deutschen Bank** und der Firma **Hardy & Co. G. m. b. H.**, hier, ist der Antrag gestellt worden,

M 4 000 000 neue Stammaktien der **Mechanischen Weberei A.-G. in Zittau**, Nr. 25001—29000 zu je M 1000,

zum Börsenhandel an der hiesigen Börse zuzulassen.

Berlin, den 3. Januar 1924. (866)

Zulassungsstelle an der Börse zu Berlin.
Kopetzky.

Von der Firma **Hardy & Co. G. m. b. H.**, hier, ist der Antrag gestellt worden,

M 22 000 000 neue Stammaktien, Nr. 20001—42000 zu je M 1000, und

M 16 800 000 Genußscheine, Nr. 1—16800 zu je M 1000, der **Chemischen Fabrik auf Actien (vorm. E. Schering) in Berlin**

zum Börsenhandel an der hiesigen Börse zuzulassen.

Berlin, den 3. Januar 1924 (865)

Zulassungsstelle an der Börse zu Berlin.
Kopetzky.

PROSPEKT

über

M. 103 632 000.— Stammaktien B

103 632 Stück über je M. 1000.— Nr. 12955—116586

der

Brandenburgischen Städtebahn-Aktiengesellschaft zu Berlin.

Die Gesellschaft mit der Firma **Brandenburgische Städtebahn-Aktiengesellschaft** ist im Jahre 1901 gegründet worden. Der Sitz der Gesellschaft befindet sich zu Berlin.

Gegenstand des Unternehmens ist der Bau und Betrieb einer Nebeneisenbahn von Treuenbrietzen über Belzig, Brandenburg, Rathenow nach Neustadt (Dosse).

Das **Geschäftsjahr** läuft vom 1. April bis 31. März.

Das Grundkapital der Gesellschaft betrug bei der Gründung ℳ 12 954 000.—, eingeteilt in ℳ 4 000 000.— Stammaktien A und ℳ 8 954 000.— Stammaktien B.

Zwecks Stärkung der Betriebsmittel wurde in der ordentlichen Generalversammlung vom 26. September 1922 die Erhöhung des Aktienkapitals um ℳ 25 908 000 Stammaktien B mit Dividendenberechtigung ab 1. Oktober 1922 und in der außerordentlichen Generalversammlung vom 5. März 1923 um ℳ 77 724 000.— Stammaktien B mit Dividendenberechtigung ab 1 April 1923 beschlossen. Die neuen Stammaktien sind jeweils von einem Konsortium unter Führung der Preußischen Staatsbank übernommen und den bisherigen Aktionären im Verhältnis von je einer alten zu je zwei neuen Aktien zum Bezuge angeboten worden, und zwar im ersten Fall zu 110 %, im zweiten Fall zu 190 %. Das Aufgeld, nach Abzug der Emissionskosten, fließt dem gesetzlichen Reservefonds zu. Die neuen Stammaktien lauten auf den Inhaber und sind mit den faksimilierten Unterschriften des Aufsichtsratsvorsitzenden und der drei Vorstandsmitglieder sowie der eigenhändigen Unterschriften eines Kontrollbeamten versehen.

Das vollgezahlte Grundkapital beträgt nunmehr ℳ 116 586 000.— eingeteilt in ℳ 4 000 000.— Stammaktien A, 4000 Stück über je ℳ 1000.— Nr. 1—4000, und ℳ 112 586 000.— Stammaktien B, 112 586 Stück über je ℳ 1000.— Nr. 4001—116586

Von dem Reingewinn entfällt auf die Stammaktien A vorweg eine Dividende von 4 %, alsdann erhalten die Stammaktien B eine Dividende von 3½ %, während der Rest auf beide Aktiengattungen gleichmäßig verteilt wird. Im Fall der Liquidation haben die Stammaktien A Anspruch auf Auszahlung des vollen Nennbetrages vor den Stammaktien B.

Wegen der Zusammensetzung des Vorstandes und des Aufsichtsrats der Gesellschaft, der Bekanntmachungen, sowie wegen der Bestimmungen über die Generalversammlung und die Aufsichtsrechte der Preußischen Staatsregierung, ferner über die Verteilung des Reingewinns wird auf den anläßlich der Börseneinführung der vorerwähnten M. 12 954 000 Aktien bekanntgegebenen Prospekt Bezug genommen, der im Berliner Börsen-Courier vom 21. März d. J. und im Berliner Lokal-Anzeiger vom 22. März d. J. veröffentlicht worden ist und dessen Angaben auch jetzt unverändert zutreffen.

Die Einlösung der Gewinnanteilscheine erfolgt außer bei der **Kasse der Gesellschaft;**

in **Berlin** bei der **Preußischen Staatsbank (Seehandlung),**
bei der **Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien** und **deren sämtlichen Niederlassungen,**
bei dem **Berliner Bankinstitut Joseph Goldschmidt & Co.,**
bei der **Internationalen Handelsbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien,**
in **Brandenburg** (Havel) bei dem **Brandenburger Bankverein E. G. m. b. H.** und bei der **Hauptkasse der Gesellschaft.**

Ebendaselbst können kostenfrei neue Gewinnanteilscheinbogen erhoben, Bezugsrechte ausgeübt, Aktien zur Teilnahme an den Generalversammlungen hinterlegt, sowie alle sonstigen von der Generalversammlung beschlossenen, die Aktienurkunden betreffenden Maßnahmen bewirkt werden

Vermögensrechnung am 31. März 1923.

Soll.	ℳ	₰
Bahnanlagen-Konto		40 670 613	44
Wertpapiere:		
a) des Sicherheitsfonds	ℳ 6 586 139	45	
b) des Spezialreservefonds	„ 135 200.	—	
c) des Betriebsfonds	„ 881 921	—	7 573 260	45
Materialienkonto des Erneuerungsfonds		53 709 300	21
Debitoren		741 739	512	46
		843 701 686	56

Haben.	ℳ	₰
Aktien-Kapital-Konto Lit. A.	ℳ 4 000 000.—	
„ „ „ B.	„ 84 862 000.—	88 862 000	—
Tilgungsfonds		317 500	—
Dispositionsfonds in der Bahnanlage		1 360 523	78
Spezialreservefonds		191 756	68
Bilanz-Reservefonds		359 202	42
Sicherheitsfonds		6 586 109	45
Erneuerungsfonds		172 909 133	59
Kreditoren		580 001 115	82
Gewinn- und Verlust-Konto, welches zum Vortrag auf neue Rechnung gelangt ist*)		43 114 339	12
		843 701 686	56

*) nach Abzug von ℳ 24 349 043.— Reservestellungen.

Gewinn- und Verlust-Rechnung am 31. März 1923.

Ausgaben.	ℳ	₰
Betriebsausgaben	896 794	560	80
Rücklage in den Erneuerungsfonds	518 442	506	08
Betriebsgewinn	43 114 339	12
	1 458 551	206	—

Einnahmen.	ℳ	₰
Vortrag aus dem Vorjahre	1 174 588	54
Betriebseinnahmen	1 457 078	373	96
Kursgewinn	98 243	50
	1 458 551	206	—

Die Betriebsverhältnisse haben sich auch im laufenden Geschäftsjahr weiter günstig entwickelt.

Berlin, im Dezember 1923.

Brandenburgische Städtebahn-Aktiengesellschaft.
Die Direktion.

Auf Grund des vorstehenden Prospektes sind:

M. 103 632 000.— Stammaktien B
103 632 Stück über je M. 1 000,— Nr. 12 955—116 586

der

Brandenburgischen Städtebahn-Aktiengesellschaft zu Berlin

zum Handel und zur Notiz an der Berliner Börse zugelassen worden.

Berlin, im Dezember 1923. (855)

Preußische Staatsbank
(Seehandlung).

Zuckerfabrik Fraustadt.

Die Herren Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der am

Mittwoch, den 30. Januar 1924, mittags 12 Uhr,

in der **Deutschen Bank, Berlin** (Eingang Mauerstr. 35) stattfindenden

43. ordentlichen Generalversammlung

eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlage des Geschäftsberichts, der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinns.
3. Vergütung an den Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 1922/23.
4. Erteilung der Entlastung für Aufsichtsrat und Vorstand.
5. Aufsichtsratswahl.

Diejenigen Aktionäre, welche sich an dieser Generalversammlung beteiligen wollen, haben ihre Aktien oder eine Bescheinigung über bei einem deutschen Notar bis nach Abhaltung der Generalversammlung hinterlegte Aktien **spätestens bis zum 26. Januar d. J., abends 6 Uhr,**

auf dem **Kontor unserer Gesellschaft** oder bei dem **Schlesischen Bankverein, Filiale der Deutschen Bank, Breslau,** oder bei der **Deutschen Bank, Berlin,** oder bei dem Bankhause **Bernheim, Blum & Co., Berlin,** oder bei dem Bankhause **Georg Fromberg & Co., Berlin,**

gegen Empfangsbescheinigung zu hinterlegen.

Fraustadt, den 3. Januar 1924. (860)

Der Aufsichtsrat.
E. Lipp.

Finnländische Stadt-Hypothekenkasse
Helsingfors.

An die Inhaber unserer

4 % und 4½ % Pfandbriefe,

Ausgabe 1895, 1897, 1898, 1903, 1909 i. u. II., 1910, 1911.

Wir geben hiermit bekannt, daß wir — insbesondere aus dem Grunde der uns nach den Anleihebedingungen obliegenden Verpflichtung der Einlösung unserer Zinsscheine in hochwertigen Valuten — unsere Zahlungseinstellung haben erklären müssen, und daß infolge eines Beschlusses des finnischen Reichstages, uns keine Interventionsstützung zu gewähren, das Konkursverfahren über unser Vermögen eröffnet worden ist.

Als Verwalter sind die Herren Wirkl. Staatsrat, Finanzminister a. D. Dr **August Ramsay** und Notar **Auli Markkuin** eingesetzt.

Laut Gesetz ist ein besonderer Funktionär eingesetzt, um das Recht der Obligationsinhaber zu schützen und deren Obligationen zwecks Registrierung der Forderungen im Konkurse entgegenzunehmen. Dieses Amt ist dem früheren Chef der Finlands Bank, Herrn Bankdirektor Clas von Collan, übertragen.

Zur Durchführung der Forderungsanmeldung und in Uebereinstimmung mit § 13 der Verordnung vom 10. Mai 1888 fordert der Finanzminister laut unter dem 8. Februar 1922 vom Staatsrat gefaßten Beschlusses alle Inhaber der seitens der Finnländischen Stadt-Hypothekenkasse, Helsingfors (Aktiebolaget Städernas i Finland Hypotekskassa) ausgefertigten Obligationen auf, bei Verlust jeden weiteren Rechts auf Bezahlung, dieselben **innerhalb zwei Jahre, vom 8. Februar 1922** ab gerechnet, zwecks Registrierung und Abstempelung Herrn Bankdirektor von Collan vorzuzeigen.

Herr Bankdirektor von Collan nimmt die Obligationen mit den dazu gehörigen Zinsscheinen zwecks Registrierung und Abstempelung alle Wochentage zwischen 11—3 Uhr im **Büro der Aktiebolaget Städernas i Finland Hypotekskassa** in **Helsingfors,** Södra Esplanadgatan Nr. 16, entgegen

Ferner sind außerhalb Finnlands mit der Entgegennahme der Obligationen zum Zwecke der Registrierung beauftragt:

Attaché **Olof Hedenberg** in **Stockholm.**
Legationssekretär **Ernst Sohberg** in **Kopenhagen.**
Generalkonsul **Hjalmar Göös** in **Berlin,**
konsul **Jarenus Kjöllerfeldt** in **Hamburg,**
Legationssekretär **Urho Toivola** in **Genf** und
Legationssekretär **Arne Sohlman** in **Haag.**

Die Anmeldung der Forderungen kann auch durch Vermittlung der nachbezeichneten Stellen unter Einreichung der Obligationen und eines doppelten, in arithmetischer Nummernfolge ausgefertigten Nummernverzeichnisses, wofür Vordrucke bei den genannten Stellen zu erhalten sind, während der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden erfolgen:

Für alle Jahrgänge bei der **Vereinsbank in Hamburg, Hamburg;** für die Jahrgänge 1895—1903 bei den Herren **L. Behrens & Söhne, Hamburg,** bei der **Stockholm Enskilda Bank, Stockholm;** für die Jahrgänge 1909—1911 bei der **Berliner Handels-Gesellschaft, Berlin,** den Herren **Delbrück Schickler & Co., Berlin,** den Herren **Joh. Berenberg, Gossler & Co., Hamburg,** der **Allgemeinen Elsässischen Bankgesellschaft** in **Frankfurt a. M.** und der **Aktiebolaget Svenska Handels-Banken, Stockholm.**

Bei der Einreichung stellen die Einreichungsstellen den Einreichern Quittungen aus, gegen deren Rückgabe die Stücke nach Abstempelung den Einreichern wieder ausgehändigt werden. Die Einreichungsstellen sind berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Legitimationen der Vorzeiger der Quittungen zu prüfen.

Helsingfors, im Dezember 1923. (859)

Finnländische Stadt-Hypothekenkasse.

Gebrüder Junghans A.-G.
Uhrenfabriken Schramberg.
Bilanz am 30. Juni 1923.

Aktiva.	ℳ	₰
Grundstücke und Fabrikanlagen in: Schramberg, Rottenburg, Lauterbach, Deißlingen, Schwenningen und Lehengericht		
Stand am 1. Juli 1922 11 040 161 80		
Zugang vom 1. Juli 1922 bis 30. Juni 1923 . . 856 849 884 48		
Stand am 30. Juni 1923 867 890 046 37		
ab: Abschreibung . . 660 074 030 04	207 816 016 33	
Beteiligungen u. ausland. Unternehmungen	30 994 000	—
Vorräte an Rohstoffen, fertigen und halbfertigen Fabrikaten	4 474 328 373	—
Bar und Wechsel	2 592 539 817	39
Schuldner	16 718 848 877	92
	24 024 526 084	04

Passiva.	ℳ	₰
Stammaktien	64 000 000	—
Vorzugsaktien Lit. A	40 000 000	—
Vorzugsaktien Lit. B	8 000 000	—
Schuldverschreibungen	8 240 000	—
Ordentlicher Reservefonds	54 862 441	55
Außerordentlicher Reservefonds	13 100 000	—
Dividenden-Rückstand	1 341 178	—
Beamten- u Arbeiter-Unterstützungs-Fonds	3 365 000	—
Gläubiger	15 001 241	184 21
Gewinnvortrag v. Jahre 1922 . . 3997418 26		
Gewinn 10826378917 02	10 830 376 335	28
	24 024 526 084	04

Gewinn- und Verlust-Rechnung am 30. Juni 1923.

Soll.	ℳ	₰
Allgemeine Unkosten	10 409 551 543	71
Maschinen-Reparaturen und Werkzeuge	1 247 603 322	24
Steuern und soziale Lasten	8 536 825 538	
Abschreibungen	660 074 030	04
Gewinnvortrag v. Jahre 1922 . . 3997418 26		
Gewinn 10826378917 02	10 830 376 335	28
	31 774 781 761	65

Haben.	ℳ	₰
Gewinnvortrag vom 1. Juli 1922	3 997 413	26
Warenkonto	31 770 784 348	39
	31 774 781 761	65

In der am 29. Dezember v. J. stattgehabten Generalversammlung wurde die **Dividende** wie folgt festgesetzt: Eine Goldmark = eine Billion Papiermark auf ℳ 64 000 000.— Stammaktien, 1,66 Milliarden Papiermark auf ℳ 10 000 000.— Vorzugsaktien A, 1,66 Milliarden Papiermark auf ℳ 6 000 000.— Vorzugsaktien B, 0,83 Milliarden Papiermark auf ℳ 1 500 000.— Vorzugsaktien B, alsbald zahlbar bei den folgenden Banken:

Württ. Vereinsbank, Stuttgart.
Doertenbach & Co., G. m. b. H., Stuttgart,
Württ. Bankanstalt, Abteil. der Württ. Vereinsbank, Stuttgart.
Württ. Vereinsbank, Abteilung Hofbank, Stuttgart,
Deutsche Vereinsbank, Frankfurt a. M.,
Deutsche Bank, Berlin,
Deutsche Bank, Filiale Frankfurt a. M.
Berliner Handels-Gesellschaft, Berlin.

Aus dem **Aufsichtsrat** ist **ausgetreten** Herr Geh. Hofrat **Hermann Sauter,** Stuttgart, die anderen aus scheidenden Mitglieder des Aufsichtsrats wurden wiedergewählt, **neu** gewählt wurde Herr Kommerzienrat Dr. med. h. c. **Christian Scheerer,** Vorstand der A.-G. für Feinmechanik und chirurgische Instrumente vorm **Jetter & Scheerer,** Tuttlingen.

Bei diesem Anlaß wiederholen wir das Angebot des Umtausches der Vorzugsaktien A und der Schuldverschreibungen in Stammaktien mit Gewinnbeteiligung vom 1. Juli 1923 an in der Weise, daß auf 12 eingereichte Vorzugsaktien A und auf 15 Schuldverschreibungen je eine Stammaktie entfällt. Die oben genannten Banken sind bereit, Umtausch-Angebote entgegenzunehmen und auszuführen. Dieses Angebot ist gültig bis Ende Januar 1924. (858)

Der Vorstand:
Erwin Junghans. Dr. Oskar Junghans. **Helmut Junghans.**

Berichtigung.

Das Verzeichnis der am 20., vom 22. bis 24., am 28. und 29. November 1923 ausgelosten

Pfandbriefe
der
Landschaft der Provinz Sachsen

(abgedruckt in Nr. 585 Jurg. 1923 dieser Zeitung) wird wie folgt berichtigt:

I. zu 3 %.
A. zu 5000 Mark.
Es muß heißen: **1807—1836** statt unleserlich —1836.
B. zu 3000 Mark.
Es muß heißen: **3811—3837** statt 3811—3837,
4015—4023 „ 3015—4023,
6370—6381 „ unleserlich —6381,
7605—7613 „ —7613,
7692—7740 „ 6692—7740.
C. zu 1000 Mark.
Es muß heißen: **3086—3090** statt 3086—3090,
5376—5385 „ 5376—8385.
II. zu 3½ %.
A. zu 5000 Mark.
Es muß heißen: **2—4.** statt 2—4.
B. zu 3000 Mark.
Es muß heißen: **525—528** statt 525—528,
631—634 „ 631—634,
682—684 „ 682—684,
692—696 „ 692—696,
829 „ 829,
938—942 „ 938—942,
1567 „ 1567 bis.

(Fortsetzung nebenstehend.)

2036—2038 statt 2036—2038
2482—2490 „ 2482—2490.
C. zu 1000 Mark.
Es muß heißen: **183—186** statt 183—186.
III. zu 4 %.
A. zu 5000 Mark.
Es muß heißen: **7826—7871** statt 7826—7871,
18099—18120 „ 18099—18120.
C. zu 1000 Mark.
Es muß heißen: **17775—17843** statt 17775—17843,
22701—22741 „ 22700—22741,
26376—26425 „ 25376—26425.

Die in diesem, wie vorstehend berichtigten, Verzeichnis aufgeführten 5 %, 3½ % und 4 % igen Pfandbriefe der Landschaft der Provinz Sachsen sowie die 4 % igen Pfandbriefe des Landschaftlichen Kreditverbandes der Provinz Sachsen sind auf Grund des § 29 der Neuen Satzungen der Landschaft der Provinz Sachsen und der von dem Herrn Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten genehmigten Auslosungsordnung am 20., vom 22. bis 24., am 28. und 29. November 1923 ausgelost worden

Die ausgelosten Pfandbriefe werden den Inhabern zur Einlösung durch Barzahlung des Nennwertes am 1. Juli 1924 gekündigt und müssen zur Verfallzeit nebst den noch nicht fälligen Zinsscheinen und Zinsscheinanweisungen in unfahigem Zustande eingeliefert werden.

Erfolgt die Einlieferung nicht innerhalb eines Monats nach dem Verfalltage, so hat der säumige Inhaber nur noch Anspruch auf die bei der Landschaft befindliche Einlösungssumme; mit seinen weiteren Rechten wird er durch Beschluß der Generallandschaftsdirektion ausgeschlossen.

Halle, am 17. Dezember 1923. (862)

Generallandschaftsdirektion der Provinz Sachsen.
ger. **Goeldner. Wehlack.**

Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation, Bochum.

Zum Zwecke der Tilgung unserer Anleihen bieten wir den Inhabern unserer bereits zur Rückzahlung gekündigten Teilschuldverschreibungen von 1908 und 1919 den Umtausch ihrer Teilschuldverschreibungen in Teilschuldverschreibungen unserer neu herauszugebenden Dollarvertauschanleihe derart an, daß

gegen je ℳ 1000.— Teilschuldverschreibungen der Anleihe von 1908 } $ 4.— unserer Dollarvertauschanleihe
gegen je ℳ 2000.— Teilschuldverschreibungen der Anleihe von 1919 }

eingetauscht werden können. Außerdem räumen wir denjenigen Inhabern unserer Teilschuldverschreibungen, die auf Grund ihrer eingereichten Obligationen Anspruch auf die Ausreichung von 6 Stück über je 4 $ unserer Anleihe haben, das Recht ein, an Stelle dieser 6 Stück über insgesamt 24 $ ein Stück unserer Anleihe über 25 % zu erwerben. Die gleichen Vergünstigungen gewähren wir auf Verlangen denjenigen Inhabern unserer gekündigten Teilschuldverschreibungen von 1908 und 1919, deren Teilschuldverschreibungen nach dem 31. August 1923 bereits zur Rückzahlung gelangt sind, sofern sie auf Aufwertungsansprüche jeglicher Art gegen uns Verzicht leisten. Die Stücke unserer Anleihe über 25 $ werden ab 1. Oktober 1923 mit 6 % verzinst und sind zum Nennwert rückzahlbar. Die Zahlung der Zinsen erfolgt jeweils am 1. Oktober. Die Stücke über 4 $ sind unverzinslich und werden mit 7,16 $ zurückgezahlt. Die Rückzahlung der Anleihe erfolgt am 1. Oktober 1938, jedoch sind wir vom 1. Juli 1927 ab befugt, sämtliche Teilschuldverschreibungen mit einer Frist von drei Monaten zum 1. Oktober eines jeden Jahres zu kündigen, wobei sich das Aufgeld der 4 $ Stücke entsprechend mindert; die zur Auszahlung gelangenden Beträge für Verzinsung und Rückzahlung der Teilschuldverschreibungen werden nach dem amtlichen Mittelkurse des Dollars für Kabel New-York an der Berliner Börse an dem dem Fälligkeitstage der jeweils zu bewirkenden Leistung vorhergehenden 15. September berechnet.

Diejenigen Inhaber von Teilschuldverschreibungen, welche von diesem Angebot Gebrauch machen wollen und ihre Teilschuldverschreibungen noch nicht auf Grund der Gesamtkündigung zwecks Einlösung zur Einreichung gebracht haben, haben ihre Teilschuldverschreibungen nebst Erneuerungs- und den noch nicht fälligen Zinsscheinen bei Vermeidung des Ausschlusses

bis zum 31. Januar 1924 (einschließlich)

in **Berlin** bei der **Berliner Handels-Gesellschaft,**
bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft,**
bei dem Bankhause **Delbrück Schickler & Co.,**
bei der **Darmstädter und Nationalbank K. a. A.,**
in **Frankfurt a. M.** bei der **Direction** der **Disconto-Gesellschaft Filiale Frankfurt a. M.,**
in **Köln** bei dem Bankhause **Deichmann & Co.,**
bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.,**
in **Essen** bei der **Essener Credit-Anstalt,**
bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft Filiale Essen,**
in **Bochum** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft Zweigstelle Bochum,**
bei der **Essener Credit-Anstalt,**
bei der **Dresdner Bank Filiale Bochum,**
bei dem **Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp., Bochum,**

einzureichen.

Die bisherigen Inhaber von Teilschuldverschreibungen unserer Anleihen von 1908 und 1919, deren Teilschuldverschreibungen nach dem 31. August 1923 bereits zur Einlösung gebracht sind, haben, sofern sie die ihnen nach dieser Bekanntmachung zustehenden Stücke unserer neuen Anleihe zu erwerben wünschen, dies der seinerzeitigen Einreichungsstelle gegenüber zum Ausdruck zu bringen, und hierbei schriftlich zu erklären, daß sie auf Aufwertungsansprüche jeglicher Art gegen uns verzichten. Die Einreichung der Teilschuldverschreibungen unserer alten Anleihen und die Ausreichung der Teilschuldverschreibungen unserer neuen Anleihe ist börsenumsatzsteuerfrei. (857)

Bochum, den 4. Januar 1924.

Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation.

Corona Fahrradwerke und Metallindustrie A.-G.,
Brandenburg a. H.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der am **Mittwoch, den 30. Januar 1924, vorm. 10½ Uhr,** im Sitzungssaale des Bankhauses **Bondi & Maron, Dresden,** Struvestraße 5, stattfindenden **Generalversammlung** eingeladen.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates über das am 30. September 1923 abgelaufene Geschäftsjahr; Bilanz und Gewinn- und Verlust-Rechnung für dasselbe; Verwendung des Reingewinnes. 2. Entlastung des Aufsichtsrates und Vorstandes für das abgelaufene Geschäftsjahr. 3. Abänderung von § 19 des Gesellschaftsvertrages (Bezüge des Aufsichtsrates).

Stimmberechtigt sind diejenigen Aktionäre, die **spätestens am dritten Tage** vor der Generalversammlung, und wenn dieser ein Feiertag ist, am dem vorausgehenden Werktage bei der **Kasse der Gesellschaft** oder bei dem Bankhause **Bondi & Maron, Dresden,** oder bei dem Bankhause **Gebr. Arnhold** in **Dresden** und **Berlin** ihre Aktien (ohne Dividendenscheine) oder Depotscheine der Reichsbank oder eines deutschen Notars über ihre Aktien hinterlegt haben und den Nachweis hierüber durch eine ihnen erteilte Bescheinigung führen. (861)

Brandenburg a. H., den 4. Januar 1924.

Der Aufsichtsrat der
Corona Fahrradwerke und Metallindustrie A.-G., Brandenburg a. H.
Alfred Maron, Vorsitzender.

Berichtigung!
Bekanntmachung.

Der in unserer Bekanntmachung vom 29. September ds. Js. mitgeteilte Ausschlag bei der Rückzahlung der zum 31. ds. Mts. gekündigten 3 %, 3½ % und 4 % bremischen Staatsanleihen ist infolge der inzwischen eingetretenen Geldentwertung auf 10 Milliarden **Prozent** erhöht worden. Für eine Schuldverschreibung über 1000 Mark werden daher 100 Milliarden Mark zurückgezahlt. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß diese Aufwertung nur für die Schuldscheine in Frage kommt, die bis einschl. den 31. März 1924 eingelöst werden.

21. 12. 23. **Die Finanzdeputation.**